Atom Express

3.- DM S 1934 F

Nr.33 März/April 83

Zeitung der Initiativen gegen Atomenergie

Volksaushorchung 83

...Grüne und Bewegung...US-Munitionstransporte..
Die Energiebroschüre ist da...Dragahn...Schwand..

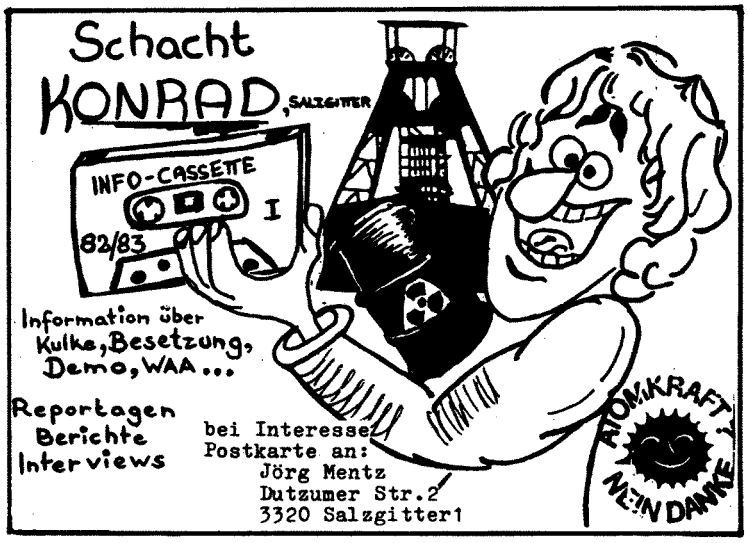
Collection Laka Amsterdam
www.laka.org
Digitized 2013

WIE FÜHRE ICH EINE ALTERNATIVE FIRMA?

Wer hierin einen Leitfaden für alternatives Management vermutet, der ist auf dem Holzweg. Dieses Buch ist vielmehr als Benefiz-Buch für eine alternative Firma gedacht, die zur Zeit mit einigen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Außer einer Dokumentation dieser Probleme gibt es in dem Buch Beiträge von Günter Wallraff, Thomas Ebermann, Peter O. Chotjewitz, Henning Venske, Thea Bock, Peggy Parnass, Karl-Heinz Roth, vom Ex und Hopp-Senator Helmuth Kern und vielen anderen Autoren. Ein Beitrag des Buches ist 500 000,– DM wert. Warum, können wir hier nicht verraten.

DIESES BUCH GEHÖRT VERBOTEN

Wer das Buch trotzdem haben möchte, wende sich an:
PAN-FOTO, Agentur zur Verbreitung alternativer Pressefotos, Feldstraße 44, 2000 Hamburg 6 oder
überweise 12,00 DM an PAN-FOTO/G. Zint, PSchA Hamburg (BLZ 20010020), Konto-Nr. 122068-201 (für jedes weitere Buch nur noch 9,99 DM).
Das Buch kommt postwendend ins Haus.
(WIE FÜHRE ICH EINE ALTERNATIVE FIRMA? 140 Seiten, viele Abbildungen, 9,99 DM Subskriptionspreis. Wenn das Birnchenkomplott siegt, wird der Preis auf 10,00 DM erhöht.)



schwarzer FADEN

ANARCHISTISCHE VIERTELJAHRESSCHRIFT

Der SCHWARZE FADEN soll ein Diskussionsforum all derjenigen aktuellen Entwicklungen, Analyseansätze und Theoriebeiträge sein, die auf eine freie Gesellschaft zielen. Wir halten es für notwendig, die Geschichte und Gegenwart der Unterdrückung, wie der (meist erfolglosen) Befreiungskämpfe kritisch aufzuarbeiten – wir sind der Auffassung, daß diese Aufarbeitung zu unterlassen bedeutet, sich von den wichtigsten Erfahrungen abzuschneiden; denn ohne bewußt aufgearbeitete Erfahrung kann es nur eine fortschrittliche Praxis geben, die fortwährend am Nullpunkt beginnt.

* * *

Themen von Nr.8 (Sept.82): Interview mit Augustin Souchy, Grüner Anarchismus+Organisationsdiskussion, soziale Verteidigung, Militärmacht UDSSR (Castoriadis), Chomskys Anarchismus=Selbstverwaltung und Technik, Schweinevermarktung (Bauern gegen Agrarfabriken), Radio Libertaire Paris, Knast, Friedensbewegung, usw... (40 Seiten)

Themen von Nr.9 (Dez.82): Nationalrevolutionäre aus anarchistischer Sicht, Föderationsdiskussion, Zwiespältiges zur Palästinenserfrage, Die Illusion der progressiven Steuer, Rudolf Rocker, Die subversive Utopie, Castoriadis (Soz.oder Barbarei), Die anarch. Bewegung 1918-1933, Gegenbuchmesse, Professionalisierung der Alternativprojekte, pol.Ökologie (Huber-Kritik), usw...(48 S.)

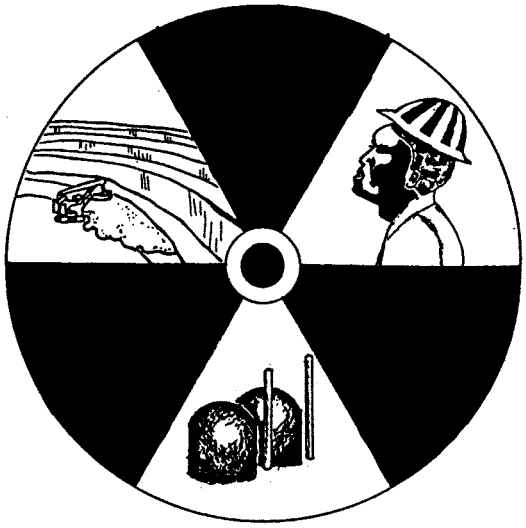
EINZELNUMMER: 4 DM (in Briefmarken beilegen)

JAHRESABO (4 Ausgaben): 15 DM

BEZUG: SF, 7410 Reutlingen, ob. Weibermarktstr. 3

Uranabbau in Namibia

Gestohlenes Uran
für die strahlende Zukunft der Bundesrepublik



In Namibia, das von Südafrika besetzt gehalten wird, liegt Rössing, die größte Uranmine der Welt. Dieses Buch geht auf die deutsche Beteiligung an dem skrupellosen Urangeschäft ein und setzt sich besonders mit den Gesundheitsgefahren durch Uran auseinander.

Im Anhang finden sich Medien, Literatur und Aktionsgruppenadressen zum Thema.

Beilage: Eine Übersichtskarte über die Verwicklung Westeuropas in das Namibia-Urangeschäft (Atomkraftwerke, Firmen, Behörden etc.). Eine Weltkarte über Uranvorkommen und Uranminen.

Diese Broschüre hat 114 Seiten und kostet 8,– DM (plus Porto). Bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren bzw. für Solidaritätsgruppen kostet die Broschüre 6,50 DM (plus Porto).

Herausgeber: AG gegen die militärisch-nukleare Zusammenarbeit der BRD mit Südafrika in der Anti-Apartheid-Bewegung Gruppe Bremen
Bestellungen an: AAB Bremen, c/o Rolf Behnke, Schildstr. 1, 2800 Bremen 1

In eigener Sache

Am 1. Dezember erlebte die Zeitungskooperative-Herausgeber der **Radikal**- eine Großoffensive des Staatsschutzes: 14 Privatwohnungen, 2 besetzte Häuser, 3 Druckereien, 2 Buchläden, 1 Verlag, 1 Buchvertrieb, 1e Photosetzerei, sowie die Büroräume wurden durchsucht.
Verdächtigt werden die unbekannten Hersteller, Verfasser und Verbreiter der Radikal des Aufrufes zum Widerstand, Landfriedensbruch, Sachbeschädigung, Diebstahl, Brand- und Sprengstoffanschläge, sowie durch Werbung für die Revolutionären Zellen, einen Beitrag zur Stärkung des inneren Zusammenhaltes dieser Gruppe geleistet zu haben.
Manch Leser mag nun denken, was für ein ungeheures Terroristenblatt diese Radikal sein mag, doch ähnliche Verdächtigungen treffen auch das besonnene Magazin ATOMEXPRESS, welches ja ausgewogen und unzensiert die unterschiedlichsten Ansichten der Bewegung zu Wort kommen läßt. Freilich, die Ermittlungen gegen die Radikal haben eine ganz andere Dimension. Hier ist das BKA mit von der Partie. Sollte es zu einer Anklage nach §129 kommen, der die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verfolgt, droht der Radikal ein Verbot. Die Ermittlungen gegen den Atomexpress gehen soweit nicht, hauen aber letztlich in dieselbe Kerbe.
Den verantwortlichen Redakteuren des ATOMEXPRESSES Nr. 31 wird vorgeworfen:
1. mit Auszügen aus dem Polizeifunk gegen das Fernmeldegesetz verstoßen zu haben
2. in dem Artikel »2 Wasserwerfer weniger« den Staat beleidigt und ferner zur Gewalt aufgerufen zu haben
3. durch Abdrucken von Kommandoerklärungen, z.B. der 'Uhu-Zuklebeaktion' bei Betreiberfirmen, ‚Gewalt verherrlicht zu haben."
Wir sehen die Kriminalisierungskampagne, der die Radikal ausgesetzt ist, und die Ermittlungen gegen den Atomexpress, nicht isoliert voneinander.
Radikal, Atomexpress und viele andere Zeitungen haben Vermittlerfunktionen für die unterschiedlichsten Strömungen in der Bewegung. Sie ruhig zu stellen, oder ihnen eine Selbstzensur aufzupressen, liegt im Interesse des Staatsschutzes.
Die Bewegung ist für den Polizeiapparat noch diffus. Eine wirksame Bekämpfung gelingt erst, wenn die einzelnen Strömungen kanalisiert und überschaubar werden. Von daher ist die Strategie des Staatsschutzes darauf bedacht, die Bindeglieder zwischen den radikalen, gemäßigten und undogmatischen Flügeln zu knacken.
In einer Zeit, wo auf Grund der Wirtschaftskrise Massenverelendung droht, Umweltzerstörungen Katastrophen auslösen, die Kriegsvorbereitungen offensichtlicher werden und die imperialistische Politik der BRD immer offensichtlicher wird, in dieser Zeit ist es für den Staat überlebenswichtig, das wachsende Unruhepotential zu kontrollieren und den Widerstand zu lenken.Ein Hauptproblem stellt hier der militante Basiswiderstand dar, der dem Staat in letzter Zeit verstärkten Schwierigkeiten macht. Militanter Widerstand als Perspektive für die Bewegungen wäre systemsprengend. Werden durch staatliche Maßnahmen Erklärungen von militanten Gruppen der Öffentlichkeit vorenthalten, sind deren Aktionen schwerer nachvollziehbar, bzw. bleiben anonym. Erst wenn das Selbstverständnis und die politische Zielsetzung einer Gruppe erkannt ist, kann deren Konzept diskutiert werden und Einfluß auf die Widerstandsstrategie haben.
Uns Schreiberlingen geht es in erster Linie darum, unzensiert Informationen weiterzuleiten. Wir halten uneingeschränkte Berichterstattung und offene Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Strömungen der Bewegung für unerläßlich für unseren weiteren Kampf.

ATOM EXPRESS und TECHNIK

Der Gegenwind-Verlag, dessen Gerätschaften wir immer mitbenutzen, hat sich ein neues Satzgerät ge- und das alte, mit dem wir alle so vertraut waren, verkauft. Aber es nützte ja nichts, wir mußten uns da, parallel zum Artikel-Schreiben, zum Lay Outen und zum ganzen Schluß-Redaktionschaos einarbeiten. Vieles hat nur so gerade eben, mehr schlecht als recht und durch die Hilfe von Leuten, die 'beruflich' damit zu tun haben, geklappt. Wenn euch das Schriftbild an manchen Stellen dieser Nummer merkwürdig vorkommt, so habt ihr ganz recht: das war/ist unser Tribut an die technik.

INHALT

Volkszählung 83 - Computer beherrschen das Land 2

Dragahn/Gorleben
„Albrecht, wir waren da!" 10
Kreistagssitzung in Schnega 12
Zwischen- und Endlager 17

Schwandorf 18

Die Grünen
Rein in die Sachgasse, raus aus der 22
Gefahren und Perspektiven des Parlamentarismus 25
Gespräch MOZ - Atom Express 27
Interview mit Jutta Dittfurth 30

Startbahn-West 32

Kriminalisierung 34

Krieg dem Krieg
Plädoyer gegen die Gewaltfreiheit 40
Vorschlag für eine Demo an der US-Air-Base 42
US-Munitionstranporte durch die BRD 43

Hochaktiver Müll nach Asse II 46

Die Energiebroschüre ist da 49

Impressum

Herausgeber: Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik e.V., Marienstraße 10, 34 Göttingen.

Preis: 3.- DM
Ein **Abonnement** kostet 20.- DM für sechs Ausgaben incl. Porto. Bürgerinitiativen, Buchläden und sonstige Wiederverkäufer zahlen ab Expl. 2.- DM.
Alte Atom Express-Nummern schicken wir, soweit noch vorrätig, zum Preis von 1.- DM pro Heft incl. Porto zu.

Konto: Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik, Marienstr. 10, 34 Göttingen PSchA Hannover Nr. 148 99 - 308

Druck: Steidl, Düstere Straße, Göttingen

Mitarbeit an dieser Ausgabe:
Enno, Bernd, Ines, Hugo, Ulrike, Stefan, Jan, Uli (Abos), Reimar und die Leute vom Gegenwind-Verlag, die uns bei Pannen das (neue) Satzgerät wieder flottgemacht haben ...

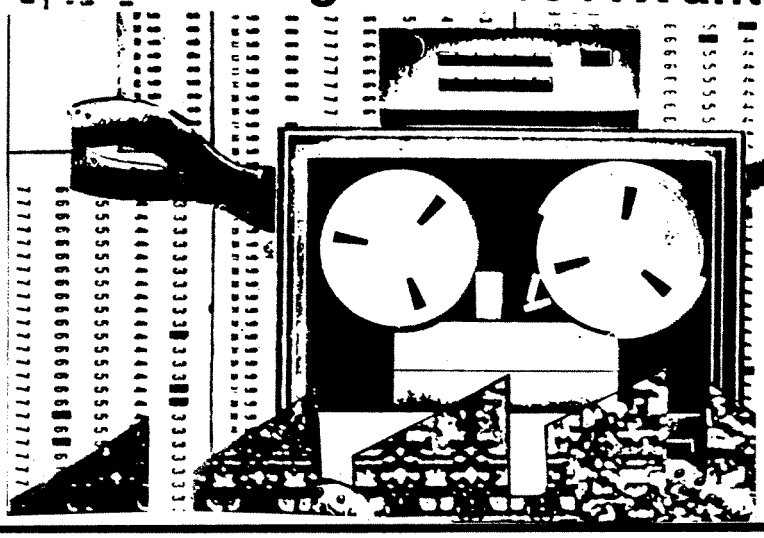
V.I.S.d.P. Bernd Weidmann, Reimar Paul, Enno Brand, Jan Bonorden.

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
Postfach 1945 (neue Nr.!!!)
Büro: Marienstr.10
Tel.0551/7700158
34 GÖTTINGEN

Volks ~~zählung~~ aushorchung

Computer beherrschen das Land!

..Bürger Nr.7654YX antwortet nicht mehr!



Gesetz
über eine Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung
(Volkszählungsgesetz 1983)

Vom 25. März 1982

§ 2

Die Volks- und Berufszählung erfaßt:

1. Vor- und Familiennamen, Anschrift, Telefonanschluß, Geschlecht, Geburtstag, Familienstand, rechtliche Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft, Staatsangehörigkeit;
2. Nutzung der Wohnung als alleinige Wohnung, Haupt- oder Nebenwohnung (§ 12 Abs. 2 des Melderechtsrahmengesetzes);
3. Quelle des überwiegenden Lebensunterhaltes;
4. Beteiligung am Erwerbsleben, Eigenschaft als Hausfrau, Schüler, Student;
5. erlernten Beruf und Dauer der praktischen Berufsausbildung, höchsten Schulabschluß an allgemeinbildenden Schulen, höchsten Abschluß an einer berufsbildenden Schule oder Hochschule sowie Hauptfachrichtung des letzten Abschlusses;
6. bei Erwerbstätigen sowie Schülern und Studenten Namen und Anschrift der Arbeits- oder Ausbildungsstätte, hauptsächlich benutztes Verkehrsmittel und Zeitaufwand für den Weg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte;
7. bei Erwerbstätigen Geschäftszweig des Betriebes, Stellung im Beruf, ausgeübte Tätigkeit, Arbeitszeit, landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeit;
8. im Anstaltsbereich die Eigenschaft als Insasse oder die Zugehörigkeit zum Personal oder zum Kreis der Angehörigen des Personals.

§ 3

(1) Die gebäudestatistischen Fragen erfassen bei Gebäuden mit Wohnraum und bei ständig bewohnten Unterkünften Anschrift, Art und Baujahr sowie den Eigentümer oder an seiner Stelle den Nießbrauchberechtigten oder denjenigen, der Anspruch auf Übereignung oder auf Einräumung oder Übertragung eines Erbbaurechts oder Nießbrauchs hat.

(2) Die wohnungsstatistischen Fragen erfassen:

1. Art, Größe, Ausstattung und Verwendungszweck, Art der Beheizung und der Heizenergie sowie Bezugsjahr der Wohnung, Wohnverhältnis, Förderung der Wohnung mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus sowie Zahl und Nutzung der Räume;
2. bei vermieteten Wohnungen außerdem die Höhe der monatlichen Miete;
3. bei leerstehenden Wohnungen außerdem die Dauer des Leerstehens.

§ 4

Die Arbeitsstättenzählung erfaßt:

1. bei allen nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen
   a) Namen, Bezeichnung, Anschrift, Telefonanschluß und Zahl der Sprechstellen, Art der Niederlassung, Art der ausgeübten Tätigkeit oder Art des Aufgabengebietes der Arbeitsstätte und des Unternehmens, Eröffnungsjahr, Angaben über Neuerrichtung oder Standortverlagerung, Träger der Arbeitsstätte bei Anstalten, Einrichtungen von Behörden oder der Sozialversicherung sowie von Kirchen, Verbänden oder sonstigen Organisationen,
   b) Zahl der tätigen Personen nach Geschlecht, Stellung im Betrieb, Zahl der Teilzeitbeschäftigten sowie Zahl der ausländischen Arbeitnehmer nach Geschlecht,
   c) Summe der Bruttolöhne und -gehälter des vorherhenden Kalenderjahres;
2. bei Hauptniederlassungen und einzigen Niederlassungen außerdem
   a) Eintragung des Unternehmens in die Handwerksrolle,
   b) Rechtsform des Unternehmens;
3. bei Hauptniederlassungen zusätzlich zu den Angaben nach den Nummern 1 und 2 für jede Zweigniederlassung
   a) Namen, Bezeichnung, Anschrift, Art der ausgeübten Tätigkeit oder des Aufgabengebietes,
   b) Zahl der tätigen Personen,
   c) Summe der Bruttolöhne und -gehälter des vorhergehenden Kalenderjahres.

Am 27. April 1983 ist es nach 13jähriger Pause mal wieder soweit. Das Volk soll gezählt werden. 6000 000 Helfer und ca. 370 Millionen DM stehen bereit, um jeden einzelnen Bürger in seinen Lebens- und Arbeitszusammenhängen zu erfassen. Grundlage dieser gigantischen Aktion ist das 'Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1983)' vom 25. März 1982.

Erstmal nichts schlechtes denkt man. jeder Bauer zählt seine Kühe, jede Partei ihre Mitglieder usw. Doch längst geht es dem Staat nicht mehr darum, seine Bevölkerung zu zählen. Ziel ist, mit Hilfe modernster Computertechnologie, jeden Bürger in seinen Lebenszusammenhängen total zu erfassen und zu verdaten. Dies wird auch unverblümt als Ziel der Zählung ausgegeben, denn sie sei »unentbehrliche Grundlage für gesellschafts- und wirtschaftspolitische Entscheidungen des Bundes, der Länder und der Gemeinden. Auch die Parteien, Tarifpartner, die Wirtschafts- und die Berufsverbände und sonstige wichtige Gruppen des öffentlichen Lebens sind, um Fehlplanungen und Fehlinvestitionen erheblichen Ausmaßes zu vermeiden, auf die Zählergebnisse angewiesen«. (Begründung des Gesetzes vom 18.5.81)

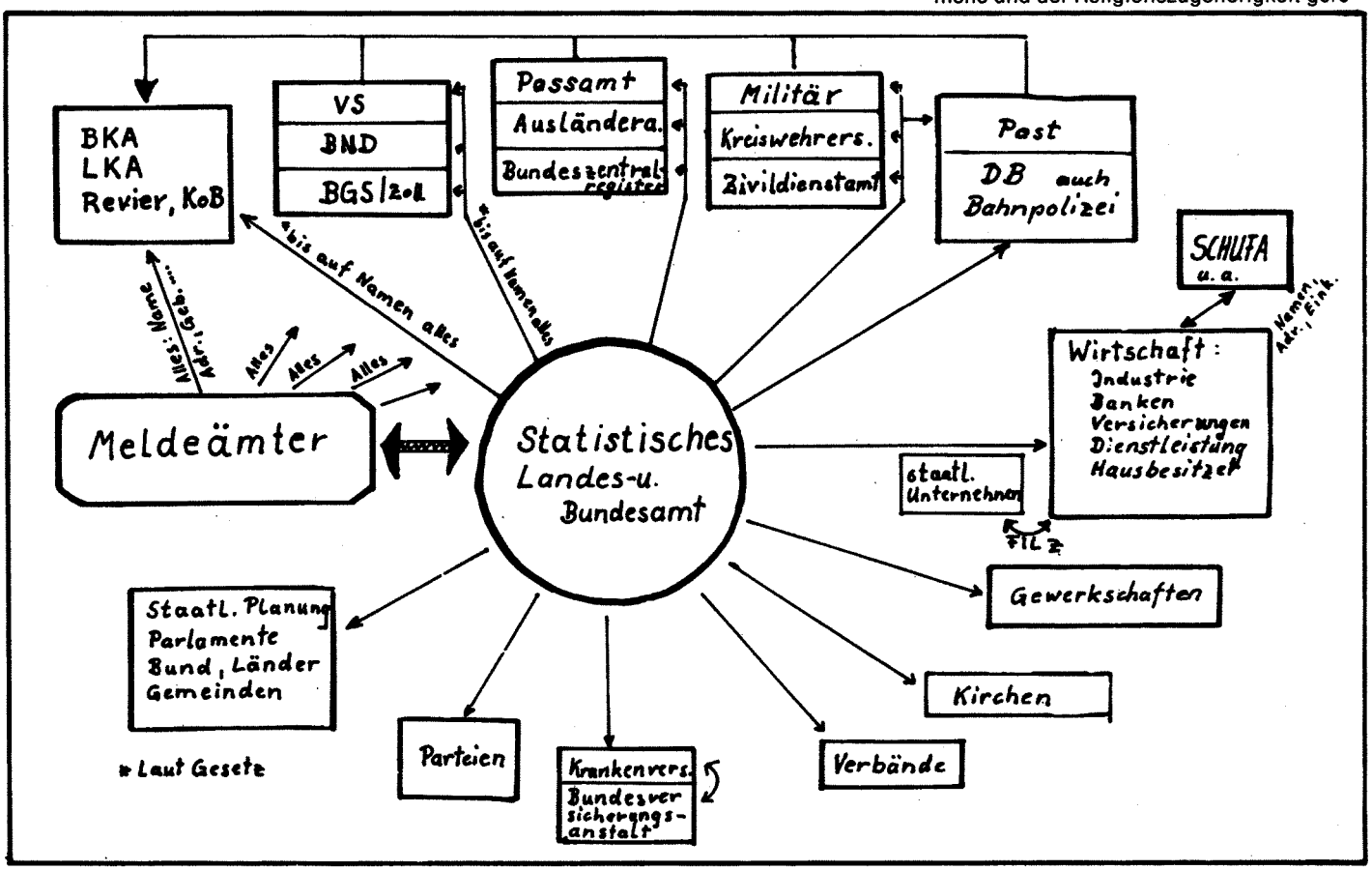
Ziel ist also ein sozio-ökonomisches Programm der Bevölkerung, das Politikern, Wirtschaftsbossen und Technokraten ermöglichen soll, die Menschen besser zu 'regieren', indem auch der privateste Bereich eines jeden Menschen computermäßig erfaßt und aufbereitet wird.

Das Statistische Bundesamt und die statistischen Landesämter, als die die Volkszählung durchführenden Organe, werden zum Informationsselbstbedienungsladen für Unternehmen, Parteien, Regierungen, Polizei, Verfassungsschutz, ja für jeden, der ein Interesse daran hat, den Menschen als berechenbaren Faktor zu beherrschen. Ist und war das nicht schon immer so? Gehst du zum Arzt, zum Einwohnermeldeamt, zum Arbeitsamt, Sozialamt, wirst du festgenommen usw. usw., immer wandern Informationen von dir in die Computer, werden gespeichert, aufgearbeitet, schlicht zu deiner Erfassung benutzt. Das ist richtig, aber noch nie war die Informationserhebung so umfassend und so vielschichtig, wie bei der geplanten Volkszählung.Noch gibt es auch gewisse Trennungen zwischen den einzelnen computermä-

ßigen Erfassungen. All dies soll nun in einer einzigen Erhebung zusammengefaßt werden. Selbst das BKA träumt von solch umfassenden Informationen.

Sind allgemein bekannte Daten, sind doch ungefährliche Angaben, denken jetzt bestimmt viele Menschen. Dem ist nicht so. Der ehemalige Chef des BKAs Herold formuliert das so: »Ich sehe die Hauptaufgabe des BKAs darin, das in riesigen Mengen angehäufte Tatsachenmaterial zu allen abseitigen, abweichenden Verhaltensweisen forschend zu durchdringen... «, oder »...bietet die Volkzählung die Möglichkeit bei der Erfassung und Zuordnung mit mehreren Wohnungen... erstmals von einem melderechtlich und statistisch übereinstimmenden Begriff auszugehen«. (Begründung des Gesetzes)
Im Klartext: Wohnst du wirklich dort, wo du gemeldet bist? Lebst du in Wohngemeinschaften - potentielles Protestpotential? Wohnst du allein in einer Dreizimmerwohnung und besitzt ein abgelegenes Ferienhaus, könntest du nicht da jemanden verbescheid, bist du wirtschaftlich abhängig u.ä.. Sprich: Feststellung deiner wirtschaftlichen Situation, sowie der ganzer Regionen zwecks Wirtschaftsplanung (Investitionen, Arbeitskräftepotential). Übrigens, in diesem Bereich haben die Unternehmerverbände erfolgreich Widerstand geleistet. Die Frage nach der Höhe des Gesamtumsatzes der Betriebe wurde aus dem Fragekatalog gestrichen. Warum wohl?!
Neben dem globalen Interesse der Herrschenden, ihre ökonomischen, politischen und sozialen Planungen besser absichern zu wollen, spielen auch kurzfristige Auswertungsziele eine Rolle.
Neben kleineren Bereichen der Steuerfahndung (von Gewerbesteuer über Kfz-Steuer bis zur Hundesteuer,Fernsehgebühren usw.) wird die Volkzählung auch direkte Auswirkungen auf die Ausländerpolitik haben, Abschiebung 'illegal' eingereister usw. In einigen Städten (z.B. München) gibt es Kopfgelder für das Auffinden nicht Gemeldeter (2,50 DM für jeden Deutschen, 5 DM für jeden Ausländer).

wirkungen auch Auswirkungen in den Bereichen Anspruchsberechtigung auf Wohnungen im sozialen Wohnungsbau, Ummeldung aus steuerlichen, sozialen und rechtlichen Gründen. Allein die hier zu erwartenden Einsparungen werden die Kosten der Zählung um ein Vielfaches übersteigen.
Der Bereich der Wohnungsstättenzählung wird auch besonders hart jene Mieter treffen, die heute noch eine relativ niedrige Miete zahlen. Ergebnis der Wohnungsstättenzählung soll ein lückenloser Mietspiegel nach Höhe der Miete, Lage der Wohnung, Zustand und Größe der Wohnung usw. sein, der jedem Vermieter über den Haus- und Grundbesitzerverein zugänglich sein wird und somit zu Mietanhebungen führen wird.
Die Anonymität der Angaben und ihre Verwendung zu Lasten der Befragten ist absolut nicht gegeben. In §9 des Volkszählungsgesetzes ist zwar die Weitergabe der Informationen an bestimmte Verbände oder zu bestimmten Zwecken (wissenschaftliche usw.) ohne Angabe des Namens und der Religionszugehörigkeit gere-



stecken? Bist du, um der Bundeswehr zu entgehen, in Berlin gemeldet, wohnst aber im Westen?
Daß dies keine Hirngespinste von einem unter Verfolgungswahn leidenden sind, zeigen die Erfahrungen mit der Rasterfahndung, wo auch jede Information nach der Möglichkeit, von der gesellschaftlichen Norm abweichenden Verhaltens, untersucht wird.
Das gleiche gilt auch für deine Arbeits- und Einkommensverhältnisse. Gefragt wird wodurch und wie du deinen Lebensunterhalt finanzierst und auch nach Ausgaben (Miete etc.). Hintergrund dieses Bereiches ist, arbeitest du schwarz, weiß das Finanzamt

Kurzfristige Erfolge erhoffen sich die Herrschenden auch im Bereich der Sozialpolitik, alle Anspruchsgrundlagen für Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe und andere soziale Leistungen des Staates sind mit der Volkszählung überprüfbar (Feststellung von Lebens- und Wohngemeinschaften).
Die Überprüfung der Wohnsitzangaben haben die Änderung des Einwohnermeldergesetzes vom November 82 zum Hintergrund (nicht mehr die Angabe, Erst- oder Zweitwohnsitz, ist ausschlaggebend, sondern der Nachweis des Lebensmittelpunktes). Diese Änderung zu erfassen ist primäres Ziel dieses Bereiches der Volkszählung und hat neben den oben erwähnten Aus-

gelt, dies ist aber ein Witz, bedenkt man, daß die Telefonnummer und die Anschrift nicht als persönliche Daten angesehen werden. Was nützt es, wenn bei der Weitergabe der Auswertung statt Karl Meier, Sackgasse 8, 6 Frankfurt, Tel.: 55555, evan., vermerkt ist, Sackgasse 8, 6 Frankfurt, Tel.: 55555.
Ähnlich verhält es sich mit der Regelung, dem Auskunftspflichtigen dürften bei Feststellung von Unregelmäßigkeiten bei den Wohnsitzangaben durch deren Überprüfung mit den Meldeämtern keine Nachteile entstehen. Dies bezieht sich nur auf den Bußgeldbescheid für Nicht- und Falschanmeldung.

Zur Geschichte der Volkszählung

Die letzten Volkzählungen in der BRD fanden 1961 und 1970 statt. Beide verliefen reibungslos, sie wurden von der Bevölkerung kritiklos hingenommen. Begleitet wurden die Zählungen mit einer riesigen PR-Propaganda in allen Medien. 1961 verlief diese Kampagne unter dem Motto »...mal Inventur machen«, 1970 »Volkszählung 27.Mai 1970 .... man rechnet mit Ihnen!«.
Bei der Auswertung der 70er Zählung wird zufrieden festgestellt, daß es keine nennenswerten Widerstände in der Bevölkerung gab, nicht zuletzt dank der 'positiven' Medienberichterstattung und daß alle in die Zählung gesteckten Erwartungen und Ziele voll erreicht wurden. So waren z.B. in NRW nur die Einleitung von 23 und in HH von 50 Bußgeldbescheiden von Nöten gewesen.
Anders verhielt es sich in den Niederlanden, wo bei der Volkszählung 1971 die Zahl der Boykotteure und die Anzahl der Falschaussagen so hoch waren, daß eine Auswertung in vielen Bereichen unmöglich war, so daß man von einer neuen Volkszählung nach den schlechten Erfahrungen von 1971 vorerst Abstand nahm.

Einiges zur rechtlichen Lage von Boykottmaßnahmen

Wie schon erwähnt, sind alle volljährigen und einen selbständigen Haushalt führenden Menschen in der BRD auskunftspflichtig. Juristisch ist die Aufforderung zur Auskunftserteilung ein Verwaltungsakt, gegen den eine Klage an den Verwaltungsgerichten möglich ist. Wie im Verwaltungsrecht allgemein üblich, haben diese Klagen (Widerspruch/Anfechtung) keine aufschiebende Wirkung, dies ist explizit im §5 des VZ-Gesetzes ausgeschlossen. D.h., jeder Mensch ist trotz solcher Klagen am Tage der Erhebung auskunftspflichtig. Die einzige juristische Möglichkeit die Erhebung etwas zu verzögern, ist ein Antrag auf Herstellung der aufschiebenden Wirkung an die Verwaltungsgerichte. Diese Anträge werden zwar abgelehnt werden (§5 VZ-Gesetz), haben aber, was die Befragung betrifft, bis zur Befragung aufschiebende Wirkung. Solch ein juristischer Schritt wird ca. 100 DM kosten und bei der zu erwartenden Ablehnung vom Kläger zu tragen. Der Antrag ist aber jederzeit bis zur Ablehnung ohne Kosten zurückziehbar. Wichtig ist die Beachtung der gesetzlichen Fristen. Dieser Schritt gegen die Zählung hat natürlich nur dann Auswirkungen, wenn der Antrag direkt am Tage der Zählung eingereicht wird. Dann müssen die Zähler zumindestens nochmals kommen.

Hiermit lege ich, Boy Kott,

Muster 1

Widerspruch

Boy Kott
2000 Hamburg

ein gegen die Aufforderung, Auskünfte im Rahmen der Volkszählung 1983 zu erteilen.

An das
Statistische Landesamt
Hamburg
Steckelhörn 12

2000 Hamburg 11

Hamburg, d.

.....
Unterschrift

Muster 2

Boy Kott
2000 Hamburg

Datum

An das
Verwaltungsgericht Hamburg
Millerntorplatz 1

2000 Hamburg 4

Antrag gem. § 80 Abs. 5 VwGO

auf Herstellung der aufschiebenden Wirkung meines Widerspruches gegen die Aufforderung, Auskünfte im Rahmen der Volkszählung 1983 zu erteilen, den ich heute eingelegt habe (Anlage)

gegen

das Statistische Landesamt
Steckelhörn 12
2000 Hamburg 1.

.....
Unterschrift

Da man mit diesem Schritt aber der Befragung nicht entgehen kann, bleibt also nur die Falschaussage, oder der Boykott. Bei festgestellter Falschaussage und bei Nichtaussage trotz wiederholter Aufforderung ist mit Bußgeldern zu rechnen. Das jeweilige Länderverwaltungsvollstreckungsrecht regelt deren Höhe, Zwangsgeld, Zwangshaft (1-14 Tage) usw.**Wichtig, und dies ist in allen Ländern gleich, Bußgeldbescheide sind, egal bei welcher Höhe, keine Straftaten, gelangen also in kein Führungszeugnis oder Strafregister** (vergleichbar mit Verkehrsdelikten wie 'falsch Parken', o.ä.).

Der Bußgeldrahmen bewegt sich zwischen 5 DM und 10000 DM. Er wird vorraussichtlich im Falle des Boykotts um die 100 DM liegen. Dies aber auch nur, wenn sich wenige am Boykott beteiligen. Wenn, wie zu erwarten, sich viele Menschen am Boykottt beteiligen, ist kaum damit zu rechnen, daß überhaupt Bußgeldbescheide verschickt werden, gegen die dann noch gegebenenfalls, wie bei Verkehrsdelikten, Einspruch erhoben werden kann. Dann letztendliche Verhandlungen vor den Amtsgerichten würden deren Kapazitäten vollständig übersteigen. Auch hier ist die Beachtung der Fristen notwendig.

Fazit:

Wenn sich genügend Menschen an dem Boykott beteiligen, ist kaum mit Bußgeldern zu rechnen. Strafrechtliche Verfolgung ist sowieso ausgeschlossen, ein Boykott birgt folglich kum Risiken in sich.

Was tun gegen die Aushorchung?

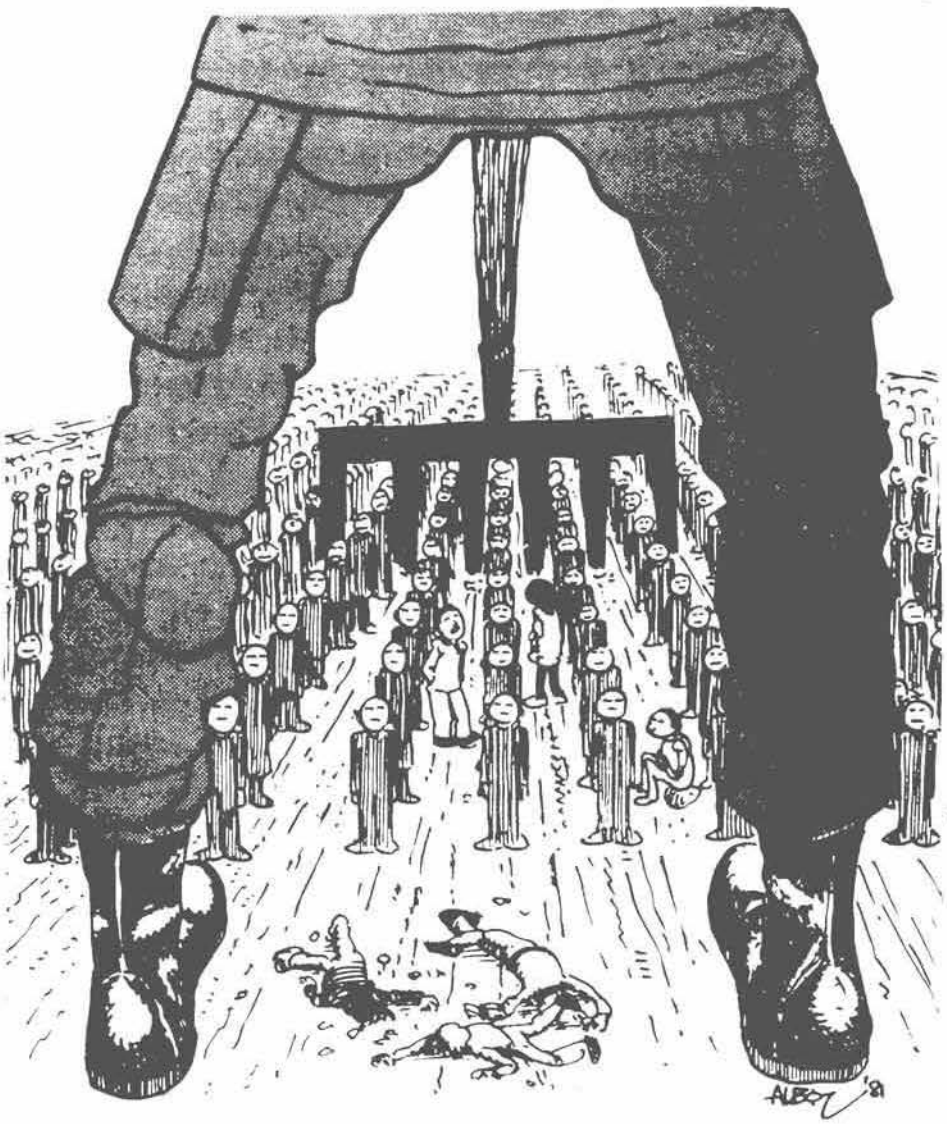
Seit Bekanntwerden der VZ-Pläne bilden sich überall in der BRD Gruppen, die sich mit der Zählung auseinandersetzen. Viele Menschen haben erkannt, daß mit der VZ ein weiterer Schritt in den Orwell'schen Überwachungsstatt gemacht werden soll. Der Bevölkerung soll klargemacht werden, daß der Staat allmächtig sei und alle Lebensbereiche der Menschen zu durchdringen in der Lage sei und jegliches Handeln überprüfen und kontrollieren kann und will (Einschüchterung).

Aus diesem Grunde sollte es auch nicht vorrangig darum gehen, aufzuzeigen, welches Ausmaß die Bespitzelung durch die VZ hat, oder als Beratungsstelle zu fungieren nach dem Motto: wie mogle ich mich am besten durch die VZ. Auch gehen politische Forderungen im Zusammenhang mit der VZ dergestalt, 'wenn der Staat uns sagt, wo er die Raketen stationieren will, dann machen wir auch unsere Angaben', an der Problematik vorbei. Insofern ist auch die Initiative VZ-Boykott »Politiker fragen - Bürger antworten nicht, wenn die Regierung für Atomraketen schweigt, schweigen wir für den Frieden«, zwar als Protest (Behinderung) gegen die VZ zu begrüßen, setzt sich aber nicht mit ihrer Funktion und dem Hintergrund auseinander.

P.S.: Die Unterstützung der Redaktion des Atomexpresses für diesen Aufruf geschah voreilig und unbedacht, ohne überhaupt über die VZ diskutiert zu haben. Sie hat also heute keine Gültigkeit mehr.

Hier muß gesagt werden, daß das VZ-Gesetz von der SPD/FDP Regierung verabschiedet wurde. Diese Parteien stellen sich heute im Wahlkampf hin und fordern die Bekanntgabe der Raketenstationierungsorte.

Ziel des sich gegen die VZ formierenden Protestes sollte sein, klarzumachen, daß große Teile der Bevölkerung dem Staat das Recht absprechen, solch eine Erhebung vorzunehmen, daß die VZ prinzipiell abgelehnt wird, daß die Erhebung boykottiert wird, mit dem Ziel, die Auswertung und spätere Benutzung der Daten zu erschweren und in einigen Bereichen unmöglich zu machen (s.o. VZ in NL).Da ein Großteil des VZ-Materials, regionalspezifisch ausgewertet und zu regionalen Planungen herangezogen werden soll, kann dies bereits durch Boykottmaßnahmen in kleineren Bereichen (Dörfer, Stadtteile, Straßenzüge) verhindert werden.



Muster 3

Boy Kott
2000 Hamburg

Datum

An das
Statistische Landesamt
Hamburg
Steckelhörn 12
2000 Hamburg 11

Aktenzeichen: .....

Hiermit lege ich, Boy Kott, geb. .....

Einspruch

ein gegen den Bußgeldbescheid vom ....

.....
Unterschrift

Haushaltsbogen

BA 3 EK-Nr. C4 Kenn-Nr. 10 030 1

Verzeichnis aller zum Haushalt gehörenden Personen:

1. Person
Name

Vorname

1 Geburtsdatum
Tag Monat Jahr

Wohnungsangaben

FÜR ALLE HAUSHALTE

1 Bewohnen Sie die Wohnung

a) Eigentümer, Miteigentüme

b) Hauptmieter, Altenteiler, W

c) Untermieter

2 Sind Sie Angehöriger auslän kräfte oder diplomatischer, b konsularischer Vertretungen

FÜR EIGENTÜMER, HAUPTMIE

*3 **Ist die Wohnung eine Freize**

4 Wann ist der Haushalt in die Wohnung eingezogen?
Bitte Angaben für das am längst hier wohnende Haushaltsmitglie

5 Hat die Wohnung
Koc
Toilette (in

*6 **a) Wird die Wohnung überw beheizt mit**

Einzel- od. Mehrraumöfen

b) Welcher Brennstoff, we Wärmequelle wird verwen

Mehrfache Antworten möglich!

Sc'a

FÜR ERWERBS TIG

*18 **Hauptsächlich benutzte Verkehrsmittel auf dem Hinweg zur Arbeit oder Schule/Hochschule** *(längste Wegstrecke)*

*19 **Normalerweise für den Hinweg zur Arbeit oder Schule/Hochschule benötigte Zeit**

FÜR PERSONEN in Anstalten, Heimen, Wohnheimen u. ä.

Nur vom Statistischen Land

8

Stellt man sich allein das Ausmaß der Erhebung vor (600000 Helfer usw.), so wird klar, daß ein gigantischer Apparat von Nöten sein wird, um die Erhebung durchführen zu können. Zum reibungslosen Ablauf muß die Bereitschaft der Bevölkerung zur Beantwortung wie 1961 und 1970 vorhanden sein. Deshalb gilt es im Vorfeld klarzumachen, daß viele Menschen die VZ ablehnen, sie boykottieren werden, daß auch ihr gigantischer Apparat keine Gewähr für den Erfolg bietet, ganz im Gegenteil, daß er so störungsanfällig ist, daß die Erhebung nicht durchführbar sein wird.

Es muß den Herrschenden klargemacht werden, daß sie die in die VZ gesteckten Ziele auf keinen Fall erreichen werden.

Schon durch den Boykott einiger 10.000 Menschen wird die Auswertung derart erschwert oder behindert, daß in vielen Teilbereichen bei der späteren Benutzung keine Aufschlüsse aus der Volkszählung zu ziehen sind.

Die nichtsachgemäße Ausfüllung der Fragebögen bietet keine Gewähr gegen die VZ, da die Zähler (jeder hat ca. 100 Fragebögen zu betreuen) angehalten sind, bei fehlerhafter Ausfüllung, die Fehlerquellen zu korrigieren oder die Angaben auf neue Bögen zu übertragen (Anweisung VZ 1970).

Jetzt im Vorfeld der VZ sollte es darum gehen, durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit die Bevölkerung über das Ausmaß der Erhebung aufzuklären und durch gezielte Einzelargumentationen (Mietproblematik, Sozialpolitik, Ausländerpolitik usw.) klarzustellen,daß jeder Mensch in diesem Land, zwar mit unterschiedlichen Schwerpunkten, direkt betroffen sein wird.

Ziel der Öffentlichkeitsarbeit sollte sein, ein Klima gegen die VZ zu erzeugen, das einen Boykott im großen Ausmaß ermöglicht und ankündigt.

Falschaussagen sind zwar möglich, aber durch Überprüfung mit bestehenden Datenbänken reduzierbar und bieten folglich keine Gewähr gegen die Datenerfassung.

Wird die politische Ablehnung der VZ im Vorfeld klar herausgestellt, so wird es dem Staat auch nicht wie 1961 und 1970 mit plumpester PR-Propaganda gelingen, die Menschen zur Angabe der Daten zu bewegen. Auch muß er seinen gigantischen Zählapparat auf die Stör- und Boykottandrohungen ausrichten, was unweigerlich den geplanten Ablauf der VZ behindern wird.

Ein anderer Schwerpunkt der Argumentation im Vorfeld sollte darin bestehen, die rechtliche Lage im Falle des Boykotts klarzustellen, um somit die Angst vor 'Bestrafung' im Falle des Boykotts zu minimieren. Die bloße Erwähnung von Bußgeldandrohungen bis 10.000 DM entsprechen absolut nicht der Realität und sind eher geeignet, Menschen einzuschüchtern und von der Boykottbeteiligung abzuhalten.

Nach den Bundestagswahlen werden die jeweiligen regionalen Verwaltungen mit den Vorbereitungen der technischen Durchführung der VZ beginnen. Es wird regionale Unterschiede in der Art der Durchführung, als auch in einigen Regionen Zusatzfragebögen geben. Momentan werden überall Helfer gesucht.

In der jetzigen Phase ist es wichtig herauszufinden, wann und wie die Zähler kommen werden, ob die Fragebögen abgeholt werden sollen, wie oft die Zähler bei Nichtantreffen wiederkommen usw. Also alle Fragen zum Bereich geplanter technischer Ablauf der Zählung. Dies ist besonders wichtig, weil im Vorfeld diskutiert werden muß, wie man sich gegenüber den Zählern verhalten kann, da diese natürlich versuchen werden, durch Argumente über die Notwendigkeit der VZ, als auch über Einschüchterung, die Menschen zur Auskunft zu bewegen.

Die Statistischen Ämter sind per Gesetz verpflichtet, ihre Erhebungen auf Anfrage herauszugeben. Wollt ihr also jetzt schon wissen, wie die Fragebögen der VZ aussehen werden, schreibt an die entprechenden Statistischen Ämter.

Adr.: **Allgemeiner Auskunftsdienst des Statistischen Bundesamtes**
Gustav-Stesemann-Ring 11
Postfach 5528
62 Wiesbaden 1

Informationen über die Initiative Volszählungsboykott 'Politiker fragen - Bürger antworten nicht' bekommt ihr bei:
Initiative Volkszählungsboykott
c/o J. Michael Schroeren
Saarstr. 13
1 Berlin 41
Tel.: 030/8520247

Informationen, Flugblätter, Broschüren, Aufkleber usw. zum VZ-Boykott erhaltet ihr über:
Petra Weiss
c/o Autonomie
Thadenstr. 130a
2 Hamburg 50
Tel.: 040/4300070

ansonsten auch über den Göttinger AK gegen Atomenergie

ÜR EIGENTÜMER,

Wie viele Räume 6 Quadratmeter?
(ohne Küche/Wohn

Falls darunter un gewerblich genut

a) Anzahl der unte

b) Anzahl der gew

Wie groß ist die der gesamten Wo
(einschl. Küche, Bac u. ä. sowie untervern genutzter Räume in

Ist die Wohnung öffentlichen Haush

Ist in der Wohnung

R HAUPTMIETER

Wie hoch ist die M
Zur Miete rechnen au wendenden Beträge f Straßenreinigung, Mu beleuchtung, Schorns
Nicht zur Miete rechn heizung, Warmwasser Untermieterzuschlag.

a) Handelt es sich u Hausmeister-, Stl oder Geschäftsm

b) Ist die Wohnung vom Eigentümer verbilligt, kostenlos überlassen oder ist die Miete wegen finanzieller Vorleistungen (z. B. Mieterdarlehen) **ermäßigt?** nein • ja •

Wer ist Eigentümer, Kaufanwärter bzw. Erbbauberechtigter des Gebäudes?

Einzelperson oder Ehepaar, Erbengemeinschaft oder ähnliche Personengemeinschaft •

Gemeinschaft von Wohnungseigentümern •
(nur bei Eigentumswohnungen)

J Fuß), Fahrra
, Moped, Mof
, Straßenl
Eisenb
Verkehrsm
m Grunds
ter 15 Min
ter 30 Min
ter 45 Min
ter 60 Min
uten und m
l. Angehör
nd Sie Insa
030 1

Sind Sie am 18. Mai 1982 zur Arbeit oder Schule/Hochschule gewesen? JA NE

Wenn Ja: Welches Verkehrsmittel haben Sie an diesem Tag für den Hinweg benutzt? (bitte Verkehrsmittel angeben, das Sie für die längste Wegstrecke benutzt haben)

kein Verkehrsmittel (zu Fuß gegangen oder Arbeitsstätte liegt auf dem eigenen Grundstück)

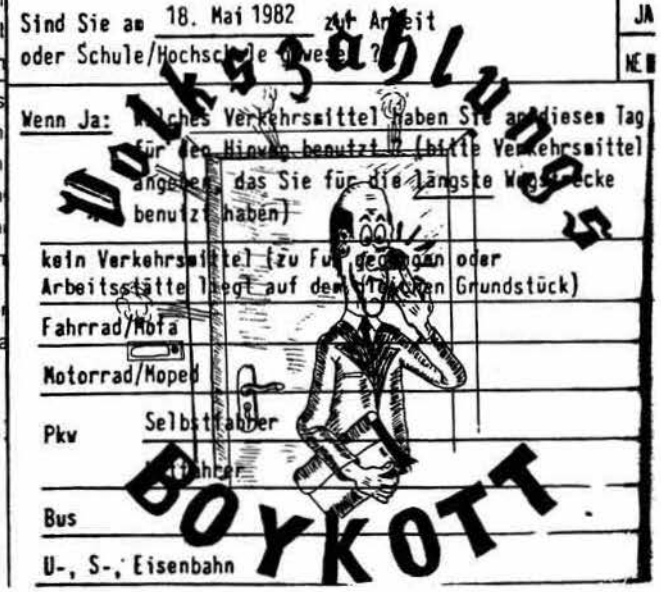
Fahrrad/Mofa

Motorrad/Moped

Pkw Selbstfahrer
Mitfahrer

Bus

U-, S-, Eisenbahn



DRAGAHN/GORLEBEN

Die Vorbereitungen für eine WAA in Dragahn werden mit großem Tempo vorangetrieben.
Nachdem Albrecht sich selbst und seinen Wortbruch durch die Erklärung, die Landesregierung wolle erst nach Entscheidungen der kommunalen-Gremien über Dragahn befinden, etwas aus der Schußlinie genommen hatte, sind eben diese auf Linie gebrachten Kommunalparlamente z. Zt. dabei, die Weichen im Sinne der Landesregierung und der DWK zu stellen.
Nach der »positiven« Entscheidung des Kreistages hat sich am Dienstag, d. 22.2., auch der Gemeinderat von Karwitz, in dessen Amtsbereich auch Dragahn liegt, ebenfalls für die WAA ausgesprochen; ein besonderes Kuriosum ist hier, daß in Karwitz bei den letzten Gemeindewahlen als einzige Partei die CDU kandidiert und Sitze erhalten hat.
Durch diese Vorentscheidungen belastet, wird sich auch die 'unsicherste' Instanz, der Samtgemeinderat von Dannenberg, einem Pro-Dragahn-Votum kaum entziehen können; und Albrecht hat innerhalb von nur sechs Wochen bekommen, was er zur Zeit will: die Zustimmung der Volksvertreter vor Ort, eine Legitimation, wie er sie sich für sein Vorhaben nicht besser wünschen kann.
Der BI Lüchow-Dannenberg, mit ihren Hannover-Aktivitäten überdies so gut wie ausgelastet, muß man vorwerfen, die politische Bedeutung der Entscheidungen in den Kommunalparlamenten nicht genügend herausgestellt zu haben und, noch mehr, sogar Hoffnungen auf Mehrheiten in ihrem/unserem Sinn gehegt und geschürt zu haben.
Andere Gruppen im Landkreis und die Dragahn-Regionalkonfere verfügen (noch) nicht über die Kraft und die Strukturen, der BI Lüchow-Dannenberg mit ihren guten Kontakten zu Medien, BBU usw. im Zweifelsfall eigene Vorschläge entgegenzusetzen.
Ein Widerstandskonzept, welches das zweifellos wieder gewachsene Protest-Potential im Wendland nach außerhalb der Kreisgrenzen zu Aktionen und Demonstrationen mobilisiert, »zu Hause« aber, wo die politischen Entscheidungen z. Zt. fallen, keinerlei Konfliktbereitschaft erkennen läßt und Illusionen über mögliche Mehrheiten in den Kommunalparlamenten verbreitet, muß scheitern.
Auswärtige BI's müssen sich u.E. wieder mehr als bisher in die Diskussionen einklinken; eine Möglichkeit ist die nächste Regionalkonferenz, die am 12. 3. in Trebel stattfinden wird.
In diesem Atom Express berichten wir über den 2. Treck der Lüchow-Dannenberger nach Hannover, über die Geschehnisse rund um die Kreistagssitzung am 21. 1. in Schnega und wir geben einen Überblick über den Stand des Baus beim Zwischen- und Endlager.

ERST GORLEBEN
DANN DRAGAHN

„Albrecht, wir

WER EINMAL LÜGT...

Anfang Januar stellte die BI Lüchow-Dannenberg ihr Konzept für den »Protestmonat in Hannover« vor: in 3 Stufen sollten erst 10, dann 100 und schließlich 1000 Wendländer nach Hannover ziehen, um mit verschiedenen Aktionen ihre Empörung über den Wortbruch Albrechts zum Ausdruck zu bringen. Vorläufiger Höhepunkt sollte eine Demonstration am 29. 1. unter Beteiligung auch auswärtiger AKW-Gegner sein.
Mehrere BI's äußerten Bedenken an den Plänen; der Göttinger Arbeitskreis formulierte ein Kritikpapier, das auf der Dragahn-Regionalkonferenz eingebracht wurde und das wir in Auszügen noch einmal abdrucken:

»Unsere Kritik richtet sich in erster Linie gegen die geplante Großdemonstration in Hannover am 29. Januar. Sowohl für uns selber als auch für die Gegenseite und die Medien würde sich unweigerlich der Vergleich zu der 100.000-Leute-Demo vom März 1979 aufdrängen. Eine ähnlich hohe Teilnehmerzahl wie damals ist jetzt jedoch in gar keinem Fall zu erreichen, da entsprechende Voraussetzungen und Rahmenbedingungen fehlen:
- Gorleben-Hearing
- Harrisburg-Unfall
- Gorleben als damals einziger und erster WAA-Standort
- Treckstimmung
- Gesamtsituation der Anti-AKW-Bewegung.

darüberhinaus halten wir die Stoßrichtung des Trecks, Albrecht als den Hauptlügner darzustellen, für zu kurz gegriffen, da dies zu einer Personifizierung der Durchsetzungsstrategien der Betreiber führt ... In der momentanen Phase der Entscheidungsfindung bestimmen Kreistag und kommunale Gremien über die WAA. Sie sollten daher zu jetzigen Zeitpunkt mehr im Mittelpunkt unseres Protestes stehen. Einhergehend damit halten wir eine Orientierung des Widerstandes aus dem Landkreis heraus für falsch ... Unglücklich finden wir auch den Zeitpunkt der geplanten Treck-Abschluß-Demonstration, der mit dem 50. Jahrestag der faschistischen Machtergreifung zusammenfällt ...«

Die Mobilisierung innerhalb des Landkreises war jedoch sehr groß; viele Menschen beteiligten sich an der Vorbereitung der Aktionen.

Am 9. 1. brechen 10 Lüchow-Dannenberger - Mitglieder der BI, der Grünen, der Bäuerlichen Notgemeinschaft und der Ärzteinitiative - auf. 100 Leute verabschieden sie morgens an der Zwischenlager-Baustelle. Am Abend werden sie von 300 AKW-Gegnern in Dragahn empfangen.
Über Uelzen, Celle und Isernhagen marschiert die Gruppe in die Landeshauptstadt, wo sie von Hannoveraner BI'lern am 15. Januar empfangen wird.
In der Nähe des Raschplatz-Pavillons wird, als Symbol des Widerstandes, eine »Trutzeiche« eingepflanzt, an ihren Fuß der Grundstein für die »Arche Wendland« gelegt. An der Bannmeile schlagen die Lüchow-Dannenberger 10 Holzkreuze ein, um dann den Landtagsparteien eine Resolution zu übergeben. Das Präsidium des Hohen Hauses verweigert den 10 jedoch den Zutritt und will allenfalls eine Delegation von 2 Leuten hereinlassen, worauf sich die AKW-Gegner aber nicht einlassen. Die Erklärung wird stattdessen im Restaurant des Landtages deponiert; eine Pressekonferenz und eine Veranstaltung beschließen die erste Stufe.

Die »Arche Wendland« steht im Mittelpunkt der 2. Aktionswoche. Nach mehrtägigen Rechtsstreitigkeiten mit der Stadt Hannover wird das Aufstellen des Fachwerkhauses schließlich auf einem Baugrundstück in der Innenstadt genehmigt. Im Landkreis wird »Inventar« für die Arche gesammelt: Schützens- und Erhaltenswertes ebenso wie Kulturdokumente der Atomindustrie (Hochglanzbroschüren, NATO-Draht usw.) sollen in einem bunten Konvoi nach Hannover gebracht werden. Am 22. Januar feiern mehrere 100 Leute aus dem Wendland und aus Hannover das Richtfest. Dieses Mal werden 100 Holzkreuze eingeschlagen, Stände aufgebaut, eine Kultur- und Informationsveranstaltung organisiert: Stufe 2 ist zu Ende.

Arche Wendland ... und »Trutzeiche«

Trotz miserablen Wetters und der relativ ungünstigen Lage ist die Arche in der darauffolgenden Woche eine Attraktion; viele Leute, nicht nur AKW-Gegner, auch Passanten, machen sich auf den Weg durch das Haus, der in einem kleinen »Wald« beginnt, an Foto-Wänden und einer Widerstands-Ausstellung vorbeiführt und am Büchertisch der BI Lüchow-Dannenberg endet. Draußen gibt's weitere Stände mit Info-Material, mit Wendland-Most und Leckereien. Und überall liegen Flugblätter und Plakate, die zur Beteiligung an Stufe 3, zur Abschluß-Demonstration, aufrufen.

waren wieder da !"

Die findet, wie geplant, am 29. Januar statt. Gut 4.000 Leute, die meisten aus Lüchow-Dannenberg, sowie ein Dutzend Trecker, eine Schafherde, eine Kuh, Hasen, Hühner und Gänse nehmen daran teil; zur Vermittlung eines Eindrucks sollen die Fotos dienen.

Was hat's gebracht?
Man kommt einfach nicht daran vorbei, die Januar-Aktionen mit dem großen Treck von 1979 zu vergleichen, auch wenn die Voraussetzungen damals andere waren und die diesjährige 'Großdemonstration' von ihrer Gestaltung einen vornehmlich regionalen Charakter hatte.
Obgleich die Mobilisierung im Landkreis wiederum sehr groß war, fehlte doch das 'Treckfieber', das vor 4 Jahren nicht nur den allergrößten Teil der Lüchow-Dannenberger Bevölkerung ergriff, sondern auch die gesamte Anti-AKW-Bewegung. Der diesjährige Marsch auf Hannover konnte zu keinem Zeitpunkt die Eigendynamik entwickeln, die notwendig gewesen wäre, um die rational begründete Kritik und die Passivität der 'Auswärtigen' zu besiegen und die letztendlich auch notwendig gewesen wäre, um einen annähernd starken politischen Druck zu erzeugen wie 1979.
Aber selbst bei größerer Öffentlichkeit, bei mehr Bteiligung und Begeisterunghätte es in diesem Jahr kein »Nein« von Albrecht zu einer WAA im Wendland gegeben; und vielleicht war das den meisten auch klar, zumindest unbewußt.
Um Dragahn zu verhindern, müssen auch neue, effektivere Widerstandsformen gefunden werden. Der Rückgriff auf Bewährtes wird nicht ausreichen.

Hannover, 29.1./Fotos: Wolfgang Hain

Mit Flugzeug heute zur WAA

Lüchow. Nach Cherbourg/Frankreich fliegen heute vormittag ab Hannover rund 20 politisch interessierte Bürger aus dem Kreis Lüchow-Dannenberg, darunter Kommunalpolitiker, um unter anderem die Wiederaufarbeitungsanlage in Cap de la Hague zu besichtigen. Organisiert hat die zweitägige Reise der hiesige CDU-Kreisvorstand; die Kosten trägt die DWK. Gespräche mit der Bevölkerung am Zielort sind vorgesehen, ebenfalls auf dem Programm stehen ein Besuch des Umladebahnhofes für Transportbehälter in Cherbourg sowie des im Bau befindlichen Kernkraftwerks in Fromageville.

Kreistagssitzung in Schnega:

Grünes Licht für die WAA

Mit 22 gegen 18 Stimmen sprach sich der Lüchow-Dannenberger Kreistag bei 2 Enthaltungen am 21. 1. 1983 für die »Prüfung« von Dragahn als Standort einer Wiederaufarbeitungsanlage aus.
Erst in der Woche zuvor war überhaupt bekannt geworden, daß das Kreisparlament schon so früh über Dragahn diskutieren und entscheiden würde; am Ende einer ereignisreichen Woche stand - wieder einmal - die bittere Erfahrung, daß über die Lüchow-Dannenberger Kommunalparlamente Atomanlagen nicht zu verhindern sind.
Doch der Reihe nach:

Als die BI Lüchow-Dannenberg vom Termin und vom Thema der Kreistagssitzung erfuhr, mobilisierte sie in einer ganzseitigen Anzeige in der Elbe-Jeetzel-Zeitung zu einer Bürgerversammlung für Montag, d. 17. 1., in Dannenberg, wo über ein eventuelles Vorgehen in Schnega, dem Schauplatz der bevorstehenden Entscheidung, und bei der für den Tag davor anberaumten CDU-Mitgliederversammlung diskutiert werden sollte.
Trotz kämpferischer Worte und trotz der großen Empörung im Landkreis scheute sich die BI jedoch, zur Ver- oder Behinderung der Veranstaltungen aufzurufen und orientierte stattdessen auf argumentatives Einwirken in die »CDU-Basis«.
Am 13. Januar verschickten wir vom Göttinger Arbeitskreis eine Erklärung an alle norddeutschen BI's, in der wir zur »Verhinderung der Kreistagsentscheidung« aufriefen, wobei das Echo auf unsere Initiative - soviel vorweg - recht gering blieb.

Über 500 Leute kamen dann zur Bürgerversammlung ins restlos überfüllte Dannenberger Schützenhaus: auch hier zeigte sich, daß BI Lüchow-Dannenberg und UWG unfähigoder unwillig waren, den vorhandenen 'Zorn der Massen' in direkte Aktionen gegen das Abstimmungsspektakel umzusetzen. Vorschläge aus dem Publikum, die Kreistagssitzung zu verhindern, wurden von der Versammlungsleitung abgewürgt, einem Jörg Janning (Ex-BI- und BBU-Vorständler und Vorsitzender der UWG-Kreistagsfraktion) dagegen ausführlich Gelegenheit gegeben, für 'Besonnenheit' zu plädieren. Die Mehrheitsverhältnisse seien dermaßen knapp, so Janning, daß es auf jeden Abgeordneten ankommen werde!
Ohne Beschlüsse zu fassen, ging das Treffen schließlich zu Ende; schon hier wurde eine ganz große Chance vertan, auf Offensive zu setzen. Abwiegler und Zauderer, die aus 6 Jahren Widerstand im Wendland anscheindend nichts gelernt haben, setzten sich einmal mehr durch.

Auf mehreren EJZ-Seiten wandten sich viele Gruppen und Bürger am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag an die Delegierten des CDU-Parteitags und an die Kreistagsabgeordneten (einige der Anzeigen dokumentieren wir), sich gegen die WAA-Pläne auszusprechen, doch bis dahin waren die Würfel wohl schon gefallen - andersherum.
Die Lüchow-Dannenberger CDU entschied sich denn auch erwartungsgemäß mit 110 zu 46 Delegiertenstimmen für die »Prüfung des Standortes Dragahn für eine WAA mit einer Jahresleistung von 350 t« und setzten damit auch den Rahmen für das Abstimmungsverhalten ihrer Kreistagsfraktion. Daß auch hier wieder eigene, anderslauternde Beschlüsse - z.B. 11. 2. 1980: »Es muß sichergestellt werden, daß auch nach Errichtung des Zwischenlagers **keine** WAA gebaut wird.« - gebrochen wurden, schien den meisten CDU-Politikern dabei nicht einmal klar zu sein. Kreisvorsitzender Tarrach hatte gleich zu Beginn die Weichen gestellt: »Ich stimme für die Zukunft unseres Kreises, unserer Jugend!«
Die 46 Abweichler kann eine Volkspartei wie die CDU dabei locker verkraften; Tarrach: »Im Kreisverband haben Gegner und Befürworter ihren Platz - auch nach heute abend.«
Was für eine Farce hier ablief, muß eigentlich auch den letzten spätestens beim Frühstück am nächsten Morgenm klargeworden sein. In der Elbe-Jeetzel-Zeitung nämlich war der Pro-Dragahn-Antrag der CDU-Kreistagsfraktion für die ja am selben Tag stattfindende 'historische Sitzung' in Schnega über zwei volle Seiten veröffentlicht! Der entsprechende Parteitagsbeschluß war erst um 22.55 Uhr am Vorabend gefällt worden, und die EJZ hat einen wesentlich früheren Redaktionsschluß!
Aber wer dachte, daß sich die BI-Verantwortlichen doch nun wirklich ihre letzten Illusionen in 'ihre Volksvertreter' abgeschminkt hätten, sah sich erneut eines schlechteren belehrt.

Für die von auswärts, zugegebenermaßen gleichfalls ohne Konzept angereisten AKW-Gegner, aber auch für viele von der 'Basis' des wendländischen Widerstandes wurde der 21. Januar zur ganz großen Enttäuschung. Nicht, daß wir und andere nun tatsächlich unbedingt damit gerechnet hatten, die Kreistagssitzung sprengen und die Abgeordneren zum Teufel jagen zu können, aber daß BI-Vorständler noch bis unmittelbar vor Sitzungsbeginn die (Flüster-)Parole ausgaben: »Nur kein Radau,ruhig bleiben, wir haben gehört, es kippen noch welche um ...«, das ist nach wie vor kaum zu fassen und kann nur als gezielte Konfliktvermeidung um jeden Preis gewertet werden.

Der weitere Verlauf des Tages ist schnell erzählt:

Schon eine Stunde vor Beginn sollte niemand mehr ins Dörfergemeinschaftshaus gelassen werden; jede Menge Polizei, die auch schon die Anfahrtswege beobachtet und 'bewacht' hatte, blockierte die Eingänge. Weitere Hundertschaften mit Hunden und schwerer Ausrüstung standen in Rufweite und wurden auch öfters herbeizitiert, wenn es an den Türen und Fenstern zu Rangeleien und Rauferein kam. Zwischen 4 und 500 Leute waren es, die um das Gebäude herumstanden - darunter vielleicht 80, die es mal hier, mal dort mit einem überraschenden Vorstoß gegen die Eingänge versuchten

Die Stimmung zu einem gemeinsamen Handeln war nicht da, vor allem wegen der Befriedungsbemühungen der BI Lüchow-Dannenberg, aber auch wegen der fehlenden Bereitschaft von anderen, selbst die Initiative zu ergreifen.
Daß nach einer Weile doch noch ein Schwung Leute reingelassen wurde, ist so wohl auch weniger dem (fehlenden) Druck zuzuschreiben, als der klugen Einschätzung der Einsatzleitung, daß es so schlimm heute wohl nicht werden würde.

Im Haus, in das sich die Abgeordneten schon in den frühen Morgenstunden hineingeschlichen hatten, dann folgendes Bild: In den Fluren und Gängen Polizei, an lackierten, rechteckigen Holztischen mikt Mineralwasserfläschchen und schwarzen Aktenköfferchen vor sich aufgeregt tuschelnd die Volksvertreter, drumrum Presse- und Fernsehleute, die ersten Reihen auf der Zuschauertribüne voll mit CDU-Anhang, dahinter, dicht an dicht, diejenigen AKW-Gegner, die es geschafft hatten, hereinzukommen.

Nur unwesentlich gestört von Beifall, Zwischenrufen und Pfiffen nahm die Debatte ihren Lauf. UWG sowie die Vertreter der FDP, der Freien Union (FU) und die meisten SPD-Redner sprachen sich mehr oder weniger entschieden gegen eine WAA Dragahn aus, die CDU dafür, wobei sich eins ihrer Fraktionmitglieder nicht entblödete zu behaupten, er sei ja im Grunde seines Herzens gegen die WAA-Pläne, aber nun, nach dem Terror und der Gewalt der AKW-Gegner und der Grünen ... Dem Druck der Straße werde er sich jedenfalls nicht beugen.

Die Abstimmung

„Der Kreistag stimmt der Prüfung des Standortes Dragahn für eine Wiederaufarbeitungsanlage mit einer Tagesleistung von 2 t zu. Der Kreistag geht dabei davon aus, daß
① für eine solche Anlage ebenso wie für den Standort alle Fragen der Sicherheit grundsätzlich positiv beantwortet werden können,
② eine ständige Information der Bevölkerung über den Stand des Verfahrens erfolgt,
③ bei positivem Abschluß des Genehmigungsverfahrens durch die Landesregierung unverzüglich mit dem Bau begonnen wird, und
④ gleichzeitig eine Enquetekommission einzusetzen ist, die die Notwendigkeit und Machbarkeit einer WAA bestätigt.
Diese Zustimmung bedeutet keine Vorwegnahme der Entscheidungen des Kreistages in allen durchzuführenden Prüfungs- und Genehmigungsverfahren. Der Kreistag geht davon aus, daß bis zur Entscheidung über den Bau eine ausreichende Förderung des Landkreises gesichert ist."

Nach der Abstimmung kam es dann doch zum 'Eklat': Peter Bauhaus von der BI Lüchow-Dannenberg sprang in die Mitte des Saales, schrie die Abgeordneten an und bewarf sie mit blutverschmierten Geldmünzen, bevor er von den herbeistürmenden Polizisten niedergerissen und weggezerrt wurde. »Aufruhr« (EJZ) gab es zwar nicht, aber immerhin etwas Durcheinander, Geschrei und Stinkbomben; die Polizei war jedoch schnell wieder Herr der Lage.
In einem Interview mit der Atommüllzeitung äußerte sich Peter Bauhaus später so zur Kreistagssitzung:

Peter Bauhaus (P.B.): Eigentlich waren sich sehr, sehr viele darin einig gewesen, daß es gar nicht zu einer Abstimmung kommen durfte. Kurz vorher gab es dann Parolen wo es hieß, einige Abgeordnete stehen auf der Kippe und das darf nicht gefährdet werden. Das Argument - wir würden ja gerne gegen WAA entscheiden, nicht aber unter Druck - ist ja von der CDU sehr gezielt eingesetzt worden. In dieser Situation, wo eine Verständigung sehr schwierig ist, hat man sich dann aufs Abwarten eingelassen und auf den Fall gehofft, daß es eine Entscheidung gegen Dragahn gibt.
Ich denke, daß das Schielen auf diese parlamentarische Lösung uns eigentlich von der persönlichen Initiative nur abhält. Die Leute hier sind natürlich aufgebracht und wütend, aber sie hoffen immer noch, daß sie selbst nicht gefordert werden.
Deshalb ist es wirklich sehr gefährlich, sich Hoffnungen in diese Richtungen zu machen. Diesmal haben wir trotz der Erfahrungen mit den Zwischenlagerabstimmungen wieder wie die Karnickel dagesessen und auf die Schlange gestarrt.

Im Kreistag am 21.1.. Die Dragahn-Stimmen werden ausgezahlt, der Revolver liegt parat...
Foto: W. Hain

Prüfung heißt Baubeginn!

Wie beim Endlager heißt auch bei der WAA „Einleitung des Prüfungsverfahrens" nicht Prüfung, ob gebaut wird oder ob nicht, sondern nur Prüfung, **wie** gebaut wird.

Darum stimmt jeder Kreistagsabgeordnete, der am 21. 1. 1983 für die Einleitung des Prüfungsverfahrens stimmt, für die WAA.

Bürgerinitiative Umweltschutz
Ortsgruppe Gartow-Gorleben

Fragen

Ich bin nicht grundsätzlich gegen die Nutzung von Atomenergie, wenn sie technisch beherrschbar ist.
Ich bin für die Ansiedlung von Industriebetrieben, weil der Kreis als eine Art Naturreservat nicht lebensfähig ist.
Gerade deswegen habe ich Fragen zur geplanten WAA in Dragahn.

Warum ist fast vier Jahrzehnte nichts für die Entwicklung dieses Kreises getan worden?
Warum beschert man gerade uns jetzt eine atomtechnische Anlage nach der anderen?
Warum wollen Leute, die sonst sehr ...
in den abgelegensten ...

WAA
des-
trie-
ge-

un

Eine Bitte an die Landwirte,

die auf dem Kreisparteitag der CDU und im Kreistag über „Dragahn" abstimmen:

- Stimmen Sie ... wie Sie es auch tun würden, wenn di... gebaut würde.
- Stimmen Sie ... ntwortung für die ... enden Familien tr...
- Stimmen Sie so, daß ... ien sagt, Sie hätten die unmittelbar be... auern im Stich gelassen.
- Stimmen Sie wahrhaft christlich, in unsere Familien, unsere D... Berufsstand einkehrt.

Bäuerliche Notgemeinschaft

Spe... Kreissparkasse Dannenberg Nr. 8

Die Delegierten des CDU-Kreistages

werden dringend aufgefordert, sich ihrer Verantwortung **für alle Bewohner** und deren Nachkommen bei ihrer Entscheidung über die Wiederaufarbeitungsanlage bewußt zu sein.

Keine Plutoniumfabrik in Dragahn.

Bürgerinitiative Göhrde/Pommoissel (BIG)

Alle reden von Vertrauen und Glaubwürdigkeit

Deshalb fordern wir von unseren Kreistagsabgeneten der Samtgemeinde Hitzacker

Erwin Kruse
(CDU, Samtgemeindebürgermeister),
Klaus Wieczorek (CDU),
Christian Zühlke (SPD),
Andreas Groß (SPD),
Christoph v. d. Bussche (FDP),

daß sie auf der morgigen Kreistagssitzung ein ebenso klares Votum

gegen die WAA Dragahn

abgeben – und daß Kurt Schröder bei seiner Enthaltung bleibt –, wie schon auf der Samtgemeinderatssitzung in Katemin.

Denn: Wer in der Samtgemeinde gegen eine WAA Dragahn die Hand hebt, der muß auch im Kreistag dagegen stimmen, wenn er glaub... sein will.

Bürger...

An alle Politiker, die über den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage entscheiden. Sagen Sie nein zum Bau einer WAA.

Namhafte Fachwissenschaftler warnen, eine WAA verseucht schon bei Normalbetrieb den Lebensraum des Menschen und gefährdet seine Gesundheit. Sie schließen eine verheerende Katastrophe, bei der Tausende von Menschen getötet und ganze Landstriche verseucht würden, nicht aus. –

Andere sagen, eine WAA ist umweltfreundlich und sicher. Sie sind es, die entscheiden. Die Konsequenz darf nur sein, **im Zweifelsfall** ...

Und bedenk...

Meinungsterror gegen Abgeordnete

„Dragahn"-Entscheidung sollte mit Gewalt verhindert werden

Lüchow. Der Kreisausschuß des Kreistages hat einem Teil der Kernkraftgegner und besonders der Bürgerinitiative Umweltschutz vorgeworfen, in den Wochen vor und während der Kreistagssitzung am vergangenen Freitag in Schnega durch Meinungsterror versucht zu haben, die Entscheidung für Standortuntersuchungen zum Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage bei Dragahn zu verhindern. Durch Anzeigenserien in der EJZ seien einzelne Kreistagsabgeordnete, die für die friedliche Nutzung der Kernenergie eintreten, unter Druck gesetzt und persönlich diffamiert worden. Nächtliche Telefonarufe und Drohungen seien ebenfalls erfolgt, heißt es in der Erklärung des Kreisausschusses.

Während der „Dragahn"-Beratungen des Kreistages am 16. Dezember in Dannenberg und am 21. Januar in Schnega hätten „militante Kernkraftgegner" durch Geschrei und Zwischenrufe versucht, Kernkraft befürwortende Abgeordnete an der Äußerung ihrer Meinung zu hindern. Als Höhepunkt dieser Kampagne bezeichnet der Kreisausschuß eine am 21. Januar 1983 in der EJZ veröffentlichte Erklärung der Grünen, die – wie der Kreisausschuß feststellt – beinhalte, „daß man im Falle einer positiven Entscheidung des Kreistages mit dem Versuch der Kernkraftgegner rechnen müsse, Minderheitenmeinungen mit Gewalt durchzusetzen". Dieser Versuch sei von dem BI-Mitglied Peter Bauhaus und einem Teil der bei der Kreistagssitzung in Schnega anwesenden Kernkraftgegner gemacht worden, indem Bauhaus Kreistagsabgeordnete mit Blut bespritzte und mit Gegenständen bewarf, während andere von der Tribüne in den Sitzungsraum eindringen und auf die Abgeordneten losgehen wollten. Nur durch das schnelle Eingreifen der Polizei seien Tätlichkeiten verhindert worden.

Angesichts dieser Entwicklung stellt der Kreisausschuß zu den Vorfällen fest: „1. Ein Teil der Kernkraftgegner hat sein ständig wiederholtes Versprechen, nur friedlich gegen kerntechnische Anlagen im Kreis zu demonstrieren, mehrfach gebrochen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen, die von der Bürgerinitiative Umweltschutz in den Landkreis geholte militante Kernkraftgegner am 4. 9. 1982 vor dem Zwischenlager in Gorleben auslösten. Der Versuch, Gewalt gegenüber Kreistagsabgeordneten während der Sitzung am 21. 1. 1983 anzuwenden, gehört gleichfalls in die Reihe dieser Wortbrüche. Wer jedoch verspricht, nur friedlich gegen kerntechnische Anlagen zu demonstrieren und sich dann nicht an dieses Versprechen hält, täuscht die Bevölkerung unseres Landkreises. Diese Kernkraftgegner sollten sich zunächst mit diesem Sachverhalt auseinandersetzen, bevor sie anderen Unglaubwürdigkeit vorwerfen. 2. Der Versuch eines Teils der Kernkraftgegner, die Mitglieder der Kommunalparlamente durch diffamierende Anzeigen und Äußerungen bis hin zur Gewaltandrohung unter Druck zu setzen, ist ein Eingriff in die Entscheidungsfreiheit der parlamentarischen Gremien und ein Angriff auf unser parlamentarisches System. Sollte dieser Weg weiter beschritten werden, so werden bald freie parlamentarische Entscheidungen nicht mehr möglich sein."

EJZ v. 27. 1.1983

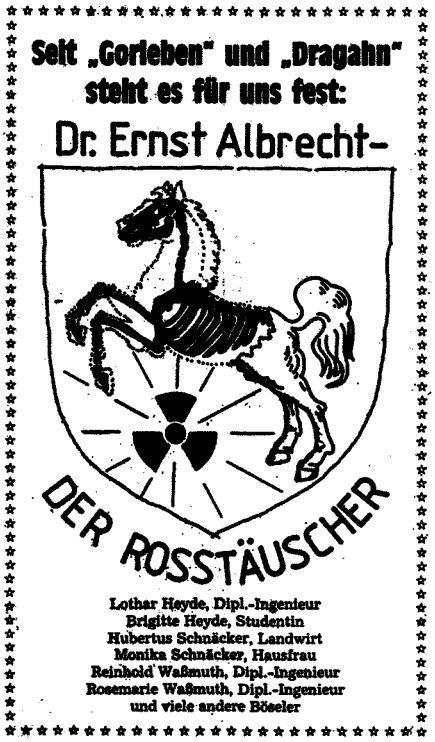
Die oben stehende Erklärung, die der Lüchow-Dannenberger Kreisausschuß, das höchste zwischen den Kreistagssitzungen tagende Gremium, zu den »Vorfällen« in Schnega mit den Stimmen der UWG verabschiedete, kommentierte die Atommüllzeitung wie folgt - eine Einschätzung, der wir uns nur anschließen können:

Jörg Janning, Vorsitzender der UWG-Kresitagsfraktion, zuvor langjähriges Vorstandsmitglied der BI Lüchow-Dannenberg und des BBU, hat sich völlig überraschend mit seinem UWG-Kollegen im Kreisausschuß, H. Schulz, hinter das gesamte Pamphlet gestellt. Er verteidigte dies mitTaktik: Es gehe jetzt um die WAA, da müsse man sich auch auf Kosten der BI im Vorfeld glasklar gegen Gewaltvowürfe absichern usw.

In Wahrheit kommt dieser Schritt einem Frontenwechsel gleich und zeugt zudem (zumindest) von einem hohen Maß an charakterlicher Verkommenheit. Wie vor den Kopf geschlagen war deshalb auch der Rest der UWG-Kreistagsfraktion, die den Alleingang Jannings scharf kritisierte und unverzüglich eine scharfe Protestresolution gegen die Kreisausschußerklärung verabschiedete.

Wie kein Zweiter hatte Janning über die letzten Jahre hinweg versucht, durch 'Bürgerdialog', Kompromißbereitschaft und Nachgiebigkeit den immer stärker gewordenen Distanzierungsdruck im Landkreis aufzufangen. Dies hat ihm persönlich vielleicht so manches Schulterklopfen eingebracht - in der Sache selbst hat es jedoch die Landkreiszerstörer lediglich zu einem immer dreisteren Vorgehen ermutigt. Mit Dragahn haben sich die Auseinandersetzungen schlagartig verschärft. So wird, wer auch nur öffentlich Bedenken gegen die WAA äußert, bereits des 'Meinungsterrors' beschuldigt usw.

In dieser Situation kann man Schonung von der Gegenseite tatsächlich nur erwarten, wenn man sich gefügig machen und gegen die eigenen Leute ausspielenläßt. Zwischen den Stühlen wird allerdings auch ein Jörg Janning hart fallen.



Kommentar

In den kommunalen Gremien des Wendlandes müht sich seit Jahren eine kaum größer werdende Schar von Atomgegnern am parlamentarischen Widerstand ab - weitgehend erfolglos, stehen die Mitglieder der Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWG) und der Grünen, verstärkt z.T. durch 'Dissidenten' aus anderen Parteien, doch in den entscheidenden Fragen immer einem großen Block von SPD und CDU gegenüber, die es sich sogar leisten können, demokratisch wie sie nun mal sind, Atomkritiker in den eigenen Reihen zu dulden.

Bis zur Perfektion ist dieses Spielchen - scheinbar keine Fraktionszwänge, CDUler stimmen auch schon mal gegen eine Atomanlage, wenn nur gewährleistet ist, daß es insgesamt »reicht« - im Lüchow-Dannenberger Kreistag entwickelt worden. Bestes Beispiel: der WAA-Beschluß von Schnega.

Immer und immer wieder stößt die UWG-Fraktion, oft unterstützt von der sog. FDP/FU/Schwarze-Fraktion (Anm.: Der einzige FDP-Kreistagsabgeordnete ist gegen eine WAA, der Mann von der Freien Union auch und Dr. Schwarze ist ein vor ein paar Jahren aus der SPD ausgetretener Atom-Kritiker) ins Leere; eine Abstimmungsniederlage reiht sich an die andere, argumentative Einbrüche bei den Fraktionsmehrheiten der großen Parteien sind nicht zu verzeichnen und auch die Öffentlichkeit, bei den meisten Kreistagssitzungen eh nicht vertreten, wird durch den 'Anzeigenkrieg' in der Elbe-Jeetzel-Zeitung und die Leserbriefspalten besser erreicht.

Die Kreishausbesetzung

Aus Protest gegen die Beschränkung der Öffentlichkeit in Schnega fuhren etwa 60 Leute am Mittag nach Lüchow und 'drangen' ins Kreishaus ein. In den Sesseln des großen Sitzungssaals erklärten sie das Gebäude für besetzt, verfaßten eine Presseerklärung, in der sie auf die Vorgänge rund um die Kreistagssitzung verwiesen und begannen, Transparente zu malen und die Kreisbediensteten in Diskussionen zu verwickeln. Die Stimmung war gut, die Versorgung mit Essen und Trinken, mit Filzstiften und Papier erfolgte durch die Fenster, da irgendjemand sämtliche Türen abgeschlossenhatte. Draußen fuhr mehr und mehr Polizei auf,die jedoch bis zu dem von der Verwaltung gegen Dienstschluß um 16.00 Uhr gestellten Ultimatum nicht eingriff. Eine halbe Stunde später war's dann aber doch so weit: die Besetzer mußten sich einzeln heraustragen lassen. Vor dem Kreishaus kam es daraufhin zhu heftigen Auseinandersetzunge, in deren Verlauf die Polizei Knüppel und Chemische Keule einsetzte und dabei mehrere AKW-Gegner z.T. schwer verletzte. 2 Leute wurden festgenommen und müssen unter Umstänmden mit harten Anklagen rechnen. Auch wenn die Kreishausbesetzung als gelungene Aktion einzuschätzen ist, blieb doch von dem Tag insgesamt ein mehr als schales Gefühl zurück - das Gefühl,, eine große Gelegenheit zur notwendigen Radikalisierung des einheimischen Widerstandes verpaßt zu haben.

Kreistagssitzung in Schnega *Foto: Atom Express*

atommüllzeitung

Wird Lüchow-Dannenberg geopfert ?

Den neu entflammten Widerstand gegen eine WAA, die Albrecht entgegen allen vorherigen Beteuerungen nun doch mitten in Lüchow-Dannenberg durchsetzen will, dokumentiert und kommentiert der Schwerpunktteil der 22. **Gorleben aktuell/Atommüllzeitung.** Wir bringen hierzu u.a. Interviews mit unmittelbar Betroffenen (ein Landwirt, ein Pastor, ein BI-Vorstandsmitglied), Fotoreportagen und eine Chronologie der Ereignisse zwischen dem 1.11 (Bekanntgabe der Dragahn-Pläne) und dem 29.1. (Hannover-Demo).

Als sich Albrecht vor vier Jahren genötigt sah, seine WAA-Träume zurückzustellen, da sie »politisch nicht durchsetzbar« schienen, lag das nicht alleine am regionalen Protest, sondern auch an dessen bundesweitem Widerhall und besonders am Treck nach Hannover. Eine solche bundesweite Solidarität gegen eine WAA hat es seitdem nicht mehr gegeben. Aber auch schon die enormen regionalen Proteste in Rheinland-Pfalz und Hessen machten es möglich, die DWK von dort zu vertreiben.

Wir gehen davon aus, daß sich in Schwandorf und in Dragahn die Erfolgsserie gegen die WAAen nicht so leicht fortsetzen lassen wird, zumal Albrecht einkalkuliert haben muß, daß sein Wortbruch die Atmosphäre in Lüchow-Dannenberg noch weit über das Maß der 'Treckstimmung' aufheizen würde. Das bedeutet, daß sich - je schneller, desto besser - immer mehr Ökologie- und Friedensbewegte aus dem gesamten Bundesgebiet in den Widerstand gegen die WAA aktiv einschalten müssen, wenn auch nur **eine** Chance bestehen soll, den Abmarsch in die Plutonimgesellschaft zu verhindern.

Neben unserem Schwerpunktthema gibt es einen längeren Gorleben-Kriminalisierungsteil, in dem auf die Einschüchterungsversuche innerhalb der letzten 5 Jahre durch Zahlungsbescheide und Prozesse eingegangen wird. Außerdem Berichte und Analysen über die katastrophalen Auswirkungen der WAA La Hague und der militärischen WAA in Savannah River, USA, auf ihre Umgebung.

Bestellt die Zeitung bei:
Gunther Harms, Sültenweg 57, 212 Lüneburg, Tel. 04131/45290.
Sie enthält 40 Seiten und kostet 3.- DM, bzw. ab 10 Expl. 2.20 DM.

Die Redaktion der Atommüllzeitung

(Von hier aus liebe Grüße und zusammen werden wir es schon schaffen; Atom Express)

Zwischenlager

Wegen der Ereignisse um Dragahn ist das Zwischenlager aus der Diskussion geraten, was der DWK und ihren Freunden nur recht sein kann. Kaum ein Mensch regt sich mehr darüber auf, mit welchen Mitteln gerade hier getrickst und gemauschelt wird (vgl. z.B. die Auseinandersetzungen um den Bebauungsplan im letzten AE). Die Sicherheitsgutachten etwa für die Castor-Behälter, in denen die abgebrannten Brennelemente gelagert werden sollen, werden bis heute unter Verschluß gehalten, obwohl zugesagt war, sie bis Mitte 1981 (!) vorzulegen. Darüberhinaus sind der BI Lüchow-Dannenberg Informationen zugegangen, nach denen nun auch noch ein 'Glasblock-Zwischenlager' für den Landkreis vorgesehen ist. Ab 1990 nämlich kommt der in La Hague nicht aufarbeitete Atommüll 'verglast' in die Bundesrepublik zurück; nach einem Protokoll der Koalitionsgespräche zwischen CDU, CSU und FDP über die Entsorgung sollen diese Abfälle im Gorlebener Salzstock zwischengelagert werden (siehe auch Asse-Artikel). Der Bau des Zwischenlagers selbst macht 'gute' Fortschritte, tag und nacht wird gearbeitet, die Lagerhallen sind fast fertig ...

und Endlager

Für die Betreiber galt von Anfang an nur eines: der Gorlebener Salzstock sollte und mußte passend gemacht werden, koste es - an Geld und Glaubwürdigkeit - was es wolle. Trotz der wissenschaftlichen Kritik u.a. der Geologen Grimmel und Herrmann hatten die seit 1979 durchgeführten 5.300 Flachbohrungen, die 3.182 Gesteinsanalysen und die Tiefbohrungen immer nur »keine Zweifel an der Eignung« ergeben.
Nachdem spätestens anläßlich eines Hearings über die Zwischenergebnisse der Untersuchungen dieser Schnack nicht mehr aufrecht erhalten werden konnte, wurde die Parole von der »Eignungshöffigkeit« erfunden - d.h., man hoffte, daß der Salzstock geeignet wäre. Aber auch diese Formulierung brach zusammen, als der Kieler Geologe Duphorn, im übrigen Atombefürworter, sein vom BMFT in Auftrag gegebenes Gutachten vorlegte. Duphorn fand heraus, daß der Salzstock völlig instabil ist, in den letzten 800.000 Jahren einmal ganz und ein anders Mal fast bis zur Erdoberfläche durchgebrochen ist, die Auflösung des Salzes in fließenden Grundwasserschichten noch immer im Gange ist, der auf dem Salzstock nötige Gipshut abgetragen worden ist, was erhöhte Gefahr eines Wasserkontaktes mit dem Salzstock bedeutet und Teile des Salzstockes Carnallit enthalten, das sich nach Angaben selbst der PTB bereits bei 80 Grad Celsius auflöst - im Salzstock wird bei der Endlagerung eine Temparatur von mindestens 200 Grad angenommen!

werden

Das Duphorn-Gutachten, das als Konsequenz die Erkundung auch anderer Salzstöcke empfiehlt, wurde vom Ministerium unter Verschluß gehalten und mit billigsten Plattheiten oder Polemiken verrissen, ohne daß der interessierten Öffentlichkeit Gelegenheit zur Einsichtnahme gegeben worden ist.
Die im Herbst 1982 durchgeführten Schachtvorbohrungen, von denen die erste im übrigen wegen Gasausbrüchen eingestellt werden mußte, erbrachten »tadellose Ergebnisse«, denn es wurde »das besonders geeignete jüngere Steinsalz gefunden.« In Wahrheit wären vielmehr mehrere Kubikkilometer älteres Steinsalz (NA-2) für die Lagerung nötig, während das jüngere NA-3-Salz vor allem für den Schachtbau (!) geeignet ist. Die PTB jedenfalls erklärte, sie hätte gar nicht das 'Lagersalz', sondern das 'Bausalz' gesucht.
Die Schachtvorbohrungen gaben aber noch weitere Rätsel auf: So wurde eine 30 cm dicke Torfschicht gefunden, die noch zu interpretieren ist; weiterhin fand man breiige Feinsande an einer Stelle, wo später die Salzlauge das Bauwerk angreifen wird.

weiter

Nachdem also **nicht** gefunden wurde, was man suchte, stattdessen aber 100 Millionen Mark investiert wurden, soll nun mit dem Abteufen der Schächte begonnen werden. Die Vorbereitungen hierfür werden in den kommenden Monaten anfangen, das Abteufen selbst ist für 1985 vorgesehen.
Die Schächte werden auf einen Durchmes-ser von 7.50m ausgelegt, was identisch mit dem Durchmesser des fertigen Endlagers ist. Gleichzeitig werden die erforderlichen Gebäude errichtet - eine Gefrieranlage, Förderanlagen, Büros -, die gleich für später stehen bleiben. Nach dem Abteufen wird der Schacht mit einem Stahlbetonzylinder und einem Blechmantel versehen, der »speziell für nichtstandfestes, wasserführendes Deckgebirge entwickelt wurde.« Der Schacht wird also erkundet und gleichzeitig gebaut. Natürlich will auch die PTB ihren Beitrag zum Umweltschutz leisten, weshalb die Halde mit einem Erdwall umgeben und mit heimischen Bäumen und Sträuchern bepflanzt werden soll.
Für die Erkundungs- bzw. Bauzeit sind zehn Jahre angesetzt worden; erst dann, wenn der Schacht sozusagen fertig ist, möchte die PTB eine endgültige Aussage über seine Eignung machen.

gebaut

Foto: Herbert Schreg

Bericht und Eindruck von der Landeskonferenz der bayrischen BI's

Auf der Landeskonferenz der AKW-Gegner trafen sich am 15. Januar etwa 60 Aktive aus etwas mehr als 30 Gruppen in Schwandorf.
Aus den Berichten der Initiativen über ihre Aktivitäten wurde deutlich, daß z. Zt. viel mit Film- und Musikveranstaltungen gearbeitet wird und Informationsarbeit läuft. Größere Diskussionsveranstaltungen über politische Grundfragen und die Möglichkeit direkter Widerstandsaktionen gab es nicht.
Die BI-Zeitung »Oberfpfalz initiativ« wurde in einer Auflage von 47.000 Stück verteilt.
Dieser Eindruck von Info-Politik und die Kontroversen darum wurden in der folgenden Diskussion sichtbar.

1. Hauptaufgabe der BI's: Der Rechtsstreit? Auf den Rechtsstreit konzentrieren sich inzwischen zahlreiche Aktivisten. Ein Arbeitskreis arbeitet bereits seit Monaten an Argumentationshilfen für Einsprüche und Einwendungen zur Ausschöpfung des Rechtsweges. Vor allem Richter und Rechtsanwälte arbeiten in diesem AK zusammen. Die Beschaffung von etwa 200.000 Mark für den Rechtsweg schon vor Beginn eines Prozesses soll die Angst möglicher Kläger vorab beseitigen: Sicherheit an erster Stelle! Die Suche nach Klägern gestaltet sich jedoch bisher trotzdem als schwierig.
Als nächster Schritt steht das Anhörungsverfahren an - wann, ist aber noch nicht klar. Die rechtliche Möglichkeit, seinen Einspruch persönlich beim Amt zur Niederschrift zu geben, ließ bei einigen (aus Mitterteich) die Phantasie zur Beschäftigung und desÄrgerns des Beamtenapparates blühen: »Diese unfähige Bürokratie schafft es gar nicht, wenn hunderte und tausende ihre Einsprüche zur Niederschrift geben. Dann ist das ganze Verfahren ungültig.«
Eine Diskussion über den Sinn des Ganzen, vor allem, was es für den Widerstand bringt, kam nur auf Drängen der Städter in Gang. Die öffentliche Wirkung von Aktionen in diesem Rahmen soll in Zukunft größeres Gewicht erhalten.
Dazu gehört auch die Erstellung einer Risiko-Studie zur WAA durch das Öko-Institut, dessen technischer Projektleiter Stephan Kohler (früher BBU-Vorstand) sein wird. Da die Finanzierung der Studie noch offen ist, und auch die gesellschaftliche Bedeutung der WAA nicht Gegenstand der Studie sein wird, bleibt abzuwarten, was daraus wird. Eine gute Argumentationshilfe ist sicher sinnvoll, aber sonst ...?

2. Ein Fragebogen ...
Vor einiger Zeit bekamen etwa 1000 Bürger des Landkreises Schwandorf einen Fragebogen des Batelle-Instituts zugesandt.
Fragen nach verseuchten Lebensmitteln (sollen wir sie selber essen oder sollen sie in die 3. Welt geschickt werden) und nach den Reinigungsarbeiten (Ausländer, Gefängnisinsassen, Zivildienstleistende) weisen eindeutig darauf hin: dieses papier soll den Empfänger zum Nachdenken bringen ... Nachdem Bundesregierung und Batelle-Institut auf Anfrage der BI dementiert hatten, den Fragebogen verschickt zu haben, leitete die BI Schwandorf eine Klage gegen unbekannt ein, schließlich muß dazu ja was gemacht werden.
Viele Berichte von Erfahrungen und Aufklärung über das Batelle-Institut waren nötig, um den Rechtsweg abzubiegen und aus diesem Vorfall eine Anklage gegen die Akzeptanzforschung zu entwickeln, die mit einer Presseerklärung auch veröffentlicht wird.

3. WAA-Hearing der Grünen
Die Grünen in Bayern werden vom 24. bis 27. Februar (hat inzwischen stattgefunden, Red.) in Regensburg und Schwandorf ein WAA-Hearing durchführen. An diesem Vorgehen gab es heftige Kritik, da es zu sehr nach Wahlkampf riecht. Die knappe Zeit, läßt eine gründliche Koordination auch mit den BI's nicht zu und so bleibt vieles unausgegoren. Mal sehen, was daraus wird (wir werden im nächsten AE berichten).

4.Standortbegehung am 22. Januar
Ein Fernsehteam dreht eine Reportage über die WAA-Problematik, da muß auch was von Widerstand sichtbar werden. So kam es zu einer Standortbegehung. Die Kritik am Zustandekommen dieser als Großdemonstration angekündigten Begehung führte zu keiner Einigung: Sie fand statt (siehe Extra-Bericht). Dieses Vorgehen sollte nicht Schule machen, sonst ver-

Schwandorf

Foto: Herbert Schreg

kommt der Widerstand zur Statisten-Aufführung fürs Fernsehen.

5. Baumpatenschaften
Wie im letzten Atom Express gemeldet, gab es bei der Aktion 'Baumpatenschaften' Empörung beim Förster (selbst WAA-Gegner) über den angerichteten Schaden. Inzwischen überführte der Förster die künstlerisch wertvollen Banderolen in die Asservaten-Stelle des Forstamtes. Die BI entschuldigte sich nicht, sondern vertrat die Auffassung, sie werde den Schaden beseitigen, wenn die WAA nicht gebaut werde. Sollte sie doch gebaut werden, würden die Bäume eh gefällt und der Schaden wäre hinfällig ...

Das Stichwort des 'Rechtsangepaßten Widerstandes' macht so recht deutlich, wieviel Arbeit noch nötig ist, um zu direkten Widerstandshandlungen zu kommen. Es ist, als wäre das Denken der meisten hier gelähmt, wenn es über diese Grenze hinausgeht. Dies ist auch dann der Fall, wenn die Biler selbst davon sprechen, daß durch den Rechtsweg die Anlage nicht verhindert werden kann.
Mal sehen, ob die Uhren hier nicht schneller ticken werden.

Herbert, Nürnberg.

Standort begehung

Leider waren nur etwa 5-600 Leute, und nicht - wie die TAZ meldete - 2.000 gekommen; für die kurze Zeit (eine Woche) dennoch recht stattlich.

Vor der Eröffnungskundgebung wurde bekannt, daß die Polizei die Teilnehmer aus erkennungsdienstlichen Gründen filem wollte. Diese Filmeinlage fand dann doch nicht statt - warum, ist unklar. Klar ist nur, daß der BI-Sprecher sichnicht recht über diese Pläne empören konnte. Er, von Beruf ein Richter, studierte flugs das Gesetz und fand heraus: DiePolizei darf das ja; aber - so sein Resümee - wir machen nichts Verbotenes, deshalb findet der Waldspaziergang statt.
Der örtliche SPD-Landtagsabgeordnete rühmte in einer anschließenden Rede seine parlamentarischen Bemühungen um Aufklärung dieses »unverhältnismäßigen Vorgangs«. Mit Mühe schaffte es auch der Kandidat der Grünen noch zu einem kurzen Grußwort, bevor es dann in den Wald ging.
Der Spaziergang fand bei gemütlicher Plauderei statt. Die Grünen versenkten symbolisch eine Kassette für die Nachgeborenen. Das »Wehrt Euch« -Lied mühte sich noch um etwas Stimmung, dann ging's nach Hause. Einige schauten sich noch die bisherigen Bohrstellen an .... Naja, bis zu nächsten Mal.
Herbert

Bayerns Verwaltung

Darf ein Beamter der Regierung widersprechen? Nach den großen Brokdorf-Demonstrationen 1976/77 begann im norddeutschen Raum das Plaketten-Verbot im öffentlichen Dienst. Soweit soll es nach dem Willen der bayrischen Behörden gar nicht erst kommen. Noch bevor sich ein massenhafter direkter Widerstand gegen die WAA Schwandorf entwickelt hat, wird die Gleichschaltung des Beamtenapparates vorbereitet.
Die Bayrische Verwaltungsschule für den mittleren Dienst stellte bei einem Fachlehrgang eine beispielhafte Prüfungsaufgabe. Fazit des Unternehmens: Beamte müssen grundsätzlich die Meinung der bayrischen Staatsregierung zur Projekten wie der WAA respektieren.
Der fiktive Fall bezieht sich auf einen Lehrer an einem staatlichen Gymnasium in der Oberpfalz (wo auch sonst). Der Lehrer ist Sprecher einer BI gegen Atomanlagen und arbeitet privat und in der Schule gegen die WAA. Zu beantworten war: Inwieweit erlaubt das Grundrecht der freien Meinungsäußerung es dem Lehrer, seine Meinung zu vertreten ...
Unter Berufung auf das Beamtenrecht heißt es in der Lösungsanleitung für den Korrektor: »Zur Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben ist er (der Lehrer) in ein System spezieller Rechte und Pflichten eingebunden.« Für den Lehrer gilt: er hat »Diener des ganzen Volkes, nicht einer einzelnen Partei« zu sein.
Aktivitäten, wie Broschüren verteilen oder gar Widerstandsaufforderungen haben zu unterbleiben, da der Schutz des Schülers vor einseitiger Beeinflussung Vorrang habe.
Ein Lehrer hat im »besonderen Maße« Mäßigung und Zurückhaltung zu üben. Auch außerhalb des Dienstes gilt für ihn: »Wer in besonders aggressiver Weise den Kampf gegen die fraglichen Anlagen betreibt, beispielsweise als Vorstand einer Bürgerinitiative ..., verstößt gegen die Gestzesvorschriften.«
Selbstverständlich: Informationsschriften der Staatsregierung dürfen verteilt werden; dieses Material ist nicht vergleichbar mit dem 'Agitieren' eines Studienrates, da dieser »parteiisch für eine nicht demokratisch legitimierte Personengruppe eingetreten ist.«
Anzumerken bleibt: In der Oberpfalz **ist** ein großer Teil der BI-Aktivisten Beamter, Lehrer, Richter usw. Wann werden die offiziellen Verbote kommen?
Die Gleichschaltung hat schon begonnen.

Herbert

Foto: Herbert Schreg

Foto: Herbert Schreg

WYHL

Liebe Leute, nachdem es in den letzten Monaten eher ruhig um das AKW Wyhl war, gibt es in jüngster Zeit einige Entwicklungen, die aufhorchen lassen:
- Besuche des Herrn Späth in der Region
- Die Möchtegernbetreiberfirma von Wyhl KWS sucht per Anzeige Firmen für diverse Bauarbeiten
- Im Wyhlerwald macht der BGS Übungen und Personalkontrollen
- Das notwendig gewordene Genehmigungsverfahren für die Baulinie 80 ist angelaufen.

All dies deutet unserer Meinung nach darauf hin, daß der Baubeginn schon im Sommer versucht werden soll. Vor diesem Hintergrund tut sich einiges bei den Widerständlern der Region. Unter anderem eben auch Sammeln von Einsprüchen gegen die neue Genehmigung. Und hier ist der Punkt, wo auch ihr, weit weg von Wyhl, uns unterstützen könnt. Unterschreiben kann jede/r, also auch Minderjährige usw. usw.
Wichtig: Der Einspruch bringt in jedem Falle keine Kosten mit sich.

EINSPRUCH

gegen das Atomkraftwerk Wyhl - Baulinie 80

Das KKW Wyhl und die jetzt geplanten Änderungen lehnen wir strikt ab,
- weil das KKW unser Leben und unsere Gesundheit gefährdet!
- weil das KKW unsere Familien und unsere Nachkommen bedroht!
- weil das KKW aufs Spiel setzt, was unsere Vorfahren und wir erarbeitet haben, um es unseren Kindern zu vererben!
- weil die Änderung aus wirtschaftlichen Gründen weniger Sicherheit bringt!
- weil die Änderung zum Bau eines Atommüll-Lagers in Wyhl führt und damit die Gefahren noch größer werden!

Zu den bisher vorgebrachten und nicht widerlegten Argumenten gegen die Atomernergie und das Atomkraftwerk Wyhl ist nämlich ein neuer Grund hinzu gekommen. Durch das Änderungsgenehmigungsverfahren soll in Wyhl ein KOMPAKTLAGER errichtet werden. Darin sollen gegenüber der ursprünglichen Planung mehr als doppelt soviele abgebrannte Brennstäbe so lange untergebracht werden, bis sie in einer zentralen Wiederaufarbeitungsanlage oder in einem zentralen Zwischen- oder Endlager aufgenommen werden können.
Da es diese »Entsorgungsmöglichkeiten« in der Bundesrepublik noch nicht gibt, soll das Kompaktlager in der Zwischenzeit als Atommülldeponie dienen. Dies bedeutet gegenüber der bisherigen Planung für die Umgebung von Wyhl ein noch weit größeres Risiko.

Badisch-elsässische Bürgerinitiativen
Geschäftsstelle ·
Hauptstraße 53 · 7831 Weisweil

Aktionen ...

Wir, die Vereinigung der autonomen Weihnachtsmänner, Sektion Karlsruhe, haben in einer gut koordinierten Aktion in einer Nacht kurz vor dem Nikolaustag diese Provinzhauptstadt mit mehreren Tausend Plakaten zugekleistert; weil wir uns weigern, weiter ständig radioaktivverseuchte Geschenke zu verteilen, zumal uns der Job ja eh schon lang stinkt.
Für alle, die es noch nicht wissen: In Karlsruhe befindet sich seit 25 Jahren ein Kernforschungszentrum mit tausend tollen Sachen, wie WAA, Schneller Brüter, Versuchsreaktoren aller Art, Quasi-Endlagerung, Entwicklung einer Verglasungsanlage für Atommüll. Wegen Laschheit der hiesigen Bevölkerung droht die Gefahr, daß bisher geheimgehaltene Pläne einer großen WAA oder einer Endlagerzentrale verwirklicht werden. Doch wir werden solche Schweinereien zu verhindern wissen. Wir denken, daß die große Menge Leim ein klebriger Schlag in die Fresse der Atomindustrie war.
Wir verschafften uns eines nachts Zugang zur Atommülldeponie und verteilten die Beute an die Bevölkerung, wo sie sich jetzt sicher in verantwortungsbewußteren Händen befindet.
Wir fordern die sofortige Schließung des Kernforschungszentrums bzw. die sofortige Umwandlung zum Alternativenergieforschungszentrum und fordern alle Menschen auf, spätestens Pfingsten auf der Großdemo das Ding zu stoppen, sonst sehen wir uns leider gezwungen, zum nächsten Nikolaustag das KFZ ganz zu verkleistern, daß nix mehr rauskommt.
laßt euch was einfallen, macht teuflische Aktionen.
Wir können ja auch nicht das ganze Jahr über malochen. Nen schönen Gruß
Gruppe Nikolaus & Knecht Ruprecht

Also Pfingsten auf zur Großdemo!!!

Attentate

Zum vierten Mal innerhalb von zwei Wochen ist die Stromversorgung im Raum Buxtehude bei Stade durch Sabotageakte unterbrochen worden. Just zur Tagesschauzeit knackten Unbekannte am Freitag (3.12.82) das Schloß von einem Schaltkasten an einem Leitungsmast der 20.000 Volt-Leitung. Der Erdungsschalter wurde wie bei anstehenden Reperaturarbeiten einfach umgelegt und damit für eine Stunde Stromausfall gesorgt.
Rund 10.000 Menschen hockten in ihren Wohnungen bei Kerzenlicht und erloschener Glotze. Die Reperaturkolonnen der Überlandwerke Nord-Hannover (ÜNH) kamen nur mit erheblichen Zeitverzögerungen zu den Leitungsmästen. Nagelbretter und platte Autoreifen sorgten für zusätzlichen Zeitverlust, der sich durch das Aufbrechen der von Freunden alternativer Energiesparmaßnahmen in den Schaltkästen ausgewechselte Schlösser noch weiter vergrößerte.

taz

Kernfusion

Vor kurzem ging mal wieder eine Meldung vom sensationellen Durchbruch bei der Kernfusion um die Welt. Solche Erflogsmeldungen tauchen seit den vierziger Jahren in lockerer Folge auf, denen stets die Anmerkung folgte, bis zur technischen Nutzung würde es nunmehr 20-30 Jahre dauern. Da inzwischen verschiedene Entwicklungslinien miteinander konkurrieren, drängt sich der Eindruck auf, der Hauptzweck solcher Hurrameldungen sei es, vom knapper werdenden Förderungskuchen ein möglichst großes Stück herauszuholen oder, besser noch, den Geldgeber zu Extraausgaben zu bewegen.
Zunächst sei festgehalten, daß Kernfusionsenergie, wie sie von den offiziellen Entwicklungslinien angestrebt wird, kein wünschenswertes Ziel ist: sie erfordert als Brennstoff das radioaktive Gas Tritium, das selbst in ungeheuren Mengen erzeugt werden muß, sie verursacht über das unmittelbare Reaktionsprodukt, nämlich schnelle Neutronen, kaum weniger Radioaktivität als Kernspaltenergie, sie erfordert supergroße Anlagen, mindestens viermal größer als die größten Atomkernspaltwerke, und sie verschleudert über Konstruktionsmaterialien, die radioaktiv gemacht werden, ungeheure Mengen wertvoller Bodenschätze.
Dann muß man feststellen: 1. Ist man auch mit dem letzten sogenannten Durchbruch noch weit von dem Etappenziel entfernt, bei dem erstmals mehr Energie produziert wird, als hineingesteckt wurde. 2. Aber, und das ist das Wichtigere, haben kritische Untersuchungen der Gruppe um den Physiker Maglich gezeigt: Dies allgemein angestrebte Etappenziel, das sogenannte Lawson-Kriterium, ist selbst viel zu optimistisch angesetzt, weil zahlreiche störende Effekte vernachlässigt wurden. D.h., selbst wenn es eines Tages erreicht sein sollte, wird man enttäuscht feststellen, daß man vom Ziel noch weit entfernt ist.
Makaber mutet an, daß dem gegenüber eine prinzipiell andere Art von Kernfusion möglich sein sollte, die keinen radioaktiven Brennstoff erfordert, keine radioaktiven Folgeprodukte liefert, keine besonderen Vorräte verschleudert, und obendrein in fast beliebig kleinen Einheiten realisiert werden kann. Diese auf Ideen des erwähnten Maglich zurückgehende Methode ist in der Tat wohl nicht weiter vom Ziel einer positiven Energiebilanz entfernt, erfreut sich jedoch nicht nur keiner offiziellen Förderung, sondern die verfilzte Fusionsmafias in Ost und West tun alles, ihr keine Chance zu lassen. Die Ursache dürften nicht nur die unmittelbaren Interessen dieser Mafia sein, sondern nicht zuletzt die Tatsache, daß durch die Ideen von Maglich die Monopole der großen Industrie auf die Supertechnologie der traditionellen Kernfusion gebrochen würde. Ironischerweise ist es derzeit ausgerechnet Saudi-Arabien, das die Maglichschen Experimente finanziell fördert und im eigenen Land einen Prototyp errichten will.
Weitere Details sind in einer in Kürze erscheinenden Broschüre zur Kritik der Kernfusion zu entnehmen, die unter meiner Betreuung an der Universität erstellt wurde.

Jens Scheer

Raus aus der Sackgasse

Von Krisen war in der Anti-AKW-Bewegung aber schon immer die Rede, denken wir nur an die Zeit nach der Kalkar-Demo '77, oder an '80 zurück. Hätte irgendeiner auf der Bundeskonferenz November '80 in Bremen geäußert, zweieinhalb Monate später würden 100 000 Menschen trotz Verbot und übelster Hetze nach Brokdorf gehen, er wäre für verrückt erklärt worden.

Nie stand der Parlamentarismus als Ausweg aus den Krisen der Bewegung zur Debatte.Im Gegenteil, es wurde nach Ursachen gefragt und Überlegungen nach neuen Aktionsformen waren die Mittel unserer Krisenbewältigung. Eine der bedeutendsten Änderungen in unseren Aktionen, war das Suchen nach enger Zusammenarbeit mit der Bevölkerung vor Ort (Gorleben). Die Krise der Bewegung als Argument für die Öffnung zu dem grünen Parlamentarismus hinzustellen, verbietet sich doch gerade für die Linke innerhalb der Bewegung, die vorgibt, mehr zu sein, als nur eine Einpunktbewegung.

Hierauf müssen wir uns vorbereiten. Der Parlamentarismus und in ihm die Grünen werden hierauf nur unzulängliche Antwort geben können. Die Grünen haben zwar ein Parteiprogramm, was aber, unterstellen wir dessen gesellschaftspolitische Richtigkeit, nur als Langzeitprogramm (eventuelle Mehrheiten in den Parlamenten) zu verstehen ist. Darauf können und werden die Menschen aber nicht warten können, wenn sie ökonomisch und sozial nicht überleben können (es macht uns ein Geschwätz nicht satt, das schafft kein Fressen her...).

Aus all dem Gesagten und den grundsätzlichen Überlegungen zum Parlamentarismus (s.o.) ergibt sich für uns die Aufgabe, nicht eine Krise der Bewegung zu konstatieren und Hoffnungen auf den Parlamentarismus, als einen neuen Weg, zu setzen, sondern wir müssen die gesellschaftliche Entwicklung analysieren und aus unserer bisherigen Arbeit lernen und unser Handeln danach ausrichten.

Vergessen wird, daß sich in den letzten Jahren der Schwerpunkt unserer Arbeit aus gesellschaftlicher Notwendigkeit heraus auch auf andere Bereiche ausgedehnt hat. Denken wir nur an den Häuserkampf und die Startbahn West. Wir wissen doch am besten, daß sich all diese Kämpfe gegenseitig bedingen und nicht losgelöst voneinander betrachtet werden können.

Auch die Friedensbewegung als außerparlamentarische Kraft heute schon als gescheitert hinzustellen, bevor sie die Frage Verhinderung der »Nach«rüstung beantworten kann, ist fatal. Vergessen werden die Auseinandersetzungen um die öffentlichen Rekrutenvereidigungen, die seitdem nicht mehr in der Form stattfinden, oder der Kampf der holländischen Friedensbewegung gegen die Munitionstransporte, die seitdem nicht mehr durch Holland gehen.

Immer war es in den letzten Jahren das außerparlamentarische Engagement vieler Menschen, daß die Herrschenden dazu zwang, viele ihrer Pläne aufzugeben, oder aber zumindest zurückzustecken (Atomprogramm, Flughafenausbau, Wohnungsbau/Sanierung, öffentliche Rekrutenvereidigungen usw.).

In den nächsten Jahren wird sich der Schwerpunkt der Auseinandersetzungen noch mehr von der Atomenergieproblematik wegverlagern auf den ökonomischen und sozialen Bereich. Der Verteilungskampf und die damit verbundene soziale und ökonomische Krise großer Teile der werden zum Hauptthema der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen werden. Dabei wird es zu Kämpfen kommen, die die Auseinandersetzungen um das Atomprogramm bei weitem übertreffen werden. Ein kleiner Vorgeschmack ist der dänische Hafenarbeiterstreik.

Immer mehr Leute sind von der menschenverachtenden Politik der Herrschenden betroffen, sie sind Opfer der Krise des Kapitalismus. Deshalb sollten Leute über diese Problematik aktiviert werden und ihnen nicht suggeriert werden, eine neue Partei würde ihre Interessen vertreten und Verbesserungen erreichen können. Diese würden immer nur kleinere Reformen, die aber nie dem Ausmaß der Lebensbedrohung entsprächen.

Wir sollten nie vergessen, daß der Ausbau des Repressionsapparates nicht deswegen vollzogen wird, weil den Herrschenden unsere Nase nicht passt und sie deshalb einige von uns im Knast sehen wollen, sondern sie wollen unseren Widerstand, der ihre Interessen bedroht, brechen und kanalisieren, sie wollen die politischen Auseinandersetzungen auf die für sie ungefährliche parlamentarische Ebene bringen. Die Veränderungen über's Parlament werden die Herrschaftsstrukturen nicht in Frage stellen, im Gegenteil, sie werden als systemimmanente Innovationen (whow, d.S.) die Herrschaftsstrukturen festigen und aufrechterhalten helfen (Krisenmanagement).

Uns sollte es aber darum gehen, unsere Interessen in die eigenen Hände zu nehmen und zu überlegen, wie wir uns für sie einsetzen können. Sie zu delegieren hieße, den Menschen zum kalkulierbaren, regierbaren und kontrollierbaren Faktor zu machen. Diesen Gefallen sollten wir den Herrschenden nicht tun.

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Nach längerer Pause in diesem Atom Express wieder eine Auseinandersetzung mit den Grünen. In der Redaktion hat es dabei ziemlich geknallt, vier oder fünf Sitzungen hintereinander. Das Ergebnis geben die nachstehenden Seiten nur zum Teil wieder, vieles, was noch zu sagen wäre, haben wir nicht mehr geschafft umzusetzen.

Wir beginnen mit einem Artikel von H. und I. aus der Redaktion, die sich noch einmal grundsätzlich mit den Grünen auseinandersetzen. Ein historischer Abriß der Wahlfrage und des Parlamentarismus schließt sich an - man soll ja bekanntlich aus der Geschichte lernen -, verfaßt von einem AKW-Gegner aus Mainz. Dann folgt ein Interview mit Jutta Ditfurth, Römer-Grüne aus Frankfurt, das wir während der Bundesdelegiertenversammlung in Sindelfingen führten. Ausschnitte aus einem Gespräch zwischen der Zeitschrift »Moderne Zeiten« und drei Atom Expresslern schließen dann das ganze ab. Viel Spaß beim Lesen!

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Parlamentarismus -

Wir haben jetzt insgesamt 4-5 Redaktionssitzungen hinter uns, die sich in z.T. recht heftigen Debatten mit den Grünen beschäftigten.
Aufgekommen ist das Thema eigentlich dadurch, daß ein Teil der Redaktion die grün - internen Diskussionen mit Interesse verfolgt (Parteitage etc.) und daher Interviews mit den Grünen als einen interessanten und sinnvollen Beitrag im AE verstand. Unserer Meinung nach ist es aber ein verkehrter Ansatz, eventuell vorhandene radikale Strömungen innerhalb der Grünen, oder einzelne Punkte ihres Programmes zum Kernpunkt der Diskussionen um die Grünen zu machen.

Auf diese Weise wird die Strategie der Grünen nicht in Frage gestellt. An diesem Punkt gehen dann auch die Positionen in der Redaktion auseinander. Während ein Teil der Redaktionsmitglieder glaubt, unter bestimmten Bedingungen und parteiinternen Verschiebungen innerhalb der Grünen, könne diese Partei in der Lage sein, über den Parlamentarismus grundlegende Veränderungen in der Gesellschaft herbeizuführen, befinden wir den Weg durch die Parlamente grundsätzlich für falsch und sehen gerade den außerparlamentarischen Kampf als Ansatz zur fundamentalen Gesellschaftskritik und -veränderung.
Zwar kann man nicht leugnen, daß in Auseinandersetzungen im Parlament, durch die Grünen ein neuer Standpunkt hinzu kommt, das Anliegen der Bevölkerung kann aber ebenso von außen an die Parteien herandringen.

Die Standpunkte der Grünen hingegen beziehen sich zunehmend auf Machterhaltung, Bildung von Mehrheiten u.ä., während gleichzeitig inhaltliche Forderungen entweder verwässert werden (schrittweiser Ausstieg aus dem Atomprogramm ?), oder total in den Hintergrund treten. So wird geredet von Hamburger Verhältnissen, von Unregierbarkeit, von der grünen Zustimmung zum Haushalt, von Grünen und Börner, Grüne und SPD ... Von Druck und Aufruhr im Parlament durch die Grünen kann nicht die Rede sein.

Gleichzeitig kommen immer deutlicher die Unvereinbarkeiten zwischen Grünen und BIs an's Licht. Diese liegen aber nicht in erster Linie darin begründet,daß sich in den Grünen nur Leute sammeln,die nichts mit den Leuten aus den BIs zu tun haben,sondern sind eher als notwendige Folge zweier total unterschiedlicher bis gegenläufiger Strategien zu sehen.So z.B. in Hessen, wo die Globalstrategie der Grünen (Zustimmung zum Haushalt) den regionalen Interessen der BIs (Umgehungsstraße Eltville) entgegensteht. Oder allgemein beim Abwägen der Grünen vor bestimmten Aktionen, welches durch die Frage gekennzeichnet ist: Schaden diese Aktionen unserer Anerkennung als Partei, oder nicht. Ebenso ist ihre betonte Gewaltfreiheit, ihre begrenzte Solidarität mit Gefangenen der Anti-AKW-Bewegung, ihr allgemeines Abweichen von radikalen Forderungen und die damit verbundene schrumpfende Basis (Sprachrohr der BIs ?) nicht zuletzt als Auswirkung des parlamentarischen Weges zu sehen. Dieser ist aber im Grunde die Wurzel allen Übels. Denn daß sich die Forderungen und Aktionsformen der Anti-AKW-Bewegung immer weniger mit denen der Grünen überschneiden, ist nur ein Indiz mehr dafür, daß sich der Weg der Grünen nicht mit dem der BIs vereinbaren läßt.

Wieso ?
Ein Erfolg der BIs gegen Atomanlagen, gegen die Startbahn West, oder auch der Häuserkampfbewegung bestand darin, durch ihre Arbeit, die in den Parlamenten sitzenden Parteien zu nötigen, ihre Positionen aus dem Parlament heraus, vor der betroffenen Bevölkerung zu rechtfertigen und sich mit dem unbequemen Anliegen der Bevölkerung auseinanderzusetzen.
Wirkung und Ziel solcher Bewegungen liegen darin, daß die Entscheidungsebenen, z.B. über Atomanlagen, in Frage gestellt werden, bzw. nach unten gezogen werden sollen. Gerade an solchen Knackepunkten (Hugo) wie AKWs, Startbahn, Sanierung u.ä. wird durch die außerparlamentarischen Bewegungen klargemacht, daß im Grund nur die Bevölkerung selbst und nicht irgendwelche über Parteien und Parlamente gewählten Vertreter das Recht hat, Entscheidungen über ihr Wohl zu fällen.

Sicherlich ist es verkehrt, bei jedem engagierten Teil der Bevölkerung eine grundlegende Ablehnung des Parlamentarismus anzunehmen, doch gerade über ihr Engagement wurde vielen zumindest an bestimmten Punkten deutlich, daß nicht ihre Interessen in Parlament und Parteien vertreten werden. Es kamen berechtigte Zweifel an der Rechtmäßigkeit der über Parlamente erfolgten Entscheidungen auf. Ein guter Ansatz also, den bürgerlichen Parlamentarismus als Herrschaftsinstrument zu entlarven.

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Rein in die Sackgasse,

Wie sieht nun die Wirkung der Grünen aus?

Sie treten als parlamentarischer Lückenfüller unserer Forderungen auf. War es damals tatsächlich formuliertes Ziel der GLU - Niedersachsen » ... die Auseinandersetzungen um die Atomenergie von der Straße wegzuholen, dorthin, wo sie hingehört, in's Parlament ! «, so ist es heute, ob gewollt oder nicht, jedenfalls immer noch die Funktion einer grünen Partei. Die Anzahl grüner Sitze wird als Gradmesser der gesellschaftlichen Bedeutung der Atomenergieproblematik hingestellt.

Darüberhinaus suggeriert eine grüne Partei Leuten mit ähnlichen Forderungen, es gibt jetzt eine Partei, die sich um euer Anliegen kümmert, wählt sie in die Parlamente und ihr könnt euch zur Ruhe setzen. Hat es dann zu einer Veränderung mit Hilfe der notwendigen Mehrheiten nicht gereicht, so kann sich der Bürger ja bei der nächsten Wahl rächen (Wahlzettel = Denkzettel). Hier nehmen die Grünen eine Funktion ein, die indirekt die ohnehin schon vorhandene Bequemlichkeitshaltung der Bevölkerung (alle vier Jahre ein Kreuzchen ...) bestärkt und erschweren damit die Zielsetzung der BIs. Menschen zu aktivieren und ihre Interessen in die eigenen Hände zu nehmen.

Spätestens mit der Bundeskandidatur der Grünen aber war klar, daß sie einen grundsätzlich anderen Weg einschlagen, als die BIs. Nicht die Entscheidungsebene soll nach unten gezogen werden, sondern ganz oben, da wo die gewichtigen Entscheidungen gefällt werden, soll mitgemischt werden. Zweifel an der Rechtmäßigkeit solcher Entscheidungsebenen werden außer Acht gelassen bzw. vom Tisch gewischt. Man werfe nur mal einen Blick in frühere AE-Ausgaben (Nr. 8 u. 17) und lese dazu folgendes: » Die Atomindustrie selbst und ihre Vertreter in Politik, Wirtschaft und Justiz wollen die Entscheidungen über den Bau von Atomanlagen auf höchster politischer Ebene gefällt wissen ... Die Atomlobby weiß sehr genau, daß die Chancen zur Durchsetzung ihrer Pläne in dem Maße steigen, wie sie die Entscheidung darüber auf eine möglichst hohe politische Ebene hebt ... Je höher die politische Ebene, desto höher der Einfluß von Geld, Macht, Interessenverflechtung, Korruption .... «

Es ist also ein grundsätzlich den Interessen der Bevölkerung widersprechendes Interesse, welches die Entscheidungsebene möglichst hoch heben will. Die naheliegendste Schlußfolgerung aus dieser Erkenntnis wäre doch nun, Druck von unten, von der Bevölkerung, hervorzurufen, welcher eine solche Entscheidungsebene an sich unmöglich macht. Gerade da bewirken aber die Grünen das genaue Gegenteil, denn indem sie sich selber auf diese Ebene begeben, wird auch in Teilen der » unzufriedenen « Bevölkerung, dem sogenannten Protestpotential, das Gefühl erzeugt bzw. bestärkt, diese Ebene sei nicht in Frage zu stellen, da müssen nur die richtigen Leute hineingewählt werden.

Jeder Ansatz zu einer fundamentalen Kritk am Parlamentarismus und die Bloßstellung seiner Funktion als modernes Herrschaftsinstrument im Kapitalismus wird durch die Grünen erschwert. Es ist dabei ganz gleich, wie radikal die einzelnen Mitglieder dieser Partei sein mögen, sondern hat nur etwas mit dem Weg durch die Parlamente zu tun. Den Herrschenden kann eine Strategie, wie sie die Grünen verfolgen, als auch ihre Auswirkung auf die Bevölkerung, nur Recht sein, denn, wie bereits erwähnt, funkrioniert der bürgerliche Parlamentarismus in ihrem Sinne, und solange sich die Bevölkerung auf seine Spielregeln einläßt, haben sie auch nichts ernstliches befürchten.

In der Gründungsphase der Grünen wurde diese Partei von vielen Anti-AKW Gruppen, besonders denen aus den Städten, abgelehnt und der Weg über die Parlamente als falsch empfunden. Gerade viele Linke in der Anti-AKW-Bewegung, die sich damals am vehementesten gegen den Parlamentarismus einsetzten und den außerparlamentarischen Kampf als den richtigen Weg ansahen,stehen heute den Grünen und dem Parlamentarismus offener gegenüber.Man lehnt den Parlamentarismus nicht mehr grundweg ab,man setzt sich mit dem grünen Programm auseinander,man vertritt die Position,bei gewissen inhaltlichen Verschiebungen der Grünen nach links, könnte diese Partei eine politische Kraft werden, die gesellschaftsverändernde Maßnahmen ergreifen und durchsetzen kann. Ausgang dieses Sinneswandels ist die Position, die Ant-AKW-Bewegung hätte an Bedeutung verloren und der außerparlamentarische Kampf sei perspektivlos (Diskussion um Bauplatzbesetzung, Kriminalisierung etc.).
Ist dem so?

Klar hat die Anti-AKW-Bewegung als außerparlamentarische Kraft an Bedeutung verloren. Ursachen hierfür sind neben Kriminalisierung und Repression aber auch Änderungen im Atomprogramm. Kein forcierter Ausbau mehr, neue AKWs entstehen, wenn überhaupt noch, in Gegenden, wo die Bevölkerung schon seit vielen Jahren mit Atomanlagen leben muß. Ausnahme sind hier die Bereiche »Wiederaufarbeitung« und »Endlagerung«, und hier gibt es auch Widerstand.

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Die Grünen: Gefahren und Perspektiven des „parlamentari

Jetzt, wenige Wochen vor der Bundestagswahl hat die Parlamentarismusdiskussion wieder Hochkonjunktur. Neben fanatischen Grünen-Anhängern und Wahlboykotteuren herrscht die Meinung »mit den Grünen im Parlament kann's auch nicht schlechter werden« vor. Diese Vorstellung ist nicht nur falsch, sondern auch gefährlich.

Und genau deswegen ist es jetzt besonders wichtig, die Perspektiven des »parlamentarischen Kampfes« erneut zu diskutieren, der verbreiteten Desorientierung entgegenzuwirken und die Konsequenzen aus 4 Jahren grüner Politik zu ziehen. Die Hamburger Grünen haben das wohl getan und sind zu dem Ergebnis gekommen, jetzt verstärkt außerparlamentarisch zu arbeiten.Die Grundlage einer solchen Diskussion ist der Charakter der Institution Parlament einerseits und andererseits die politische Zielsetzung der Bewegung. Erst wenn dies ausreichend geklärt ist, kann man über Strategie und Taktik reden.

Das Parlament

Mit der Herrschaft der Bourgeoisie kam der Parlamentarismus (z.B. französische Revolution 1789, deutsche Revolution 1848 = bürgerliche Revolution). Mit den Parlamenten kamen die Parteien. Das bürgerliche Zeitalter fand in den Parlamenten den historischen Kampfplan zunächst für seine Auseinandersetzungen mit Krone und Adel. Es richtete sich politisch ein und gestaltete die Gesetzgebung nach den Bedürfnissen des Kapitalismus. Die verschiedenen Schichten und interessengruppen innerhalb der Bourgeoisie gründeten die Parteien, die dann die verschieden gearteten Ansprüche ausfochten. So wurde das Parlament zum bürgerlichen Forum für alle Kämpfe um wirtschaftliche und politische Macht.
Das Parlament als Instrument des bürgerlichen Staates hatte somit von jeher bestimmte Funktionen, nämlich die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu schützen und aufrechtzuerhalten.
Wer seine eigene Geschichte vergißt, muß seine Fehler wiederholen! Die Institutionen des bürgerlichen Staates als technische Vehikel zu betrachten, die man für jede antikapitalistisch orientierte Politik benützen könne, hat sich schon immer als Fehleinschätzung erwiesen. Hier zwei Beispiele:
1.) Auf dem Kongreß von Eisenach (1873) schworen die deutschen Sozialdemokraten: »Die sozialdemokratische Arbeiterpartei betrachtet die Reichstagswahlen nur als Agitationsmittel und Prüfstein für die Verbreitung ihrer Prinzipien, jeden Kompromiß mit anderen Parteien ablehnend.« - Am 4. August 1914 bewilligte die SPD die Kriegskredite im Reichstag, stellte nach dem Weltkrieg den Heeresverwalter Noske, der dann die Arbeiteraufstände (z.B. Ruhrgebiet) niedermetzelte.
2.) 1912 wurde Karl Liebknecht in den Reichstag gewählt. In einer Zeit des Patriotismus und fanatischen Kriegsjubels predigte er Klassenkampf und Internationalität. Der Wert seiner parlamentarischen Agitation bestand darin, daß man sie mit allen gesetzlichen und ungesetzlichen Mitteln verhinderte. Man ließ ihn nicht zum Reden kommen, entzog ihm das Wort nach wenigen Sätzen, schlug ihn, entzog ihm die Immunität und lieferte ihn letzendlich dem Zuchthaus aus. Seine Aufklärungen wurden verschwiegen oder total entstellt mitgeteilt, offizielle Reichstagsstenogramme »korrigiert«.
Jeder kann noch endlos weitere Beispiele aufzählen.
Gemeinsames Fazit bleibt: Die Institutionen des bürgerlichen Staates dienen nach wie vor der Reaktion. Verändert haben sich nur die Marschierer, sie haben sich angepaßt oder sind geflogen. Der Widerspruch zwischen aufgetragener Funktion und konsequenter revolutionärer Arbeit führt zu einem Punkt, an dem man sich vor lauter Taktiererei im Reformismus verliert, wenn man nicht bereit ist, die persönlichen Konsequenzen zu ziehen. Konsequent sein heißt hier, die aufgetragenen Funktionen nicht mehr zu erfüllen, zu sabotieren.

Die Zielsetzung der Grünen, Bunten, Alternativen

Die Grünen wollen »einen Ausweg aus der gegenwärtigen Misere aufzeigen, eine Alternative sein, zu der man Vertrauen haben kann«. Sie wollen »eine Alternativ-CDU, -SPD und -FDP« sein, wollen »alle antikapitalistisch, antibürokratisch, ökologisch, sozial, antimilitaristisch, gewaltfrei, basisdemokratisch, freiheitlich und antidogmatisch eingestellten Kräfte für die gemeinsame Wahlinitiative gewinnen«, um die militärische Bedrohung, die ökologische Krise, sowie Wirtschafts-, Bewußtseins- und Sinnkrise abzuwenden. »die Grundstrukturen der Gesellschaft müssen so umgeformt werden, daß nicht mehr herrschende Minderheiten, die sich die Machtmittel des Geldes, des Kapitals und des Staates angeeignet haben, das wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben dirigieren, sondern daß die Menschen selbst frei, demokratisch und solidarisch bestimmen...« und das alles »in einem Prozeß gewaltfreier Evolution« (Zitiert aus dem Bundesprogramm der Grünen, sowie Achberger Gruppen). - Schön.
Die Gesellschaftsanalyse der Grünen sowie die daraus abgeleiteten Forderungen decken den größten Teil der Protestbewegung ab. Jeder kann eigene Inhalte unter dem grünen Mantel wiederfinden - auch die Sozialdemokraten, vor allem der linke SPD-Flügel. Man muß sich nur einmal die Forderungen vergegenwärtigen, mit denen die SPD in den 50er Jahren Politik machte. (z.B. strikter Antimilitarismus, keine Wiederbewaffnung).
Auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stehend, haben sie dann mehr als ein Jahrzehnt sozialdemokratische Realpolitik gemacht, und wohin diese Reformpolitik geführt hat, wissen wir ja alle. Ob die SPD vom BRD-Kapital korrumpiert wurde, mag jeder selbst entscheiden; die Sozialdemokraten selbst sind jedenfalls überzeugt davon, daß sie durch »Sozialpartnerschaft« das meist mögliche an Lebensqualität, sozialer Sicherheit und Demokratie verwirklicht haben, wohlgemerkt: auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stehend.
Und jetzt stellt sich die Frage, was die Grünen eigentlich wollen: Entweder sie betreiben grünes Krisenmanagement, Reformpolitik, um die unübersehbare kapitalistische Krise zu entschärfen, oder sie nutzen das durch die Krise entstandene Problembewußtsein, um damit letztendlich den Kapitalismus zu beseitigen. Das eine geht »in einem Prozeß gewaltfreier Evolution«, das andere nicht. Darüber soll sich niemand Illusionen machen.
Wenn die Grünen nur die momentane Krise entschärfen wollen, dann brauchen wir die Parlamentarismusdiskussion nicht zu führen, denn dann unterscheiden sie sich

nicht grundlegend von dem bisher regierenden Parteienkartell, dann sind sie höchstens noch die »kleinere Übel« -Partei; und als solche sehr gefährlich, da ihnen dann die sozialintegrative Rolle zufällt, auf die das Kapital noch nie verzichten konnte. GAZ-Vorsitzender Gruhl bestätigt derartige Vermutungen: »Ich bin der Ansicht, daß die etablierten Parteien es begrüßen sollten, wenn die ökologische Bewegung nicht im außerparlamentarischen Bereich verharrt, weil das zu Frustration, Mißerfolg und Gewalttätigkeit führen kann«.
Wenn die Grünen also nicht die sozialintegrative Strategie der SPD fortsetzen wollen (und es denken nicht alle Grünen wie Gruhl), dann stellt sich nach wie vor die Frage, ob der »parlamentarische Kampf« das richtige Mittel im Kampf gegen den Kapitalismus ist.
Vor der Entscheidung, Parteipolitik zu machen, muß man sich über folgende Punkte Klarheit verschaffen:

1. Taktik und Prinzipien
2. Wann kommt Parlamentarismus als Waffe in Betracht ?
3. Wie ist diese Waffe zu gebrauchen ?
a) Verhalten im Parlament
b) Gefahren
4 Wahlen - Agitation
5. Beziehung zwischen Bewegung, Partei und Parlamentsfraktion.

1. Taktik und Prinzipien

Die Grünen haben den Parlamentarismus nie grundlegend diskutiert. Beim Gedanken Parteipolitik zu machen, standen alle in Flammen, »fuhren auf die Wahlplattformen ab«. Die pauschale Aussage » jedes Mittel zu nutzen« wurde zur alles umfassenden Legitimation. Wenn die Frage des Parlamentarismus also nur eine taktische (»als Mittel«) und keine prinzipielle ist, dann muß man das Verhältnis von Taktik und Prinzip beleuchten: Taktik bedeutet die praktische Anwendung der theoretisch festgelegten Prinzipien. Taktik ist mithin das Bindeglied zwischen der Zielsetzung und der unmittelbar gegebenen Wirklichkeit. - Nur durch die Verankerung in der Theorie, in den Prinzipien, kann sich die 'linke' Taktik von jeder bürgerlichen und sozialdemokratisch-kleinbürgerlichen »realpolitischen« Taktik unterscheiden. Die Starrheit der Prinzipien ist immer die Voraussetzung für das Unstarre, die Flexibilität der Taktik! Inwieweit sich die grüne Prinzipientreue von der sozialdemokratisch-realpolitischen unterscheidet, werden wir noch sehen.

2. Wann kommt Parlamentarismus als Waffe in Betracht ?

Dieser Zeitpunkt ergibt sich aus der taktischen Lage der Bewegung. Die taktische Lage läßt sich am einfachsten am Offensiv- oder Defensivcharakter der Kämpfe bestimmen. In defensiven Lagen müssen manchmal taktische Mittel angewandt werden, die ihrem innersten Wesen nach der Idee unseres Kampfes widersprechen.
Das Parlament als Institution des Staates, der Bourgeoisie, kann nur eine defensive Waffe sein. Somit bestimmt sich der Zeitpunkt entweder aus den äußeren Kräfteverhältnissen oder der eigenen ideologischen Unreife, die es uns verunmöglicht, die Bourgeoisie mit unseren eigenen Angriffsmitteln zu bekämpfen. In jedem Fall bedeutet die Aufnahme parlamentarischer Tätigkeit das Eingeständnis, daß die Revolution in absehbarer Zeit undenkbar ist, heutzutage eine durchaus realistische Einschätzung.

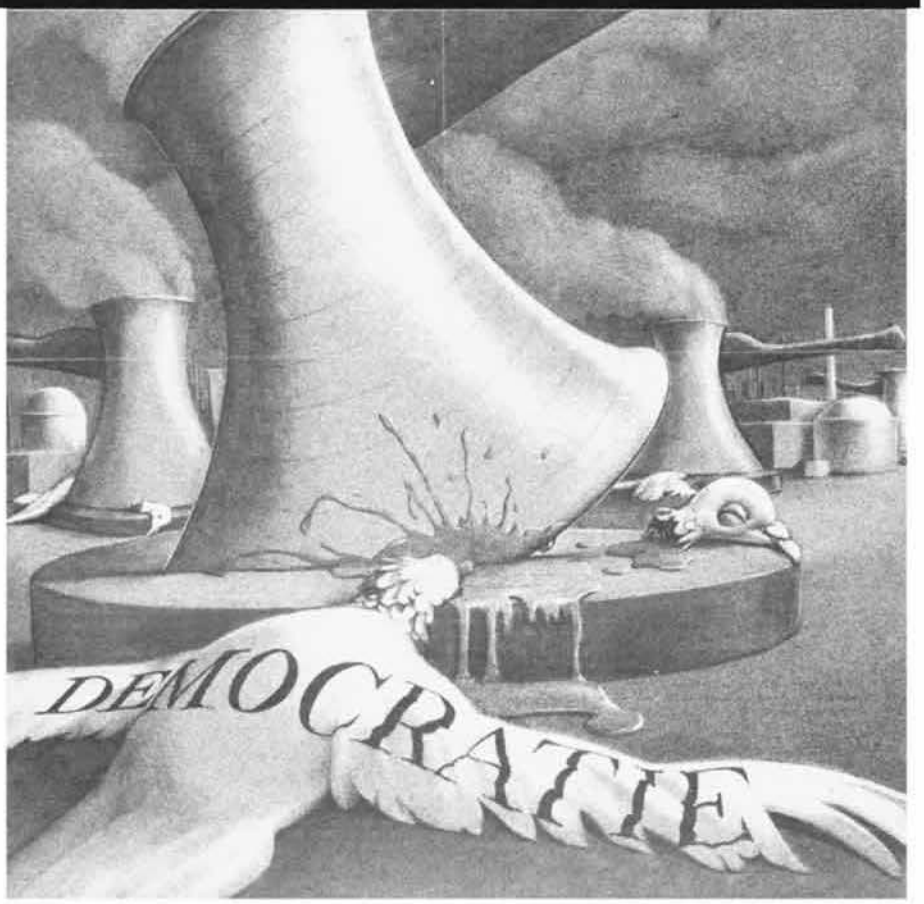
3. Wie ist diese Waffe zu gebrauchen ?

Die parlamentarischen Kämpfe können niemals mehr als Vorbereitungsarbeit für die eigentlichen Kämpfe sein. Alle Agitation im Parlament darf darüber nicht hinwegtäuschen.
Wie soll sich nun die grüne Fraktion im Parlament verhalten? Diese Schwierigkeit läßt sich kurz zusammenfassen: Sie muß das Parlament im Parlament bekämpfen, und zwar mit einer Taktik, die sich für keinen Augenblick auf den Boden der Bourgeoisie, des Parlamentarismus stellt; nicht nur durch Protest in Debatten, sondern durch die Tat im Parlament selbst. Diese revolutionäre Tat kann letztendlich nichts anderes bezwecken, als den Übergang aus der Defensive in die Offensive ideologisch vorzubereiten, d.h. durch diese Tat werden die Machthaber und ihre sozialdemokratischen Helfershelfer gezwungen, ihre Klassendiktatur in einer Weise bloßzustellen, die für den Fortbestand dieser Diktatur gefährlich werden kann. - Nur darin liegt letztendlich die Perspektive der Grünen, Bunten und Alternativen !
Selbst die schärfste Kritik bleibt nur revolutionäre Phrase, wenn sie nicht den Rahmen des Parlaments sprengt; im Gegenteil, es besteht die große Gefahr, daß scharfe Kritk im Rahmen des Parlaments als möglich erscheint, und daß dadurch zu der von der Bourgeoisie gewünschten Trübung des Klassenbewußtseins beigetragen wird; daß die Parlamente nicht als Organ der Klassenunterdrückung, sondern als Organ des »ganzen Volkes« erscheinen.

4. Wahlen - Agitation

Wahlagitation als Propagandamittel ist nicht unbedenklich. Sie muß daran ausgerichtet sein, Bewußtsein, Klassenbewußtsein zu schaffen. Hierbei besteht die Gefahr, in das Eigenleben des Wahlmecha-

schen Kampfes"



nismus abzurutschen, der notwendigerweise auf einen möglichst großen »Sieg« arbeitet, Mitläufer anlocken will und damit Gesinnung und Tat voneinander trennt. Denn die Abgabe der Stimme ist nicht nur keine Tat, sondern was viel schlimmer ist, die Illusion einer Tat. Wahlagitation kann sich somit auch bewußtseinstrübend auswirken, so daß ein großes Wählerpotential entsteht, das im entscheidenden Augenblick völlig versagt. (z.B. dt. Sozialdemokratie im August 1914)

5. Beziehung zwischen Bewegung, Partei und Parlamentsfunktion

Zu den fast unüberwindbaren Schwierigkeiten einer grünen Fraktion im Parlament gehört die allzu große Selbständigkeit und Eigengesetzlichkeit, die der parlamentarischen Gruppe im Parteileben zukommt. Es scheint selbstverständlich zu sein, daß die grünen Parlamentarier in vollem Umfang und bedingungslos der außerparlamentarischen Organisation verpflichtet und unterstellt sind (imperatives Mandat), doch die Erfahrung zeigt, daß sich die Beziehung zwischen Partei und Parlamentsfraktion beinahe ausnahmslos umkehrt, und die Partei von der Parlamentsfraktion ins Schlepptau genommen wird. Auch das imperative Mandat, das im Rahmen der bestehenden Ordnung schon ungesetzlich ist (die Parlamentarier sind nur ihrem Gewissen verpflichtet), beugt dieser Fehlentwicklung nicht vor.
Das gleiche Problem trifft Bewegung und Partei. Es bleibt zu befürchten, daß sich die Machtstrukturen innerhalb der Parteiorganisationen so verhärten, daß nicht mehr die Bewegung, die BIs grüne Parteipolitik bestimmen, sondern daß die BIs als Basis die Zulieferrolle übernehmen, ohne parteipolitischen Einfluß zu erlangen.

Eine weitere Gefahr droht unseren Zielen durch Spaltung und Kriminalisierung. Teile und herrsche! Die scheinbare Vertretung grüner Anliegen im Parlament macht außerparlamentarische Aktionen für die staatliche Repression leichter kriminalisierbar. Stellt sich die grüne Partei hinter »ihre« außerparlamentarischen Aktionen, so riskiert sie die totale Illegalisierung und Parteiverbot (die KPD ist hier auch verboten), was nicht ihr Interesse sein kann: distanziert sie sich, so nimmt sie den ihr von den Staatsschutzstrategen angewiesenen Platz ein.

Was übrigbleibt, ist die Weisheit:
Das System macht keine Fehler, es ist der Fehler!
und die Konsequenz:
Den Staat nicht reformieren, sondern abschaffen!

Ein AKW-Gegner aus Mainz

Atom Express/„MOZ": Ein Gespräch

Im Januar führte die Zeitschrift »Moderne Zeiten« (MOZ) ein Interview mit Redaktionsmitgliedern des Atom Express. Themen waren die Situation der Anti-AKW-Bewegung, Grüne und Wahlen sowie Perspektiven der weiteren Arbeit. Auszüge des Gespräches haben wir im folgenden noch einmal abgedruckt; wen der volle Wortlaut interessiert, sollte sich die Febraur-Ausgabe der MOZ besorgen: Moderne Zeiten, Pablo-Neruda-Haus, Am Taubenfelde, 3000 Hannover.

Zur Lage der Anti-AKW-Bewegung:

Bernd (AE): *Ich bin der Meinung, daß die Anti-AKW-Bewegung im Moment auf ihren Kern zurückgeworfen ist. Dies gilt für die einzelnen Gruppen in den Städten, aber auch vor Ort. Die Jahre, wo alle politischen Gruppen und Organisationen hin zu diesem Brennpunkt Anti-AKW-Bewegung gestürzt sind, sind vorbei. In den Hochzeiten der Bewegung war es doch so, daß praktisch die gesamte organisierte Linke schwerpunktmäßig in der Anti-AKW-Bewegung gearbeitet hat. Heute muß man einfach feststellen, daß die wenigen organisierten linken Gruppen überhaupt nicht mehr in der Bewegung arbeiten, zumindestens nicht in den Städten, und das auch die Reste, die aus dem Auflösungsprozess der Linken übrigbeblieben sind, nicht in der Anti-AKW-Bewegung arbeiten. Sie sehen offensichtlich eine globalere politische Perspektive eher in den Grünen, den Gewerkschaften oder sonst wo.*

Diese Entwicklung hat zu einem spürbaren politischen Substanzverlust geführt. Auf der anderen Seite ist der verbliebene Kern der Anti-AKW-Bewegung in den Städten vom Charakter her immer noch eine der wenigen, wenn nicht die einzige organisierte Fundamentalopposition, die es in der Bundesrepublik gibt. Seit Wyhl und Brokdorf hat es kaum eine Bewegung gegeben, die sich auf Dauer so sehr auf eine Konfrontation mit dem Staat und dem Staatsapperat eingelassen hat und diese Konfrontation an vielen Punkten mit bewundernswerter Stärke bestanden hat.

Von der Anzahl der Gruppen her ist in den vergangenen Jahren sicher ein Rückgang festzustellen, weil das Thema insgesamt nicht mehr so eine Brisanz hat und sich nach einem so langem zeitraum des ständigen Kampfes unvermeidlich Verschleißerscheinungen zeigen.

Auf der anderen Seite habe ich aber das Gefühl, daß die Generation, die innerhalb der Anti-AKW-Bewegung politisert worden ist, daß es die noch gibt, daß sie teils in der Anti-AKW-Bewegung verblieben sind oder als Einzelpersonen zu einer Art Szene gehören. ...

Prägend für diese politische Generation ist das elementare Erlebnis der direkten Machtprobe und der direkten Konfrontation mit dem Staat und diesem System, in einer Form, wie es ja hundertausende an den Bauplätzen erlebt haben.

Reimar (AE): *Trotzdem sehe ich, um jetzt auf die Wahldebatte zu kommen, in der relativen, ich betone relativen Schwäche gegenüber früher, einen von mehreren Gründen, warum sich so wenig und auch so wenig inhaltlich mit der Wahlfrage und den Grünen auseinandergesetzt wird. Den zweiten wesentlichen Grund sehe ich darin, daß die Anti-AKW-Bewegung in dieser Frage äußerst zerstritten ist. Es gibt eine starke Polarisierung. Von totaler Ablehnung von allem, was mit Wahlen, Parlament und Grünen zu tun hat, bis hin dazu, daß sich Bürgerinitiativen tatsächlich auflösen und in die Grünen hineinintegrieren. Der dritte Punkt, warum*

es zu einer Auseinandersetzung mit der Wahlfrage noch nicht gekommen ist, liegt darin, daß man sich in der Anti-AKW-Bewegung zu wenig Gedanken macht hat, mit welchen Inhalten man die Grünen konfrontieren kann, wie man die inhaltliche Zusammenarbeit und auch die inhaltliche Konfrontation und Auseinandersetzung suchen kann. ...

Bernd: *Man sollte dazu aber noch sagen, daß die Vorzeichen, unter denen sich damals die Grünen gegründet haben nicht mehr zu vergleichen sind mit dem, was heute die Mehrheit der Grünen ausmacht. Der Anfangseindruck ist eben sehr stark gewesen. Gerade auch in Niedersachsen sind es ja nicht die fortschrittlichen oder radikalen Kräfte Kräfte gewesen, die die GLU aufgebaut haben, die später in die Grünen überging. Das war genau das Gegenteil von dem, was man als Anti-AKW-Bewegung an den Bauplätzen bezeichnet. Auch in der ersten Zeit der Bundesgrünen - Gruhl und Springmann-Fraktion usw. - gab es ja unüberbrückbare Gegensätze zwischen Anti-AKW-Bewegung und den bürgerlich-konversativen Strömungen in den Grünen. Die Kräfteverhältnisse haben sich seitdem in den Grünen erheblich verschoben. In der damaligen Form sind die Gegensätze nicht mehr so krass, sie liegen in anderen Fragenkomplexen und sind auch verdeckter.*

MOZ: Aber nochmal konkret zu den Wahlen. Werdet ihr denn die Grünen wählen?

Reimar: *Das ist unterschiedlich. Auch im Atomexpress. Also ich werde z.B. die Grünen wählen und werde mich in Gesprächen dafür einsetzen, daß andere das auch tun. Ich weiß aber auch, daß im Atomexpress einige die Grünen nicht wählen werden, und ich glaube, daß das ein bißchen ein Spiegelbild für die gesamte Anti-AKW-Bewegung ist. Die Fronten liegen hier sehr weit auseinander.*

MOZ: Ist denn unter euch dreien jemand, der die Grünen nicht wählen wird?

Ines (AE): *Ja, ich, aber zur Begründung muß ich etwas ausholen. Ich würde z.B. nicht sagen, daß es eine Schwäche der Anti-AKW-Bwegung ist, daß sie sich nicht genügend mit den Grünen auseinandersetzt. Ich finde, die grundsätzliche Auseinandersetzung hat schon am Anfang stattgefunden, als es losging mit der Wahlbewegung und ich finde, daß zu den grundlegenden Argumenten was Parlamentarismus und die Arbeit auf dieser Ebene betrifft nichts neues gesagt werden braucht. Das ist auch bei vielen Leuten der Grund, sich nicht erneut in die Debatte zu begeben. Auf jeden Fall lohnt keine Debatte über Personen. Eine grundlegende Auseinandersetzung ist schon gewünscht, aber nicht auf der Ebene, wie das Reimar ansteuert.*

Bernd: *Ich persönlich glaube schon, daß der Großteil von dem, was man die Anti-AKW-Bewegung nennen kann, halt die Grünen wählt. Die werden natürlich grün wählen, was denn sonst. Für den Teil der Bewegung, der für die Frage Beteiligung an den Wahlen und für eine bestimmte differenzierte Haltung ansprechbar ist, für den würde ich eher die Frage stellen: Wer würde denn in die Grünen eintreten, oder: Was hindert die Leute daran, in die Grünen einzutreten.*

Ines: *Also wenn die Grünen gewählt werden, dann nicht, weil man sich mit ihnen identifiziert, sondern um eine ganz rechte Regierung zu verhindern.*

Reimar: *Es ist so ein bißchen eine kleinere Übel Argumentation, die sich da findet. Du hast recht, daß die Fronten in der Anti-AKW-Bewegung nicht so verlaufen, wählen wir grün oder SPD, sondern wählen wir grün oder gar nicht.*

MOZ: Aber was hindert, in die Grünen einzutreten. Mir scheint doch ein Kennzeichen der Grünen zu sein, daß man da schlechterdings alles sagen und vertreten kann. Insofern ist das momentan eine noch relativ offen und demokratisch diskutierende Partei. Warum bringt man da seinen Standpunkt nicht gezielt ein?

Ines: *Es geht darum, was man auf parlamentarischem Weg erreichen kann. Ich verspreche mir davon herzlich wenig. Ich sehe meine Perspektive immer noch in der außerparlamentarischen Arbeit. Es geht nicht darum, ob man in den Grünen seine Standpunkte vertreten kann oder nicht, sondern ob man sich von der Arbeit auf dieser Ebene was verspricht.*

Reimar: *Ich glaube, daß viele Leute bei den Grünen nicht mitmachen, weil es die Anti-AKW-Bewegung eben noch gibt, weil sie eben nicht ganz tot ist und weil sie in der Anti-AKW-Bewegung so etwas wie eine politische und organisatorische Heimat sehen. In der Anti-AKW-Bewegung sind eben Auseinandersetzungen, Diskussionen, Aktionen möglich, wie sie bei den Grünen vielfach nicht, oder nicht in der Schärfe und nicht auf einem so hohen Niveau möglich sind.*

Bernd: *Ein Teil ist für die Grünen aus grundsätzlichen Fragen wie dem Verhältnis zu Wahlen nicht ansprechbar. Ich persönlich bin nicht grundsätzlich gegen eine Parteigründung oder gegen eine politische Organisation und ich bin auch nicht grundsätzlich gegen eine Beteiligung an Wahlen in unserem System. Ich bin nur unter bestimmten Voraussetzungen dafür. Und für mich sind innerhalb der Grünen die Voraussetzungen nicht gegeben. Ein Hauptauseinandersetzungspunkt von Anfang an waren die 4 Grundpfeiler der Grünen, die ganz vorneangetragen wurden und werden: ökologisch, basisdemokratisch, sozial und gewaltfrei. Unter den ersten drei Pfeilern kann man sich sehr unterschiedliche Dinge vorstellen, die man solidarisch untereinander diskutieren kann. Mit dem Pfeiler „gewaltfrei" ist aber eine ganz bewußte Abgrenzung gegen uns, gegen Teile der Bewegung gelaufen. Und zwar offen und unverblümt. Bei der Diskussion um das Saarbrückener Programm hat es eine kurze Debatte gegeben, wie man diesen Pfeiler gewaltfrei versteht. Man versteht ihn als Abgrenzung gegen radikalere Formen des Protestes, des Widerstandes, der Auflehnung gegen dieses System. Das ist nach wie vor die Mehrheitslinie bei den Grünen. In diesem Punkt werden sie eben tatsächlich durch Personen, wie z.B. Petra Kelly repräsentiert. Und in dieser Frage haben wir mit ihnen nichts gemein, weil nach meinen persönlichen Erfahrungen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung aber auch bei ganz anderen Sachen mit dieser Sichtweise der Gewaltfreiheit, die ja heute teilweise soweit geht, das Gewaltmonopol des Staates anzuerkennen, daß damit soviel an Nicht-Sehen-Wollen von Realitäten verbunden ist, an politischer Naivität, an Illusionen erwecken und weiter weiterreproduzieren, daß ich das für einen ganz elementaren Grundfehler "grüner Ideologie" halte, aus dem sich ein Verhältnis zum Staat und zu den Machtverhältnissen ergibt, das die Integration der Grünen in dieses System geradezu vorprogrammiert.*

Aus diesem Verständnis der Gewaltfreiheit der Grünen entsteht auch ihr widersprüchliches und teilweise unehrliches Verhältnis den politischen, ökologischen und sozialen Bewegungen gegenüber. Vor allem dann, wenn es um Aktionenformen geht oder wenn, ganz banal gesagt, sich Menschen mit anderen Mittel zur Wehr setzen, als es die Grünen am grünen Tisch für richtig halten. Sie haben da ja auch sehr schnell ihre Schwierigkeiten mit dem was in Polen vor sich geht gekriegt. Erst das langersehnte „Superbeispiel gewaltfreien, sozialen Widerstandes", das es als eigene Widerstandsperspektive hinauszupausen gilt und dann betretenes Schweigen, als die Verschärfung der Verhältnisse die Menschen andere Widerstandsformen wählen ließ.

Die Grünen sind immer nur solange potentieller Bündnispartner, wie eine bestimmte Schwelle des Protestes nicht überschritten wird. Ich möchte nicht wissen, wie sich die Grünen verhalten, sollte es wieder zu Situationen kommen, wie 1977 mit Brokdorf/Itzehoe. Ich fürchte, die Grünen würden heute eine ähnliche Position einnehmen, wie es damals die SPD-Schleswig-Holstein getan hat, als sie zusammen mit BBU und DKP nach Itzehoe mobilisierte. Und solche Situationen hat es im kleineren schon gegeben, z.B. mit der Schacht-Konrad-Demonstration. Und ich habe ein ganz, ganz

schlechtes Gefühl, wenn ich an den Stationierungsherbst denke, oder an kommende Auseinandersetzungen in Dragahn. Die Grünen, nicht die einzelnen Menschen, sondern die Grünen als Partei, als Machtfaktor gerade in der Öffentlichkeit, die werden auf einer anderen Seite stehen, als ich. Und das ist für mich der Hauptgrund dafür, daß ich das Gefühl hätte, ich würde mich politisch verraten würde, wenn ich in die Grünen eintrete.

MOZ: Siehst du da keine Entwicklung bei den Grünen?

Bernd: *Ich würde nicht sagen, daß ich keine Entwicklung sehe. Wie schon gesagt, hat sich seit den Anfängen der grünen Parteibildung viel getan. Ich habe das die ganze Zeit sehr intensiv verfolgt, ich bin auf allen Parteitagen gewesen und kenne die interne Diskussion und auch die Machtverhältnisse sehr genau. Es hat zwar eine positive Entwicklung gegeben, dadurch, daß die rechte Fraktion die Grünen praktisch vollständig verlassen hat und daß die gesammelte versprengte Linke mittlerweile in den Grünen steckt. Aber in der Frage der Gewaltfreiheit, der Widerstandsformen, gibt es keine grundlegende Umorientierung und sie ist auch nicht in Sicht. Die Linke in den Grünen tut auch nicht viel dafür, sicher auch deshalb, weil sie sich selbst von dem, was in den Bewegungen heute vor sich geht, ein Stück weit entfernt hat und die Frage der Widerstandsformen für sie keine Frage der persönlichen Betroffenheit mehr ist.*

In den Landesverbänden gibt es da sehr unterschiedliche Verhaltensweisen. AL Berlin, GAL Hamburg, die Hessengrünen sehen das weniger verkniffen, als die Niedersachsen, die Bayern oder die Baden-Württemberger.

Das allermindeste, was man von den Grünen verlangen muß, ist, daß sie grob gesagt wenigstens die Schnauze halten, wenn sie mit bestimmten Dingen nicht einverstanden sind. Also sich nicht als Spaltkeil mißbrauchen zu lassen, keine Distanzierungen, keine Erklärung, die letztlich wie eine Distanzierung wirken. Aber wie gesagt, in dieser Frage habe ich ein ganz schlechtes Gefühl gerade wenn die Grünen erst mal im Bundestag sitzen.

MOZ: Noch zu einem weiteren Komplex. Sind Kompromißlinien denkbar, wenn es bei den Wahlen zu einer Mehrheit SPD/Grüne kommt. Es wird doch nach den Wahlen bei einer solchen Mehrheitsmöglichkeit im Bundestag darum gehen, ähnlich wie die GAL es in Hamburg versucht hat, in der Öffentlichkeit realistische, tragfähige, von vielen akzeptierte Vorschläge zu machen, die die SPD unter Druck setzen. Es gibt ja die Diskussion um den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie. Ist das für euch akzeptabel?

Bernd: *Natürlich nicht. Das ist ein Punkt, wo es immer Interessengegensätze zwischen einer Bewegung, die zu einem bestimmten Thema arbeitet, und einer Partei, die versucht, Realpolitik zu machen, geben wird, auch wenn diese Partei die Grünen heißt. Ich glaube, sich auf eine diffenzierte Haltung in Sachen Atomprogramm einzulassen, wäre eine Bankrotterklärung für die Grünen. Erstens inhaltlich, weil bei der Frage des Atomprogramm die Sachen so klar auf dem Tisch liegen, daß es nur die Forderung nach sofortigem Ausstieg geben kann. Hier geht es um eine Sache, die vom Gefahrenpotential her eine solche Dimension hat, daß sich gerade die Grünen konsequent verhalten müssen. Oder wollen sie etwa die Verantwortung dafür übernehmen, daß die ganzen Atomanlagen und Schrottreaktoren noch jahrzehntelang laufen und es nur eine Frage der Zeit ist, wann uns ein Harrisbrug ins Haus steht? Und gerade jetzt, bei diesen gewaltigen Überkapazitäten, bei sinkendem Stromverbrauch, generell sinkendem Energiebedarf, bei der Ölschwemme und dem Preisverfall beim Öl, auf die einzig sinnvolle und berechtigte Forderung nach Schluß mit dem Atomprogramm zu verzichten, ist ja geradezu absurd. Und mit den Arbeitsplätzen bräuchte man auch nicht in Argumentationsschwierigkeiten zu kommen. Allein die Frage, was man mit dem macht, was schon gebaut worden ist, das wird die gleiche Anzahl von Leuten über hundert Jahre beschäftigen.*

Es verbirgt sich noch etwas anderes dahinter. Ich habe das Gefühl, daß es ohnehin nur ganz wenige Fragen gibt, wo die Grünen so etwas wie ein politisches Rückgrat haben. Im Grunde genommen sind es nur Atomprogramm und Nachrüstung. Wenn daran noch geknabbert wird, dann zeigt sich für mich ziemlich viel und letztlich ist es für mich auch eine Frage des Verhältnisses zwischen kurz- und langfristigen Zielen, des Verhätlnisses zur Politik überhaupt. Und da findet schon seit einige Zeit eine sehr offene, kontroverse Diskussion statt,die ich sehr wichtig und interessant finde. Die Partei der Grünen ist zur Zeit und für absehbare Zeit die einzige breitere politische Form, die in der BRD existiert, wo überhaupt über so was wie eine andere Gesellschaft konkret diskutiert und gestritten wird

Auf der einen Seite Bahro und die Fundamentalisten, auf der anderen Seite die Realpolitiker wie Trampert und Ebermann, aber auch Hasenclever und Kretschmann. Die Orientierung zu sehr auf den kurzfristigen Erfolg, auf die Frage der Zusammenarbeit mit der SPD liegt anläßlich der momentanen politischen Konstellation zu den Bundestagswahlen zwar nahe. Längerfristig halte ich aber die Frage, ob nun die Grünen in der Bundestag kommen oder nicht, für ziemlich bedeutungslos für die Frage der Entwicklung einer umfassenden gesellschaftlichen Alternative.

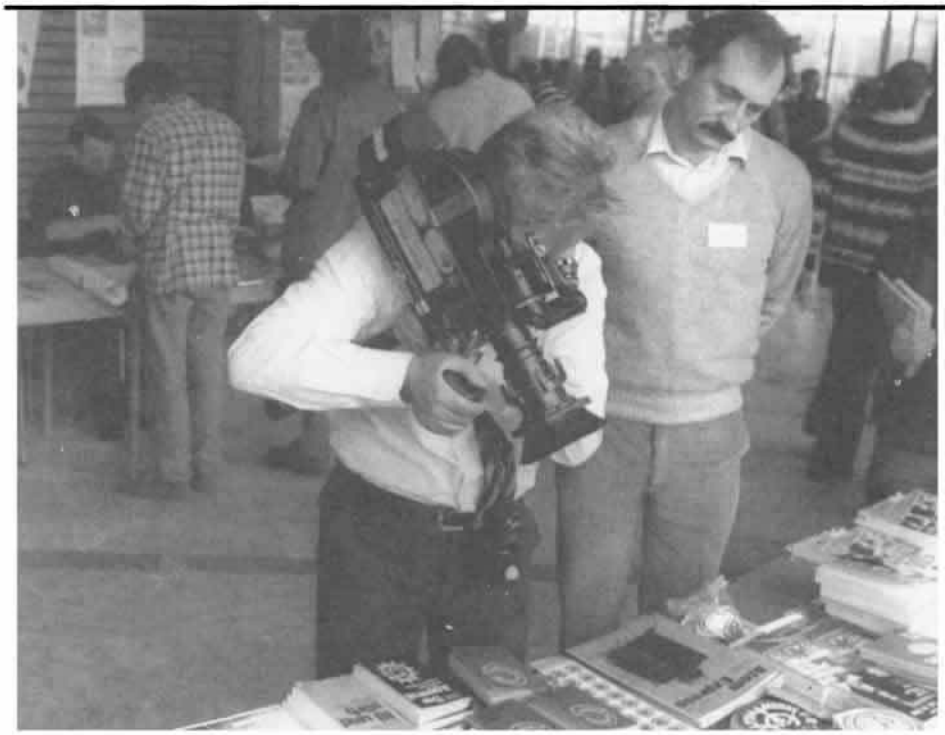
MOZ: Dann sag' doch zum Abschluß noch einmal, an welchen inhaltlichen Linien du diese Strategie, die Leute zu fordern, entwickeln willst. Wo sind in der Friedensfrage, der Anti-AKW-Frage die Punkte, wo es ins systemsprengende übergehen kann?

Bernd: *Letztlich müssen die Grünen Politik machen, ob sie nun in den Bundestag kommen oder nicht und ich fürchte, daß die Chance für eine weitergehende Politik eher geringer ist, wenn sie in den Bundestag kommen. Sie müssen eine Politik machen, die nach außen hin ganz deutlich macht, daß die dieses System, in dem wir leben, sprengen wollen, da sie da raus wollen - in allen Fragen. Das z.B. auch klar ist, daß das, was hier bürgerlicher Parlamentarismus, Grundgesetz und Verfassung ist, daß das nicht mehr und nicht weniger ist, als die zur Zeit entwickelste Herrschaftsform moderner kapitalistischer Industriestaaten. Daraus folgt zwangsläufig, daß diese Herrschaftsform nicht mit unseren Vorstellungen einer neuen, besseren Gesellschaft identisch sein kann. Es ist deswegen eine Aufgabe der Grünen, in der Öffentlichkeit klar zu machen und natürlich zuerst einmal sich selber, welche Funktionen der Parlamentarismus in diesem System hat und welche nicht.*

Zum zweiten die Frage Industriesystem: Dieser totale Wahnwitz, der da abläuft, der mit allen gängigen Denkmustern und Denkstrukturen, die wir bisher im Kopf haben, daß wir mit denen nicht mehr weiterkommen. Das man sie total sprengen muß

Reimar: *Ich glaube, abgesehen davon, was jeder einzelne von uns zu weitergehenden und gesamtgesellschaftlichen Fragen im Kopf hat, kann es für uns als Anti-AKW-Bewegung in erster Linie darum gehen, die Grünen mit der Forderungen nach sofortigem Ausstieg aus dem Atomprogramm zu konfrontieren. Und das ist viel mehr als eine Tagesfrage, denn sie stellt in ihrer Konsequenz die Machtverhältnisse in diesem Staat in Frage, Staatsmacht und Geldmacht. Ich glaube, wenn es uns gelingt, diese Forderung mit ihrer ganzen Ausweitung über einen linken politischen Kontext hinaus in die Grünen reinzutragen, daß damit ein Ziel der Anti-AKW-Bewegung in dieser Zeit erreicht ist.*

Ines: *Die nächste Frage, die man an die Grünen noch stellen muß, ist die nach der uneingeschränkten Solidarität mit den Gefangenen aus der Anti-AKW-Bewegung. Viele Leute können sich auch deshalb nicht mit den Grünen solidarisieren, weil diese sich noch nicht uneingeschränkt mit den Gefangenen solidarisiert haben.*



Am Rande der Grünen-Bundesdelegiertenversammlung in Sindelfingen am 15./16. Januar hatten wir Gelegenheit zu dem folgenden Interview mit Jutta Ditfurth. Jutta kommt aus der Anti-AKW-Bewegung, hat dann die Gründung der Grünen 1979 mit vorbereitet und ist seit März 1981 Mitglied der GRÜNEN IM RÖMER, der Fraktion im Frankfurter Stadtparlament.

Interview mit Jutta Dittfurth

ATOM EXPRESS: Ist die Forderung nach sofortigem Ausstieg aus der Atomenergie bei den Grünen vereinheitlicht?

Jutta Ditfurth: Unklar ist vor allem die Konsequenz dieser Forderung. So hat z.B. die GAL vorgeschlagen, diesen Ausstieg schrittweise zu praktizieren, weil sie stark daran interessiert ist, eine im traditionellen Sinne erfolgsorientierte' Politik zu machen. Andererseits ist vorhin im Saal mit großer Mehrheit die sofortige Stillegung aller Atomanlagen als Teil des wirtschaftlichen Sofortprogramms beschlossen worden.
Das ist eigentlich typisch - ich würde mich nicht wundern, wenn für den Wahlaufruf wieder das genaue Gegenteil verabschiedet würde.

Sich eine Forderung nach sofortigem Ausstieg aus der Atomtechnologie ins Programm zu schreiben und eine solche Forderung als unverzichtbares Essential in Verhandlungen mit der SPD einzubringen, das sind zweierlei Dinge. Inwieweit hat die Frage Atomkraftwerke oder Nicht für die Grünen real noch eine Bedeutung?

Ich fände es sehr verhängnisvoll, wenn man jahrelang eine Forderung mit sich rumträgt, um dann - wenn man in eine Situation kommt, tatsächlich etwas fordern zu können - zu sagen, eigentlich haben wir das gar nicht so gemeint, vielleicht später, aber jetzt nicht. Das wäre verlogen. Ich selbst bin mir nicht sicher, ob und in welcher Form die sofortige Stop-Forderung durchkäme, wenn bei den Grünen offen darüber diskutiert werden würde; ich finde es traurig, das feststellen zu müssen. Für mich ist das eine klare Sache, aber in letzter Zeit setzen sich die Leute bei den Grünen mehr und mehr durch, die ein sehr taktisches Verhältnis zu Grünen Positionen haben. Leute, die aus Anti-AKW-Gruppen oder anderen Basisinitiativen zu den Grünen gestoßen sind und sehr stark ökologische Aspekte eingebracht haben, die haben im Gegensatz dazu ein viel originäreres Verhältnis zu solchen Forderungen.

Das Spektrum der Grünen zeigt sich bei dieser Frage ja in seiner ganzen Bandbreite und umfaßt als Extremposition ja sogar die Meinung des baden-würtembergischen Landtagsabgeordneten Bran, der öffentlich wiederholt vertreten hat, AKW's unter der Erde seien doch eine gute Sache ...

Das ist natürlich Schwachsinn! Aber der ist nicht relevant, der repräsentiert keine Strömung. Die Verhältnisse sehe ich so, daß sich zur Zeit eine unheilvolle Allianz formiert zwischen Teilen der GAL, die einen Vorschlag eingebracht haben, der nicht den sofortigen Stop des Atomprogramms beinhaltet. Die verbinden sich in diesem Punkt mit den im negativen Sinn reformistischen Kräften bei den Grünen, die z.T. aus Baden-Würtemberg kommen und gehen mit denen eine Allianz ein, die ich mir früher bei der Unterschiedlichkeit dieser Gruppierungen nicht habe vorstellen können.
Dann gibt's eine Menge ängstliche Leute und eine große Anzahl uninformierte, die einfach nicht wissen, daß die sofortige Stillegung aller Atomanlagen ohne technische und energiepolitische Probleme und ohne Auswirkungen auf die Stromversorgung machbar ist.

Versuch doch mal eine Einschätzung, wie von einer Grünen Verhandlungsdelegation oder Bundestagsfraktion vielleicht in ein paar Wochen mit der SPD über diese Fragen verhandelt werden wird. Denkbar sind ja die verschiedensten Verhandlungspositionen, angefangen von der sofortigen Stillegung bis hin zu beispielsweise der Forderung, das Atomprogramm erst mal laufen zu lassen und nur keine neuen Technologien wie Wiederaufarbeitung oder Schnelle Brüter einzuführen.

Soweit wird's nicht kommen, hoffe ich. Die Extrempositionen innerhalb der Grünen sind zum einen der sofortige Ausstieg ohne Wenn und Zeitverzögerung und zuzm anderen die Parole 'Keine neuen AKW's', die noch Gedanken darüber beinhaltet, wie man irgendwann in den nächsten 20 Jahren mal den gänzlichen Ausstieg in die Wege leiten könnte. Ich kann nur hoffen, daß die erste Forderung durchgesetzt wird. Davon hängt auch meine Identität ab.

Wie sollte deiner Meinung nach die Anti-AKW-Bewegung, die gegenüber 'früher' an Stärke verloren hat, im Sinne einer Forderung nach sofortigem Ausstieg auf die Grünen Einfluß nehmen? Welche Möglichkeiten siehst du da - zunächst einmal unabhängig von den Perspektiven einer konkreten Zusammenarbeit auch 'vor Ort'?

Ich meine, daß die noch existierenden Anti-AKW-BI's unbedingt Einfluß nehmen sollten, und zwar so massiv, wie es irgend geht. Zuallererst sollten sie mal mit den Überlegungen Schluß machen, ob sie nicht selbst gleich Grüner werden, wenn sie nur mit ihnen reden - zum Teil ist das ja wohl so. Die Bürgerinitiativen müßten doch ein Interesse daran haben, ihre seit Jahren entwickelten Forderungen überall da einzubringen und durchzusetzen, wo das möglich ist. Und im Moment besteht so eine Möglichkeit bei den Grünen, weil da zumindest die Sofort-Stop-Forderung auf der Kippe steht. Denkbar wäre, daß die BI's diese Forderung jetzt mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln in die Öffentlich-

keit tragen und diese Forderung auch noch einmal begründen, allgemeinverständlich und nachvollziehbar begründen - die technische Machbarkeit, die energiepolitische Machbarkeit, die Stromüberkapazitäten usw. Diese Argumentationen fehlen z. Zt. in der Offentlickeit und das erklärt auch zum Teil den mangelhaften Informationsstand bei vielen Grünen.

Das stimmt schon. Sachen, die einem klar sind, werden irgendwann einfach nicht mehr nach außen getragen, mit der Frage der Gefährlichkeit ist's ja ähnlich.
Du meinst jedenfalls, daß ein massives Herantragen dieser Forderung an die Grünen von außen was bewegen würde?

Ich glaube, daß die Identität der Grünen großenteils noch sehr stark von ihrer eigenen Vergangenheit geprägt ist und von den ernstgemeinten Ansprüchen einer Zusammenarbeit mit Basis- und Bürgerinitiativen. Deshalb hätte eine diesbezügliche Offensive der Anti-AKW-Bewegung neben einer politischen auch eine moralische Komponente, die in jedem Fall wirkt.

Die konkrete Zusammenarbeit zwischen Grünen und BI's gestaltet sich oft schwierig; denn da geht's um die Verständigung über bestimmte Aktionen, da prallen die unterschiedlichen Vorstellungen vom Widerstand aufeinander, da muß auch die Gewaltfrage oft praktisch und nicht am grünen Tisch geklärt werden.

Das ist doch unterschiedlich von Stadt zu Stadt und von Land zu Land.

Ja, von Aktion zu Aktion auch, aber es gibt eben häufig Kontroversen und Auseinanderstzungen ...

Wir haben in Frankfurt damit wenig Probleme.

Wir schon. Bei der Demonstration gegen Schacht Konrad z.B. hat es schon im Vorfeld Spannungen gegeben, bei der Aktion selbst eine offene Spaltung und im Nachhinein Distanzierungen.

Das ist nicht gut. Ich kenne die Verhältnisse dort nicht und kann nicht beurteilen, wer Fehler gemacht hat.

Um Fehler machen geht es nicht so sehr. Es geht zum einen darum, daß viele Grüne, die sich ja die Gewaltfreiheit auf ihre Fahnen geschrieben haben, dieses Motto auch zum Erbrechen oft und bei jeder Gelegenheit betonen und hervorheben und daß viele Grüne, namentlich in Niedersachse, Gewaltfreiheit zudem sehr oft mit Legalismus verwechseln - oder gleichsetzen.
Und zweitens geht es darum, daß bei vielen Grünen Berührungsängste mit den 'Chaoten' da sind, Ängste, mit dem Staatsapparat, mit den Medien oder auch dem potentiellen Wähler in Konflikt und Widerspruch zu geraten. Diese Ängste nehmen zu, je mehr sich die Grüne Partei und der einzelne Funktionär etabliert.

Die Grünen müssen kapieren, daß sie bei einer konsequenten Politik in absehbarer zeit selbst eine gesellschaftliche Randgruppe sein werden, die mit Repressionen zu rechnen hat, und daß viele von uns, wenn wir die gesellschaftliche Entwicklung nicht aufhalten können, in zehn Jahren im Knast sitzen. Das sehe ich so. Aber das machen sich viele nicht klar, die denken, wir sind im Parlament, haben ein Stück von der Macht - was kann uns schon passieren.

Ich glaube, daß die Angst, gerade aus einer relativ exponierten Position an den Rand gedrängt zu werden, oft dazu führt, sich aus aktuellen Konflikten rauszuhalten - zunächst auch unabhängig von den grundsätzlichen Vorstellungen, die man vom Widerstand hat.

Sehr menschlich, nicht?

Hm. Aber auch logisch, oder?

Hm.

In diesem Zusammenhang: Es gab in der letzhten Zeit viele Äußerungen von Grünen-Funktionären zum Gewaltmonopol des Staates, auch in die Richtung, dieses anzuerkennen.

Natürlich lehne ich das Gewaltmonopol des Staates ab. Einige Leute sind vorgeprescht und haben von den eigenen Landesverbänden gottseidank was auf die Nase gekriegt. Solche Äußerungen sind allein schon aus dem Grünen Selbstverständnis heraus blödsinnig; wenn man einerseits Gewalt als Form gesellschaftlichen Umgehens miteinander ablehnt, kann man nicht gerade im Herrschaftsbereich ein Gewaltmonopol akzeptieren. Gesellschaftsformen, die wirt uns utopisch vorstellen, müssen natürlich ohne Gewalt auskommen.

Hinter solchen Äußerungen steht auch immer die Angst, daß andere auf die Idee kommen könnten, die Grünen seien Revolutionäre oder wollten den Staat infrage stellen. Das ist eine permanente Verteidigungshaltung, die zudem noch lähmt und unfähig macht, sich kreativ mit anderen Gesellschaftmodellen zu beschäftigen.

Ich möchte noch die bundesweite Energiebroschüre ansprechen, die endlich fertig geworden ist und nun verteilt werden soll Ich denke, daß sich die Grünen bei der Finanzierung, bei der Verteilung und bei der Propagierung beteiligen sollten.

Bei der Verteilung bestimmt, ich hab' da auch schon Ideen. Man sollte auch allgemeine Spendenaufrufe über Grüne Medien machen. Aber ich will dazu anmerken, daß sich für viele Nicht-Grüne der Kontakt zu uns aufs Anpumpen reduziert hat. Plötzlich ist man uaf einer ganz anderen Seite - als Geldgeber, und man wird auch so behandelt.

Jutta, zum Schluß: Du kommst selbst aus der Anti-AKW-Bewegung. Wie siehts du deren Situation, welche Überlebenschancen räumst du ihr ein - im Schatten sowohl der Grünen als auch der Friedensbewegung?

Gut und richtig finde ich, wenn man - so wie ihr - versucht, eine Position zu finden zwischen einer zu starken Fixierung auf die Grünen, wodurch eure Eigenständigkeit flöten ginge, andererseits aber auch schräge Ansätze von bestimmten autonomen Gruppen, die von Vermittlung überhaupt nichts mehr halten, kritisiert.
Wenn es gelingt, eine Politik zu machen, bei der man einerseits die eigene Radikalität nicht aufgibt, aber andererseits versucht, stärker zu vermitteln, was man eigentlich will, dann gebe ich der Anti-AKW-Bewegung eine ziemlich große Chance.

Foto: Atom Express

Kriminalisierung einer Bewegung

Die Massenverfolgung von Startbahngegnern hat mittlerweile zu 1000 Strafverfahren und Schadensersatzforderungen gegen 2000 Beschuldigte geführt.
Das Prozeßgeschehen im einzelnen aufzuführen ist für uns nicht möglich. Die Bunte Hilfe hat dazu eine Dokumentation herausgegeben, in der ein recht guter Überblick über die Prozesse gegeben wird. Auch wenn diese Broschüre jetzt nicht mehr topaktuell ist, so ist es doch prädestinierend, zu welchen Mitteln gegriffen wird, um einen Überblick über die Prozesse zu bekommen: es wird schon mit ganzseitigen Tabellen gearbeitet; die Angeklagten haben keine Namen mehr, Nummern zum Glück auch noch nicht.
Am meisten Aufsehen erregte der Prozeß gegen Alexander Schubart. Er wurde wegen angeblichen öffentlichen Aufrufens zu Gewalthandlungen zu 2 Jahren Knast auf Bewährung verurteilt.
Neben diesem Prozeß, über den in den Medien ausführlich berichtet wurde, wollen wir hier kurz auf den Charakter der anderen Prozesse eingehen.
In Wiesbaden wurden 3 Menschen zu je 6 Monaten Knast ohne Bewährung verurteilt. Ihnen wird Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vorgeworfen. Die Leute wurden bei der Anreise nach Frankfurt angehalten, durchsucht und dann festgenommen, weil sie angeblich gefährliche Gegenstände mit sich führten. Diese Gegenstände sollten an der Startbahn eingesetzt werden, behauptet der Richter.
Eine Einschüchterung auf anderer Ebene wird durch die Schadensersatzforderungen vorangetrieben. Sie stellt eine neue Strategie der politischen Verfolgung dar, die zur Zeit auch an anderen Orten immer weiter ausgebaut wird. So sieht das SOG vor, daß jeder Demonstrant für jede aus einer Demo heraus getragene Aktion strafbar gemacht werden kann, da jeder Demonstrant »psychische Beihilfe« zu kriminellen Handlungen leistet. Bei den Schadensersatzforderungen wird von einer Gesamtschuld ausgegangen.
Eine völlig andere Sicht der Rechtslage entwickelt die Justiz bei Anzeigen gegen Polizeibeamte. In über 40 Fällen erstatteten Zusammengeschlagene und von der Polizei Mißhandelte Anzeigen gegen Polizeibeamte.
Nur gegen einen einzigen Polizisten wurde allerdings tatsächlich ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, und das auch wohl nur deshalb, weil er ausgerechnet einen Journalisten verprügelt hatte und so ins Schußfeld der Medien geraten war. Daß die anderen Verfahren nicht eingeleitet werden, wird mit mangelnder Glaubwürdigkeit und Uneinsichtigkeit der Startbahngegner begründet, oder der beschuldigte Beamte ist nicht auffindbar.

Startbahn West

Angesichts der Tatsache, daß eine Protestbewegung derart kriminalisiert wird, ist es schon erstaunlich, daß z.B. am 2. November (Jahrestag der Hüttendorfräumung) wieder 8000 Menschen in den Wald kamen, und ihre Angst mit Taten verdrängten.
Daneben hat sich eine Form des Widerstands fest in den Lebensrythmus einer ganzen Reihe von Leuten eingenistet: Das allsonntägliche Strebenknacken - und das, obwohl die Betonierungsarbeiten programmgemäß vorangetrieben werden.
Im Folgenden geben wir den Beitrag einer Gruppe wieder, die sich trotz Kriminalisierung und Betonierung jeden Sonntag in den Wald begibt.

Der Fackelzug vom 2.11. steckt ihnen noch immer in den Knochen, unsere Entschlossenheit scheint ihnen einen gehörigen Schrecken eingejagt zu haben. Denn nicht ohne Grund hält die Polizei seit nunmehr etlichen Sonntagen ihr aufwendiges, sicherlich teures Präventivkonzept durch: an den Brücken erste Durchsuchungen, vor der Mauer Kontrollen (am 7.11. 40 Festnahmen wegen Gasbrillen oder Halstüchern, oder einfach per Gesichtskontrollen) ganze Bullenherden im Wald verstreut, die zudem noch recht schnell rot sehen und ziemlich aggressiv reagieren. Gerade die Sonntagnachmittagsbewegung hat bezüglich Polizeiaktionen einiges miterlebt.
Anfangs standen sie noch in ihrem Käfig und »männliche Tiere spritzten öfter mal ins Publikum«. Mit zunehmender Entschlossenheit der Spaziergänger schossen sie Gasgranaten, vor allem machten sie Ausfälle, versuchten uns aus dem Wald zu jagen.
Nachdem sich trotzdem der Sabotageschaden, erst recht mit der Entdeckung der Westseite, manchmal erheblich steigerte, auch Auseinandersetzungen über die Mauer nicht mehr aus dem Weg gegangen wurde, Einsatzfahrzeuge Beulen davontrugen, haben sie uns dann gleich im Wald empfangen, damit so nichts mehr passieren kann. Sobald die Weißhelme aber wiedermal zu lange hinter ihrer Schandmauer blieben, kam es zu erneuten Aktivitäten.
So konnte der sonntägliche praktische Widerstand bis heute nicht gebrochen werden. Weder haben Knüppeleinsätze, noch die häufigen Festnahmen, keine BGS-Panzer, keine Zivis und keine Turnschuhbrigade uns davon abgehalten, jeden Sonntag auf's neue das Zerstörungswerk anzuschauen und dagegen zu protestieren.
Wir haben inzwischen viel gelernt, umzugehen mit diesen Polizeitaktiken, umzugehen auch mit unserer Angst und vor allem, zusammenzuhalten. An diesem Zusammenhalt und unserer Ausdauer sind alle Einschüchterungs- und vor allem Spaltungsversuche, vorzugsweise in »friedliebende Bürger und militante Chaoten«, fehlgeschlagen. Die Sonntagnachmittagbewegung ist zusammengewachsen in einen zähen und entschlossenen Protest, hat sich entwickelt zu einer neuen, für die Startbahnbetreiber unberechenbaren, Widerstandsform.
Seit dem Frühjahr treffen sich jeden Sonntag zwischen 300 und 2000, zu besonderen Anlässen auch mehr, Menschen im Wald an der Baustelle. Die Anti-Startbahnbewegung ist zwar zahlenmäßig kleiner geworden, dafür aber umso unbeirrbarer und ausdauernder. In den verschiedenen Aktionsformen spiegelt sich die immer noch vorhandene Breite dieses Widerstandes wieder: Kaffee und Kuchen, Musik, Informationen und Diskussion, Kundgebungen, Startbahndocumenta (als die Mauer bunter wurde), Mönchsbruchdrache und noch vieles andere mehr; Börnerdachlatten und jetzt Hessenaufkleber, bis zum Strebenknacken und den Auseinandersetzungen mit der Polizei.
Alle können sich beteiligen, »jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seinen Bedürfnissen«, jedes verabsolutieren einer Widerstandsform würde eine Schwächung

bedeuten. Alle wissen, daß z.B. ohne den herausragenden Einsatz der tollen Frauen der Küchenbrigade die Spaziergänge schon ihr Ende gefunden hätten, aber gerade auch die kleinen Erfolgserlebnisse beim Strebenknacken vermitteln Mut.

Dabei stellt sich die Frage, nach der Illegalität solcher Aktionsformen (Sabotage) nicht mehr. Die skrupellose, unrechtmäßige Durchsetzung dieses Vernichtungswerkes. zu dessen Verhinderung alles Mögliche und Erdenkliche versucht, jedoch abgeblockt und notfalls mit Polizeiknüppeln zerschlagen wurde, an dem alle sogenannten Mittel des Widerstandes ausgeschöpft sind und wo mit einer Politik der vollendeten Tatsachen geklotzt wird, hat die Notwendigkeit auch solcher Aktionen (Sabotage) deutlich gemacht, die Bereitschaft dazu verbreitert, die Sympathie ist allgemein. Sabotage tut not!

Selbst die Auseinandersetzungen mit der Polizei werden inzwischen von den meisten getragen. Die lähmende Spaltung in sogenannte 'gewaltfreie' und 'militante' besteht kaum noch, die leidige Gewaltfrage stellt keine unüberbrückbaren Probleme mehr da. Im gegenseitigen Akzepfieren und sogar Unterstützen verschiedener Aktionsformen, in der »unentwirrbaren Mischung aus Bürgern und Chaoten« (wobei nicht selten harmlose Spaziergänger in 'eine kleine Gruppe vermummter Gewalttäter' - Polizeibericht des nächsten Tages - verwandelt), gerade in diesem Zusammenhalt liegt die Unberechenbarkeit und damit die Schärfe dieses sonntäglichen Widerstandes.

Gegen einen militärisch haushoch überlegenen Apparat, dem alle Mittel zur Verfügung stehen, der also in offenen Konfrontationen höchstens überraschend (2.12.) mal ins Wanken geraten kann, jedoch niemals (aller Vorraussicht nach!?!) militärisch zu bezwingen ist, bleibt uns nur unsere Phantasie, Beweglichkeit und unser Zusammenhalt.

Ein Dutzend Anti-Startbahnbewegungen und Hessen läuft Gefahr, unregierbar zu werden.

Daher bleibt kein Mittel unversucht, diese (zukunftsträchtige?!), für die BRD sicher einmalige, Widerstandsform den Garaus zu machen. Die neueste Taktik: durch offensives Auftreten und massive Einschüchterung mit Anbruch der Winterkälte, diese Bewegung in die Resignation zu treiben. Es soll ihnen nicht gelingen! Selbst wenn einige BI-Führer einen kalten Hintern kriegen, die Sonntage aus mancherlei Grund aufgeben wollen, wird uns das nicht hindern.

Sollte die Polizei die nächsten Wochen ihre momentane Taktik durchhalten, werden wir uns neue, phantasievolle Aktionen überlegen, abwarten und teetrinken (bei der Küchenbrigade natürlich) und irgendwann brechen auch wieder die nächsten Streben. Daß zur Zeit »Nachtschichten« mit überdurchschnittlichen Akkordleistungen gefahren werden (einige hundert Streben in den letzten 2 Monaten) ist höchst erfreulich, allerdings wollen wir uns den gemeinsamen Sonntagnachmittagsspaß auch nicht nehmen lassen, oder ? Kommt Zeit, kommt Rat, kommt Attentat!

Sicherlich sind die Sonntage zu friedefreudeeierkuchend dargestellt worden. Jeden Sonntag werden Leute festgenommen, bekommen damit auch Verfahren an den Hals. Auch gab es ja Tiefzeiten mit 300 immer denselben Leuten, und schließlich sind die Betonierungsarbeiten schon fast fertig.

Trotzdem: Prinzip Hoffnung!

Wegen Verhaftungen, Herausgreifen Einzelner, sollten Vorkehrungen getroffen werden: entschlossene Kleingruppen, rechtzeitiger, nicht überhasteter Rückzug, wenn möglich in der Großgruppe, auch mit Vermummung und Kleiderwechsel läßt sich einiges vermeiden.

Daß keine neuen Tiefzeiten mehr eintreten, liegt an uns allen, an unserer Phantasie und krimineller Energie.

An der Betonierung können wir zwar wenig machen, Sabotage vor Ort wird sich auf die Sicherheitseinrichtungen (Mauer, Natodraht, Lichtmasten) beschränken, Sonntags sowieso. Doch bringt das alleine eine Menge Kosten, macht einen immensen Polizeiaufwand nötigt und vielleicht sind wir am Ablassen von Frankenberg (WAA)nicht ganz unschuldig. Und schließlich können wir alle weiter dazu und vor allem von einander lernen, zukünftige Auseinandersetzungen werden mit Sicherheit nicht einfacher. Keine Atempause ...

Panzerknacker e.V.

Trassenverlegung

Neben diesen Wochenendsportveranstaltungen, die losgelöst von irgendwelchen aktuellen politischen Entscheidungen stattfinden, gibt es aber auch Termine, zu denen gezielt von den BIs mobilisiert wird. Das ist zum Beispiel die Verlegung der RWE-Stromtrasse, die von den BIs als herausragendes Ereignis der nächsten Zeit betrachtet wird.

Um zu gewährleisten, daß die später einmal von der Startbahn-West abhebenden Flugzeuge sich nicht sofort in den Netzen der Elektrizitätswirtschaft verfangen, muß die Stromtrasse, die bisher das Gebiet der Startbahn kreuzt, verlegt werden.Dazu müssen dann wieder riesige Waldbestände fallen. In der Diskussion der Startbahnbetreiber stand dabei, ob die im Planfeststellungsverfahren von 1971 festgelegte Umlegungstrasse gewählt wird, oder eine erheblich kürzere und damit billigere Trasse benutzt wird, für die es allerdings ein neues Planfeststellungsverfahrten hätte geben müssen.

Dazu sollte der Mörfelden-Walldorfer Rat die Entscheidung fällen. Nachdem die Startbahngegner die öffentliche Versammlung zweimal sprengen konnten, fand sie am Ende doch (unter massivem Polizeischutz) statt. Die Entscheidung fiel zugunsten der »kleinen Lösung«.

Die BI hat jetzt überregional dazu aufgerufen, am Samstag nach Beginn der Rodungsarbeiten, wieder an der Startbahn zu erscheinen und unseren Protest auszudrücken. Die BI will allerdings nicht den Fehler machen, sich nur auf diesen Tag zu konzentrieren - die Arbeiten für die Trassenverlegung werden mehrere Wochen dauern, in denen es genügend Spielraum für überraschende und vielfältige Aktionen gibt. Die Startbahn selber soll dabei aber nicht im Hintergrund stehen.

Kommt alle in den Wald !

14.00 Uhr SKG-Heim Walldorf
Am Samstag nach Baubeginn

Gorleben-Prozesse

Nach der Brokdorf-Prozeßwelle und den Prozessen rund um die Startbahn, die allesamt noch nicht abgeschlossen sind, haben wir jetzt die juristische Nachbereitung des »Tanz auf dem Vulkan«-Wochenends in Gorleben und Uelzen am 4. und 5. September 82 erlebt. Drei Prozesse waren vor dem Landgericht in Lüneburg angesetzt, zwei weitere vor den Jugendgerichten in Göttingen bzw. Lüchow.
Um auf diese Prozeßwelle aufmerksam zu machen, fand am 12. Februar in Lüneburg eine Solidaritätsdemonstration statt. Zugleich sollte deutlich gemacht werden, daß es sich hier um politische Verfahren handelt, was sich schon in der offiziellen Begründung ausdrückt, warum drei Prozesse gleich vor dem Landgericht verhandelt werden sollen: Die Anklagen sind von übergeordnetem öffentlichen Interesse (die Anweisung hierfür kam direkt von der Landesregierung). Für die Angeklagten bedeutet dies, daß es keine Berufungsinstanz mehr gibt und daß das zu erwartende Strafmaß höher ist.
Damit ist eigentlich schon eine Vorverurteilung gewährleistet. Und wie immere in solchen Fällen, sollen mit den gefällten Urteilen dann die brutalen Polizeiübergriffe legitimiert werden.
Gegen alle Erwartung kam es bisher aber zum Teil zu unerwarteten (uns erleichternden) Urteilssprüchen. Christoph wurde freigesprochen, Carsten erhielt »nur« eine Geldstrafe, lediglich Carmen und Michael erhielten Haftstrafen.
Der Prozeßtermin gegen Richard (dieselben Vorwürfe und Gerichtsinstanz wie Christoph), der ursprünglich für den 16.2. angesetzt war, wurde ohne Begründung und ohne neuen Termin erstmal verschoben.
Ob die »milden« Urteile in den bisherigen Verfahren eine andere Richtung im Prozeß gegen Richard bedingen, kann man noch nicht sagen. Es ist aber nicht auszuschließen, daß man immer noch ein Urteil sucht, mit dem man die Polizeieinsätze rechtfertigen kann.

Prozeßinfos kriegt ihr bei:
B. Matyssek, Hindenburgstr. 101,
2120 Lüneburg, 04131-37707
bezahlen könnt ihr sie unter:
Postscheckamt Hamburg, G. Garbers,
Sonderkonto: G. 3.54125 - 209

Demonstration 12.2. Lüneburg

In ganz Norddeutschland und Berlin wurde vor Beginn des Prozesses gegen Christoph nach Lüneburg mobilisiert.
Doch schon wie bei den Solidaritätsdemos zu den Brokdorfprozessen fühlt sich wohl immer noch nur ein kleiner Teil der AKW-Gegner angesprochen, wenn es darum geht, der Atommafia und ihren Justizschergen zu zeigen, daß die Angeklagten nicht alleine dastehen.
Immerhin, trotz winterlichen Wetters und der schlechten Erfahrungen bei anderen Demos dieser Art, kamen noch 800 Leute nach Lüneburg.Doch was sie dort erlebten, grenzte schon an Wahnsinn.
Das Verhältnis behelmter und beschilderter Polizei zu Demonstranten war, wenn man noch optimistisch sieht, 1 : 1. Dabei sind noch nicht die unzähligen Zivis mitgezählt (zwei Wochen vorher in Schnega waren diese noch alle in Uniform angetreten). Angesichts dieser Machtverhältnisse erübrigten sich von vornherein Überlegungen zu konkreten Aktionen.
Ist man es an Bauplätzen gewohnt, sich den Polizeikräften gegenüberzusehen, so war auch dies in Lüneburg anders. Während des ganzen Umzugs befand sich die Demonstration in Begleitung der Polizei - rechts eine mitmarschierende Ordnungskette, links das gleiche - man nennt es auch Spalierlaufen.
Die Demo selber ging durch die Innenstadt, an den historischen Gebäuden Lüneburgs entlang, am Gericht (wo es zu einer kurzen Zwischenkundgebung kam) vorbei zur Abschlußkundgebung. Erst dort lockerte sich das Bild und es kam noch zu einer kleinen Schneeballschlacht.
Während der Demo, und auch das ist was Neues, kam es zu keinerlei Übergriffen. Ob die Leute mit Helmen oder Tüchern geschützt waren, oder auch nicht, dies alles schien den Polizeiapparat nicht zu interessieren. Zum Schluß entspannen sich während des Marschierens noch Dialoge zwischen Polizei und Demonstrant - alles in geordneten Bahnen.
Also eigentlich ne tolle Demo: viele Transparente, ne Menge Sprüche und das Wiedersehen vieler Bekannter. Es wurde für jeden ersichtlich auf die Prozesse hingewiesen, und im Vorfeld konnte selbst die BI Lüchow-Dannenberg, die sich noch während der Demo am 4.9. distanziert hatte, als Mitstreiter gewonnen werden.
Auch wurde der Lüneburger Bevölkerung eindrucksvoll der Polizeistaat vorgeführt: ganze Straßenzüge waren abgesperrt, Hundestaffeln in der Stadt, nur behelmte und beschilderte Beamte. Also »resümierend«, wenn man den Freispruch für Christoph miteinbezieht, ein Erfolg.
Doch ein reichlich schaler Nachgeschmack ist geblieben: ungestört wurden hunderte von Portraitaufnahmen gemacht, die Stadt mit Video-Anlagen überwacht, und anstatt unsere Wut gegenüber diesem Staat zu zeigen, fangen wir noch an, mit dem Gegner zu quasseln. Am Schluß der Demo war alle Kraft raus, die Sprüche waren selten geworden und man beschäftigte sich nur noch mit der »Schutzmacht«.

Im Einzelnen

Carsten

Als erster von den drei Prozessen vor dem Landgericht, fand am 31.Januar der Prozeß gegen Carsten statt. Zwar wurde ihm kein Vergehen im Verlauf der Septemberauseinandersetzungen angelastet, doch ganz losgelöst davon kann man sein Verfahren auch nicht sehen.
Exakt ein Jahr zuvor waren etliche Wenden zur Zwischenlagerbaustelle gezogen. Dort machten sie den Nato-Draht nieder und gaben das Gelände zur Besichtigung frei. Da es Nacht war, gab es ein günstiges Kräfteverhältnis gegenüber dem BGS, dem man anbot, sich zu verdrücken. Nachdem dieser jedoch Verstärkung bekam, änderte sich dieses Verhältnis, und die Wenden zogen vondannen, ohne daß es zu Personenschaden gekommen war. Die Wenden hielten die Aktion auch nach dem Rückzug für gelungen.
Der BGS war da anderer Meinung. In seinem vorzüglich bestücktem Fotoarchiv fand man dann auch , was man suchte, einen Täter. Tags darauf erschien die Ordnungstruppe bei einer einschlägig bekannten WG im Landkreis, machte eine Hausdurchsuchung und nahm Carsten mit auf die Wache.
Neun uniformierte Zeugen waren schnell gefunden, auch wenn diese sich in eine Menge Widersprüche verstrickten. Das störte den Staatsanwalt aber nicht so sehr, er hatte ja noch ein Foto, auf dem der Beschuldigte identifiziert wurde. Wie allerdings der nachträglich eingezeichnete Pfeil dareingekommen war, der genau auf den Angeklagten zeigte, der anhand dieses Fotos aber erst identifiziert werden sollte, konnte aber auch niemand mit Gewißheit sagen.
Da war es dann auch wohl für den Staatsanwalt eine Erleichterung, als die Verteidigung einen Beweisantrag einbrachte, der belegte, daß Carsten am Abend vor der nächtlichen Aktion stark alkoholisiert gewesen ist.
Der Staatsanwalt zog alle seine Strafanträge zurück, verlor das öffentliche Interesse an weiterer Strafverfolgung, und gab sich mit einer Einstellung des Verfahrens, welches jetzt nur noch den Charakter einer Rauschtat hatte, gegen 500 DM Geldbuße zufrieden.

Christoph

Am 14. Februar begann vor dem Landgericht in Lüneburg der Prozeß gegen Christoph. 80 Leute, vorwiegend aus Berlin und Lüneburg, waren gekommen, um Christoph und dem Gericht zu zeigen, daß der Angeklagte nicht alleine dasitzt.
Christoph wurde vorgeworfen, während der Zwischenlager-Belagerung am 4.9. Steine geworfen zu haben.Insgesamt tauchten in der Anklageschrift auf: schwerer Landfriedensbruch,Körperverletzung und Widerstand.

An diesem ersten Tag wurden überraschend alle Polizeizeugen verhört. Doch anscheinend bewegten sich die Beamten auf einem neuen Gebiet - sie widersprachen sich andauernd, waren unsicher und konnten selbst Christoph nicht wiedererkennen, als dieser angewiesen wurde, sich zur Identifizierung im Zuschauerraum unter die Leute zu mischen. Nur ein Zeuge war sich total sicher.
Übereinstimmend sagten alle nur aus, daß Christoph einen schwarzen Helm mit gelbem Streifen trug, und er deshalb der Steinewerfer sein mußte.
Nachdem die Vernehmung der Belastungszeugen beendet war, legte die Verteidigung mehrere Fotos vor. Einige während der Auseinandersetzungen. eines nach der Festnahme. Darauf war zweifelsfrei zu erkennen, daß der Helm von Christoph während der Auseinandersetzungen insgesamt, also ohne gelben Streifen. schwarz war. Erst bei der Festnahme löste sich vom Helm ein schwarzes Klebeband. welches den tatsächlich vorhandenen gelben Klebestreifen vorher verdeckt hatte. Also konnte Christoph nicht der Werfer sein auf den sich alle Zeugen beriefen. Damit war der erste Verhandlungstag vorüber.
Am Mittwoch, 16. Februar. fand der 2. Verhandlungstag statt. Diesmal waren etwa 60 Leute da. Zeugen wurden an diesem Tag nicht mehr vernommen, es wurden nur noch die Plädoyers gehalten.
Der Staatsanwalt bezog sich dabei nur noch auf die Aussage des einen »sicheren« Zeugen, die anderen fünf ließ er schon von sich aus unter den Tisch fallen. Seine Forderung: 6 Monate auf Bewährung plus 800 DM. Von den ursprünglichen Anklagepunkten blieb nur noch der des einfachen Landfriedensbruchs übrig.
Die Verteidigung hob dann nochmal hervor, daß es sich hierbei um ein politisches Verfahren handeln würde, und zerpflückte dann die Zeugenaussagen der Polizisten um dann Freispruch zu fordern.
Nachmittags gab das Gericht dann das Urteil bekannt: Freispruch, alle Kosten zu Lasten der Staatskasse, Entschädigung für die U-Haft.
Es ist zwar wohltuend, einen Freispruch erhalten zu haben, aber man sollte doch einiges nicht dabei vergessen: wir haben unheimliches Glück gehabt, daß wir diese entlastenden Fotos hatten (obwohl die auch bei einem Richter Selbmann nichts genützt hätten). Wären diese Fotos nicht da gewesen, dann wäre Christoph verknackt worden - und zwar aufgrund von genau denselben Polizeiaussagen, die erst durch die Fotos als Lüge enttarnt wurden.

„Demonstration 12.2. Lüneburg"

Michael

Michael war ebenso wie Carmen am 5.9. in Uelzen festgenommen worden, und hatte die gleichen Tatvorwürfe. Die Verhandlung fand am 27.1.83 vor einem Jugendgericht statt. Nur wenige Leute wußten von diesem Termin, auch gab es vorher keine Diskussionen mit Michael über Prozeßstrategie oder ähnliches, auch klappte es mit dem Anwalt nicht so ganz. Michael scheint jedenfalls ziemlich eingeschüchtert in den Prozeß gegangen zu sein.
Bei seiner Festnahme war er schwer zusammengeprügelt worden. Noch unter der Schockwirkung hatte er in einer ersten Vernehmung zugegeben, Steine geworfen zu haben.
Diese Tatsache tauchte im Prozeß aber gar nicht mehr auf. Es spielte nur der Vorwurf des Steinewerfens eine Rolle.
Das Gericht verurteilte ihn daraufhin zu einer Haftstrafe von 8 Monaten, die zur Bewährung ausgesetzt wurde.

Carmen

Am 17.12.82 fand vor dem Jugendschöffengericht in Göttingen der Prozeß gegen Carmen statt.
Sie war während der Knast-Demo am 5.9. in Uelzen verhaftet worden. Ihr wurde vorgeworfen, daß sie nach Aufforderung durch die Polizei einen Stein nicht senkrecht nach unten, sondern schräg nach vorne trudeln ließ. Daraus konstruierte man ihr Widerstand und versuchte Körperverletzung.

Dasselbe Jugendgericht, vordem sie jetzt wieder stand, hatte sie schon einmal wegen eines Betrugsdeliktes zu einer mehrjährigen Haftstrafe (!!!) auf Bewährung verurteilt.
Während des Prozesses spielte dann die Bewährung auch die herausragende Rolle. Von den eigentlichen Vorwürfen der Demo wurde eigentlich nur am Rande geredet.
Da Carmen die Bewährungsauflagen nach Ansicht von Staatsanwalt Stange nicht erfülle, sei es besser für sie, wenn man sie aus dem Verkehr ziehen würde. Er forderte deshalb 15 Monate ohne Bewährung.
Dem mochte der Richter dann allerdings doch nicht ganz folgen und verurteilte Carmen daraufhin zu 4 Wochen Jugendarrest, wobei die 2 Wochen U-Haft nach der Demo in Anrechnung gestellt werden.
Der Staatsanwalt legte daraufhin Berufung ein. Am 10. Januar hatte Carmen dann nochmal einen Termin beim Richter, wobei ihr offengelegt wurde, daß die 2 Wochen U-Haft nun doch nicht angerechnet werden.
Am 16. Februar war dann der Berufungstermin. Dabei wurden alle Anträge des Staatsanwalts abgelehnt, aber auch das bisherige Urteil bestätigt. Schleierhaft ist nach wie vor, daß die U-Haft nicht angerechnet wird.

Fazit

Es ist schwierig irgendeine Tendenz in den Urteilen zu sehen. Dies können nur Spekulationen sein. Was aber eine Tatsache ist, bei Carsten und bei Christoph war der Gerichtssaal vollbesetzt, sie hatten also einen Rückhalt, und das Gericht mußte erkennen, daß die Angeklagten Unterstützung hatten. Hier gab es einen Freispruch erster Klasse und eine Einstellung.
Im Fall von Michael, der ganz allein dem Gericht gegenüber stand, der sich auch nicht um Unterstützung von Seiten der BIs gekümmert hatte und somit auch einer Diskussion darüber aus dem Weg gegangen war, erging die höchste Strafe.
Auch im Fall von Carmen, zu der es ebenfalls fast keine Öffentlichkeit gab, gab es eine Haftstrafe, auch wenn diese weit hinter den Erwartungen zurückblieb (letzteres mag daran liegen, daß als Beweisantrag der Verteidigung ein Augenzeugenbericht der Uelzener Ereignisse vorlag).
Dies sollte allen Leuten zeigen, daß die Chance, einen Prozeß glimpflich zu überstehen, weitaus größer ist. wenn man sich vorher mit den BIs abspricht. und sich gemeinsam Gedanken zum Prozeßgeschehen macht.
Dabei spielt natürlich die Einschüchterung durch das Urteil gegen Markus und Michael eine gewichtige Rolle. Mancher sagt sich, lieber gebe ich alles zu. mache es möglichst kurz. und erhalte dafür eine Knaststrafe, die auf Bewährung ausgesetzt wird.
Wir wollen aber überhaupt keine Verurteilungen !!!

Wir kämmpfen weiter für die Forderungen:

Einstellung aller Kriminalisierungsversuche!

Aufhebung der Brokdorf-Urteile !

Stillegung aller Atomanlagen !!

Brokdorf-Prozesse

Nachdem Michael am 8.12. aus dem Knast durfte, hat sich eigentlich recht wenig ereignet. Die Urteilsbegründung und die Protokolle sind nach wie vor noch nicht bei den Anwälten. Die Selbmann Kammer läßt sich da unheimlich viel Zeit.
In der Zwischenzeit hat StA Wieduwilt auch schon Beschwerde gegen Michaels Haftentlassung eingelegt, die jedoch abgelehnt wurde. Allerdings mußte Michael jetzt doch seinen Personalausweis und Pass abgeben. Warum dies noch passiert, ist eigentlich ziemlich unverständlich, wenn man sich die Ablehnungsbegründung ansieht: F luchtgefahr sei wohl nicht mehr gegeben, da Michael diese Möglichkeit in der Zwischenzeit ja noch nicht wahrgenommen hat.
Während es im Verfahren gegen Markus und Michael nicht viel Neues gibt, werden andere Verfahren (zumeist Folgeverfahren) en masse durchgezogen.

Inzwischen hat Nobert Brungs aus Köln auch seine Anklageschrift. Er war direkt am Bauzaun abgegriffen worden. 2 Bullenzeugen sagen gegen ihn aus, daß er Mollis in die Polizeiketten geschleudert hätte. Die Anklageschrift sieht schweren Landfriedensbruch, Körperverletzung und Widerstand als gegeben an. Das Verfahren wird ebenfalls vor dem Landgericht in Itzehoe stattfinden, obwohl sein Anwalt dagegen Beschwerde eingelegt hat. Ein Termin ist allerdings noch nicht bekannt.
Neben diesen Prozessen haben wir es aber immer mehr mit Folgeverfahren zu tun. So werden Leute bei Solidaritätsdemos herausgegriffen, oder sie werden im Gerichtssaal festgenommen, weil sie lautstark protestiert haben.

Am 16. Februar begann vor dem Izehoer Jugendschöffengericht der Prozeß gegen Bernd aus Süddeutschland. Ihm wird vorgeworfen, anläßlich einer Solidaritätsdemo in der Itzehoer Innenstadt Steine geworfen zu haben.
Peter soll als Verteiler eines Flugblattes den Einsatzleiter der Itzehoer Polizei als »Menschenjäger« beleidigt haben. Da aber der Strafantrag nicht richtig gestellt wurde, ist das Verfahren erstmal verschoben worden.
Ebenfalls noch keinen Termin gibt es fur die Berufungsverhandlung gegen Friedemann. Er war zu 9 Monaten auf Bewährung verurteilt worden.
Einen Freispruch gab es für Torsten, weil die Polizei sich derart in Lügengebilde verwob, daß jetzt sogar gegen einen Beamten ein Verfahren wegen Falschaussage läuft.
Dieter hatte eine Anklageschrift wegen schweren Landfriedensbruch und Öffentlicher Aufforderung zu Gewalt. Obwohl dies nur ein einziger Polizeizeuge gehört haben will, wird gegen Dieter der Prozeß laufen. Allerdings wurde der Termin schon mehrmals verschoben, ohne ein neues Datum zu nennen.
Die Mindeststrafe von 6 Monaten auf Bewährung erhielt ein junger Elmshorner. der bei einer Solidaritätsdemo den Landfrieden gebrochen und mit einem Knüppel geschwungen haben soll.
Diese Verfahren kosten natürlich alle eine Menge Geld, das von den Brokdorf-Prozeßkonten gezahlt wird. Deshalb werden auch dringend weitere Spenden benötigt.
Geld spielte dann auch bei den letzten Solidaritätstreffen die größte Rolle. Die Verfahren gegen AKW-Gegner weiten sich immer mehr aus.

Schacht Konrad

Wenn Prozesse, egal wo sie stattfinden und mit welchem Richterspruch sie enden, nicht generell eine Schweinerei sind, dann könnte man den anstehenden Prozessen in Salzgitter noch gute Seiten abverlangen. Dieser Versuchung sollten wir aber widerstehen, auch wenn die Sachen im großen und ganzen eine Wendung zum positiven genommen haben.
So sollten z.B. ursprünglich zwei Prozesse, die gegen Elmar und Peter, vor dem Landgericht in Braunschweig stattfinden. Nach einigem juristischen hin und her, hatte die Staatsanwaltschaft aber schließlich das Nachsehen.
Mit der Begründung (bei beiden fast identisch) »das zu erwartende Strafmaß ist nicht so hoch und zudem herrsche ein geringes öffentliches Interesse (beim Prozeß gegen Jadrahn waren 10 Zuschauer erschienen)« wurden die beiden Verfahren ans Amtsgericht zurückverwiesen. Daß dies noch keinen Freispruch bedeutet, sollte man aber nicht vergessen.
Glatt eingestellt ist das Verfahren gegen Heiko. Er hatte fast 2 Wochen in U-Haft gesessen und war von einem Polizeihund ins Gesicht gebissen worden. Die Regierungskasse übernimmt hier die Kosten des Verfahrens und zahlt auch noch Entschädigung wegen der U-Haft.
Neben dem Urteil gegen Jadrahn, der in einem Schnellgerichtsverfahren zu 6 Monaten auf Bewährung verurteilt wurde, gab es jetzt auch die nächsten Urteile.
Eine Frau, die während der Demo verhaftet wurde, aber nicht in U-Haft genommen wurde, wurde wegen Landfriedensbruch zu 30 Tagessätzen a 30 DM verknackt.
Ebenfalls Tagessätze erhielten die Leute, die ihre Kfz-Nummernschilder verklebt hatten: 2 mal 20 Tagessätze a 20 DM und einmal 25 Tagessätze a 30 DM.
Gegen 5 Leute, die festgenommen worden waren, aber am gleichen Abend wieder freigelassen wurden, ist das Verfahren eingestellt worden.
Ob diese Aufstellung vollständig ist, kann nicht einmal der EA sagen. Er geht davon aus, daß sich einige Leute überhaupt nicht melden. Diese Leute sollten sich doch an den EA wenden, eagal, ob die Verfahren eingestellt worden sind oder nicht.
Außerdem sollten die Leute mal ein bißchen was spenden. Es sind insgesamt erst etwas über 800 DM eingegangen. Das reicht natürlich hinten und vorne nicht.'
Spendenkonto:
R. Jortzick
Postscheckamt Hannover
64339 - 303
Stichwort: 30.10.

Zum Schluß noch die bisher bekannten Termine, die allesamt vor dem Amtsgericht Salzgitter in SZ-Lebenstedt (beim Rathaus) stattfinden. Ansonsten hört euch um, vielleicht kommen demnächst noch einige Termine dazu.

3.3. 9.00 Uhr: Peter aus Neumünster
8.3. 9.00 Uhr: Michael aus Berlin (Jugendgericht)
Anfang Mai: Elmar aus Göttingen

Im letzten AE hatten wir eine Erklärung zum Leinen-Prozeß gedruckt, in der wir unsere Solidarität bezeugten. Daraufhin erhielten wir einen Leserbrief zugesandt, den wir im folgenden abdrucken. Wir drucken den Brief aber nicht nur ab, weil wir es etwa als unsere Pflicht ansehen würden, sondern weil dort wirklich eine Menge drinsteht, worüber man nachdenken sollte, wenn man von Solidarität redet.

Raus aus der Pleite oder rin in gähnende Langeweile? Das ist die Frage!

An der ganzen Politik kann nur eines verständlich sein, das ist der Widerstand gegen sie, die Rebellion, der Aufstand.

Große Vorstandsvorsteher eines Vorstands neigen dazu, ihren Nabel zum Nabel der Welt zu machen, was in der Natur der Sache liegt, der sie vorstehen und damit sind sie, gleichgültig, was sie daherreden, nichts als gewöhnliche Agenten einer vielschichtigen überdimensionalen ideologischen Agentur, die sich von einem Propagandaministerium eines noch heute» vorbildlichen « Edelganoven Josef Goeb-bels eben durch diese Vielschichtigkeit unterscheidet, somit viel besser funktionieren muß, bei Strafe seines ideologischen Untergangs: Erhaltung und Fortpflanzung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung.

Wieso sollten wir uns jemals mit dem aufsteigenden Agenten JL solidarisieren? Und das, trotzdem schon im voraus klar sein mußte, daß dieser Prozeß nur mit einem Triumph des Rechtsstaates enden würde, was der amtierende Richter in der höflichen Sprache (in der Unterscheidung zur brutalen Sprache gegen AKW-Gegner und nicht Vorstandsvorsitzende) so ausdrückte : » Der BBU sei wohl maßlos überschätzt worden. « Von Anfang an stand auch fest, was nun auf uns zukommen wird und sehr heftig gegen uns zurückschlagen wird: Wer sich in diesem Rechtsstaat an die herkömmlichen Rechtsnormen hält, sich friedlich beschießen oder mit Krebserregern versorgen läßt - natürlich zu schweigen von der Tätigkeit vernünftiger Demonstranten, die ihre Vernunft der jeweiligen Polizeilogik anpassen und somit Zeugnis ablegen für diese höchst freiheitliche Bullen- und Bonzenrepublik.

Stünde nun ein Nazi vor Gericht, einer, der sich als entschiedener AKW-Gegner bezeichnet, käme dann irgendwer etwa auf den Gedanken, hierüber viele Worte zu machen, diese großen Worte wie Solidarität (trotz alledem) gedankenlos zu gebrauchen ? Eben nicht! Klar, dieser erwähnte Agent des bürgerlichen Rechtsstaates, der uns ins Mark treffen muß, weil wir ihn treffen müssen, um überleben zu können, der ist ein üblicher Sozialdemokrat und kämpft, wie es die Parteitradition nun seit 100 Jahren bezeugt, für den kapitalistischen Sozialismus und den sozialistischen Kapitalismus, auf daß sich nie was ändern kann. Sozialdemokraten lernen Programme, beherrschen ausgezeichnet ein Roßtäuschervokabular, um die arbeitende Bevölkerung zur Arbeit zu führen, damit sie Mehrwert produziert gegen einen Wurstzipfel. Schon alleine, weil sie keine Menschen kennen und nur stets an der gleichen Wurst » Das Kapital « herumschnippeln, können sie (egal, ob die das tönen oder nicht!) nicht gegen atomare Komplexe kämpfen, da sie sich sonst gegen diese bestehende Gesellschaftsordnung unmißverständlich aussprechen müßten. Und so schlagen sie gegen alles, was diese ordentliche Ordnung haßt, und sind so Wegbereiter (das ist so eine Art männliche Hebammentätigkeit) bürgerlicher oder parafaschistischer Diktaturen. Sitzen sie selber dann in den von ihnen geschaffenen und entwickelten Kazets, jammern sie. Das ist durchaus menschlich. Nur, was sie zu übersehen belieben, es werden andere Menschen (wir z.B.) vor ihnen konzentriert. Wenn Du zweifelst, dann beschäftige dich endlich mal mit der Geschichte der mehr als 100jährigen Scheiß-PD.

Sozialdemokraten können AKW-Gegner werden, wenn sie ihr Parteibuch öffentlich zerreißen. So lange das nicht der Fall ist, sind sie nur Agenten, die den Widerstand zerstören, genauso wie dies auch der Spitzel versucht oder will. Nur der arbeitet verdeckt. Einen anderen Unterschied kann es in der Tat nicht geben!
Schlimm wird es erst am Schluß des redaktionellen Beitrages , der von Blauäugigkeit und politischer Naivität strotzt und eigentlich nur schematische Sätze wiederkaut. Da heißt es doch wahrhaftig, der Agen- tenprozeß sei » ein weiterer Versuch unseren Widerstand als kriminell darzustellen «. Quatsch mit Himbeersauce. Im Gegenteil, dieser Prozeß konnte überhaupt nicht anders ausgehen, denn der blödeste Richter weiß, wie nützlich für den bürgerlichen Staat dieser Pfahlbürgerbund BBU ist und endgültig weiß nun auch jeder Richter, daß (nicht-nützliche) Chaoten, Rechtsbrecher oder » sozial kranke Typen « (O-Ton BBU) aus dem Verkehr zu ziehen sind. Im Klartext heißt das: Nach den Prozessen gegen den AKL (ja, den einbezogen) und den Aufsteiger im Rechtsstaat der Bullen und Bonzen müssen und können sehr einfach Höchststrafen gegen AKW-Gegner ausgesprochen werden.

Wer, wie der AtomExpress, die Einstellung des Verfahrens gegen einen Agenten fordert, beweist, daß für ihn Solidarität eine Leerformel ist, eine schematisch handhabbare und auswechselbare Belanglosigkeit. Den Prozeß beobachten und sorgfältig analysieren, das wäre und wird notwendig sein und daraus den Schluß ziehen: austreten aus dem Pfahlbürgerbund.
Ja, wehrt euch und schließt euch fest zusammen! Zerschneidet die Nabelschnur zu diesen falschen Propheten einer anderen (bürgerlichen) Welt oder ihr werdet abgetrennt werden, zertrampelt oder werdet den aufrechten Gang verlernen und reprivatisiert werden, wofür es nicht erst seit 1968 ausreichend Beispiele gibt.
Kurz und schlecht: der BBU ist überflüssig und Überflüssiges gibt es bereits en gros und en detail auf jeder Müllkippe.

Und wenn der Zimmermann des Innern ihn nicht erhält, kann er dort seine umweltschützenden Qualitäten beweisen. Nichts könnte dagegen sprechen.
Noch mehr Artikel solcher Art und ihr werdet vielleicht weiter existieren, doch tragt ihr dann dazu bei, aus einer noch aktionsfähigen AKW-Gegnerschaft ein hilfloses Häuflein nicht mehr bürgerlicher Menschen zu machen, die die Geschichte nicht verstehen, jegliche Vermittlung für sinnlos erachten müssen, womit die Saat der trauten Gemeinschaft ewiger deutscher Biedermänner und dem Kapital aufginge. Vom Nazi-Mord in den atomaren Terror Marke Rechtsstaat ! Schließlich kam auch Hitler legal an die Macht und die Legalisten der Scheiß-PD brüllten nachher pflichtgemäß.
Nochmals: Einmal werdet ihr nicht mehr denken können, euch an den Verbandsmief gewöhnt haben und dann das Denken den großen Vorstandsvorständen überlassen, im gleichen Trott, in der Routine erstarrt und nur noch hoffen können auf ein Wunder, das nun ein Vogel, der gerne Kohl knabbert, vollbringen soll. Eine Scheiße folgt nur der anderen, es sei denn, ihr entschließt euch, auszutreten.
In diesem Sinne, in Zorn geschrieben und im Vertrauen auf noch nicht vernebelte Hirnzellen

Eberhard

Leistungsbescheide für 1004-Besetzer

Am 14.12. war es dann soweit: Die Leistungsbescheide wurden verschickt, gezahlt werden sollte innerhalb eines Monats. Einer Anlage zu diesen Schrieben ist zu entnehmen, daß die Polizei insgesamt 2.762.728.25 DM für die Räumung verbraten hat, was, umgelegt auf die von der Bezirksregierung geschätzten anwesenden 2550 AKW-Gegner, für jeden der 41 namhaft gemachten den krummen Betrag von 1.093.42 DM ergibt. Theoretisch, so die Bezirksregierung, sei es überdies möglich gewesen, den Anteil der 2409 unbekannt gebliebenen auf die 'Hauptstörer' umzulegen. Da ist man ja noch einmal richtig gnädig verfahren!

Das Durcharbeiten der Anlage, in der für jeden einzelnen 'Posten' Abrechnungen aufgemacht werden, treibt einem - bei allem Ernst - die Lachtränen in die Augen.

Man erfährt z.B., daß allein die 2.955 eingesetzten niedersächsischen Beamten bei zugrundegelegten »Kosten je Person und angefangene Stunde« von 38.- DM insgesamt 1.324.528 Mark verschlungen haben. 2.419 von Albrechts Mannen waren dabei 11 Stunden und 52 Minuten im Einsatz, 41 Polizisten mußten 14 1/2 Stunden Dienst tun und zwei Beamte nur 23 Minuten.

Die »auswärtigen Kräfte« aus Hamburg, Bremen, Hessen, Schleswig-Holstein und vom BGS hatten Rechnungen in Höhe von 793.883.04 DM präsentiert, wobei es die Bremer mit wenig mehr als 8.000 Mark ganz besonders billig machten ...

Interessant liest sich auch die Kostenaufstellung für die »Einsatzmittel«: 30 Pferde etwa,

jeweils 9 Stunden im Einsatz, haben 3.240 DM gekostet, wobei - das haben wirhochgerechnet - es einem Polizeipferd mit einem Stundenlohn von 12.- Mark jar gar nicht schlecht zu gehen scheint. Die 16 Hunde, ebenfalls 9 Stunden lang dabei, wurden demgegenüber nur mit insgesamt 720.- DM veranschlagt ... und so geht das ellenlang weiter: Kfz-Kosten, Foto-Material, Geschirr usw. usf.

Was in Baden-Würtemberg seit kurzem mit rechtlicher Rückendeckung praktiziert wird, läuft anderswo noch in einer juristischen Grauzone ab: Demonstranten werden zur Kostenbeteiligung an Polizeieinsätzen herangezogen. Ein aktuelles Beispiel sind die Leistungsbescheide der Bezirksregierung Lüneburg ayn 41 vermeintlich oder tatsächlich bei der Räumung der 'Republik Freies Wendland' anwesende AKW-Gegner, die - anteilig an den gesamten Polizeikosten - 1.093.42 DM bezahlen sollen!

Bereits Anfang August letzten Jahres hatten die Bezirksregenten »durch Postzustellungsurkunde« Anhörungsbögen verschickt und den Betroffenen vier Wochen Zeit eingeräumt, sich zu dem »vorstehend aufgeführten Sachverhalt zu äußern«. Den Sachverhalt hatte die Polizei wie folgt recherchiert:

»Trotz einer dreimaligen Aufforderung, den Bohrplatz zu räumen, sind viele Personen auf dem besetzten Gelände geblieben, so daß die Räumung durch Anwendung des angedrohten unmittelbaren Zwanges erfolgen mußte. Zu den Personen, die die Bohrstelle nicht freiwillig verlassen haben, gehören auch Sie. Somit sind Sie Störer im Sinne der §§ ... und haben für die Kosten des Polizeieinsatzes aufzukommen.«

Ermittelt worden waren die 41 »aufgrund des gemachten Bildmaterials« und »aller uns sonst zur Verfügung stehenden Mittel.« Daß trotzdem Pannen aufgetreten sind - mehrere der 'Ermittelten' waren zum Zeitpunkt der Räumung gar nicht auf dem Bohrgelände -, läßt Spannung vor den zu erwartenden Rechtsstreitigkeiten aufkommen; denn die wird es geben, weil sich im Sinne der Bezirksregierung nämlich nur fünf Leute geäußert hatten. Die anderen folgten einem Aufruf der BI Lüchow-Dannenberg, die einen Hamburger Rechtsanwalt mit dem Abwickeln der Sache beauftragt hat und entsprechende Vollmachten an alle ihr namentlich bekannten 'Störer' verschickte.

Rechtsanwalt Piontek hat im Namen derjeinigen, die ihm eine Vollmacht erteilt haben, Beschwerde eingelegt: hierüber ist noch nicht entschieden worden. Zumindest vorerst jedenfalls gilt: BEZAHLT WIRD NICHT!

Wir raten allen betroffenen AKW-Gegnern, keine Einzelkaktionen zu starten und sich in jedem Fall mit dem Büro der BI Lüchow-Dannenberg, Drawehner STraße 3. 313 Lüchow in Verbindung zu setzen. Von dort aus werden auch die Vollmachten und Kopien des bisherigen Schriftverkehrs verschickt.

Achtung, Freie Wenden!

Die Oberjustizkasse Hannover hat im Dezember 1982 an 592 Leute einen Gerichtskostenbescheid von jeweils 18, 20 DM wegen eines Verwaltungsgerichtsverfahrens geschickt. Worum geht es dabei: Walter Soyka hat am Vorabend der Räumung von 1004 Unterschriftenlisten rumgehen lassen, die sich anschließend als Prozeßvollmacht entpuppten. Damit wollte er den Denkmalschutz für 1004 gerichtlich erzwingen. Die Klage wurde, wie zu erwarten war, abgewiesen. Bezahlen sollen nun die, mit deren Unterschrift Soyka Mißbrach getrieben hat.

Was könnt Ihr dagegen tun?

So leid es uns tut: Nichts! Ihr müßt bezahlen.

Aber: Um zuverhindern, daß dieser Mensch weiterhin auf eure Kosten völlig unsinnige Prozesse führt, müßt ihr ihm die erteilte Vollmacht entziehen. Dazu müßt ihr einen Brief mit etwa folgendem Wortlaut schicken: Hiermit entziehe ich, Sowieso Sowieso, Herrn Walter Soyka sämtliche erteilte Vollmachten. DiesesSchreiben schickt ihr eingeschrieben und mit Rückschein sowohl an ihn, als auch an das Gericht.

Hier die Adresse: **Walter Soyka, Wendtstr. 28, 28 Bremen 1.** Einen Durchschlag solltet ihr behalten und ihn bitte an uns schicken: **BI Umweltschutz Unterelbe, Bartelsstr. 26, 2000 Hamburg 6, Tel.: 040/4398671.**

Schon seit Jahren benutztSoyka die Prozeßvollmachten, um im gesamten Bundesgebiet gegen Atomanlagen zu prozessieren. Die Betroffenen erfahren immer erst durch die Kostenbescheide von den Klagen. Es gab schon Fälle, wo Einzelne Rechnungen über zig tausend Mark bekommen haben.

Neben Soyka treten noch **Wieland Soyka, Sedanstr. 44, 28 HB , Rohland Bohlinger, Alte Schule, 2251 Wobbenbüll / Husum, Heide Roaten, Prangenstr. 88, 28 HB** und Frau **de Bruin-Soyka** als Prozeßbevollmächtigte auf.

Es ist Aufgabe der BIs, dafür zu sorgen, daß Soyka und den anderen das Handwerk gelegt wird. Sollen sie ihre Prozesse selber bezahlen !

Die Friedens- und Anti-Kriegsbewegung befindet sich in einer neuen Pahse der Auseinandersetzung. Es bleibt nur noch kurze Zeit, um sich Strategien und Aktionen zur Verhinderung oder Behinderung der »Nachrüstung« zu überlegen, die im Spätherbst dieses Jahres so sicher kommen wird, wie das Amen in der Kirche. Von der BAF (Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen) angeregt, gibt es für Ostern 83 den Aufruf zu direkten, gewaltfreien Aktionen an Atomwaffenstandorten. Beginnt damit eine neue Stufe des Widerstandes? Die Festlegung auf »Gewaltfreiheit« ist umstritten. Dazu zwei Artikel aus dem Göttinger Arbeitskreis: »Plädoyer gegen die Gewaltfreiheit« und »Plädoyer für eine Konfrontation im Herbst«. Im Anschluß daran ein ausführlicher Bericht über die Bombenzüge der Amis, die durch unser Land rollen und die bald schon zu einem weiteren Kristallisationspunkt des Widerstandes werden könnten.

Foto: Atom Express

Aufruf zu direkten gewaltfreien Aktionen zu Ostern 83

Die Friedensbewegung ist seit 1980 ständig gewachsen. Millionen Bürgerinnen und Bürger haben sich an Demonstrationen und Unterschriftenaktionen für Abrüstung und gegen die neuen Mittelstreckenraketen beteiligt. Dennoch kann die Friedensbewegung, gerade im Hinblick auf die Verhinderung der Nachrüstung, bislang keinen greifbaren Erfolg verbuchen.

Stärker noch als die sozialliberale Koalition wird die neue CDU-geführte Regierung die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln durchzusetzen versuchen. Unabhängig vom Ausgang der Genfer Verhandlungen wird mit der Stationierungsvorbereitung an verschiedenen Orten begonnen. Diese dramatische Fortsetzung der konkreten Aufrüstungspolitik fordert die Friedensbewegung heraus. Eine intensivere Arbeit in und mit den Gewerkschaften ist für die notwendige Verbreiterung der Friedensbewegung ebenso unabdingbar, wie die mühsame und unspektakuläre Überzeugungsarbeit auf der Straße. — Doch machen wir uns nichts vor: aus der Geschichte — gerade auch der Friedensbewegung — wissen wir, daß die Einstellung von Mehrheiten in der Bevölkerung und wichtigen gesellschaftlichen Institutionen wie Gewerkschaften und Kirchen usw. die Regierenden inentscheidenden Situationen allein nicht zum Einlenken zwingen kann.

Ende der 50er Jahre haben die USA und die Adenauer-Regierung die Stationierung von Atomwaffen in der Bundesrepublik gegen die Mehrheit der Bevölkerung und engagierteren Gewerkschaften als heute durchgesetzt. Anfang der 60er Jahre setzte sich die Mehrheit der britischen Bevölkerung für eine einseitige atomare Abrüstung ein. Auch sie ist übergangen worden.

Will die neue Friedensbewegung ihre wichtigsten Forderungen ernst nehmen, politisch nicht ins Leere laufen, so muß sie sich auf eine direkte Konfrontation mit den Regierenden einstellen und vorbereiten, muß sie bereit sein, einen praktischen Widerstand des zivilen Ungehorsams zu entwickeln, der darauf abzielt, die Stationierung politisch zu verhindern.

Wir wissen, daß die Stationierung mitsamt der Spannungs- und Aufrüstungspolitik der US-Regierung und der sie unterstützenden Bundesregierung die strategische Lage in Europa verändert und die Atomkriegsgefahr erhöht. Wir wissen auch, daß diese Veränderung es den westlichen Industrieländern ermöglicht, ihre Interessen in der Dritten Welt ungestörter durchzusetzen. Schon seit längerem fragen sich daher immer mehr Menschen in der Friedensbewegung, was wir tun können, wenn alle verbalen Proteste nichts bewirken. Viele haben das Gefühl, daß radikalere Protest- und Aktionsformen notwendig sind, haben aber Schwierigkeiten, direkte Konfrontationen mit der Staatsgewalt in ihren Alltag zu übersetzen. Wir warnen unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger vor den neuen Atomraketen und malen ihnen die Bedrohung durch die bereits vorhandenen vor Augen. Aber es fällt uns schwer, den dramatischen Warnungen auch entschiedene Taten folgen zu lassen.

Dieses Zögern kommt nicht von ungefähr. Wer sich bislang ausschließlich an Demonstrationen und Aufklärungsarbeit beteiligt hat, für den ist die Beteiligung an Aktionen des zivilen Ungehorsams vor Atomwaffenstandorten ohne Zweifel ein großer Schritt. Wir sind nicht ohne Angst, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß solche Aktionen in bescheidenem Umfang einen Eingriff in die für NATO-Militärs notwendige ständige Verfügbarkeit und Zugänglichkeit der Atomwaffen darstellen und sie damit zur direkten Reaktion herausgefordert sind. Sie verlangen sehr viel mehr Zeit an Vorbereitung von den Einzelnen und vor allem die Bereitschaft zur Übernahme größerer Risiken.

Dies alles wissen wir. Doch glauben wir auch, daß unter dem Druck der Verhältnisse immer mehr Menschen bereit sein werden, Initiativen für einen weitergehenden Widerstand zu ergreifen, die Verantwortung für den Frieden und ein Überleben in die eigenen Hände zu nehmen.

Als Gruppen, Organisationen, Verbände und Einzelpersonen, die in der Friedensbewegung mitarbeiten, unterstützen wir diese Initiativen und wollen zu ihrer Verbreiterung beitragen.

Deshalb rufen wir dazu auf, im Rahmen des Ostermarsches 1983 zu direkten gewaltfreien Widerstandsaktionen zu kommen, die geeignet sind, den reibungslosen Betrieb der Atomwaffenlager zu stören. Behinderungen des militärischen Verkehrs zum Lager durch mehrtägige Menschen- oder Sachblockaden seien hier nur als Beispiele angeführt für Aktionen, die von den Friedensinitiativen gemäß den Bedingungen vor Ort durchgeführt werden können. Wir stellen uns die Gestaltung der Aktionen so vor, daß sie die Beteiligung vieler Menschen ermöglichen. Gemeinsame Kundgebungen mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern anderer parallel laufender Ostermarschaktivitäten sind erstrebenswert.

Wir bitten alle Friedensinitiativen, diesen Vorschlag zu diskutieren, sich an den bereits vorhandenen Planungen zu beteiligen und sich dort zusammenzuschließen, wo die Grundlage für solche Aktionen noch nicht geschaffen ist.

Ziviler Ungehorsam an Atomwaffenstandorten ist nicht ohne Vorbild. Mit dem Warnruf „Handelt oder geht zu Grunde" mobilisierten vor 20 Jahren Atomwaffengegner — u.a. auf Initiative von Bertrand Russell — zu gewaltfreien direkten Aktionen an Atomwaffenbasen. Im Juli/August 1982 fand eine 14-tägige Blockade des Atomwaffenlagers Großengstingen auf der Schwäbischen Alb statt. 800 Menschen konnten mit dieser Aktion, die von vielen gut vorbereiteten Bezugsgruppen durchgeführt wurde, den „freien Zugang" zeitweilig behindern. Auch die Blockade gegen das AKW in Brokdorf sind Vorbilder für den aktiven gewaltfreien Widerstand im Rahmen des Ostermarsches.

In diesen Aktionen sehen wir ein erstes deutliches Signal, daß die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen den zivilen Ungehorsam der Friedensbewegung nach sich ziehen wird. Wir wollen ihnen zeigen, daß die bundesdeutsche Friedensbewegung zu entschiedenem Widerstand bereit ist und fähig wird.

Wenn wir das Funktionieren des atomaren Abschreckungssystems in unserem Lande an einigen Stellen zeitweilig behindern, so wird dies die Militär und Kriegsplaner noch nicht ernsthaft beeinträchtigen. Es geht aber über den Rahmen von symbolischen Aktionen bereits hinaus. Die Warnungswirkung wird unübersehbar sein, die Öffentlichkeit wird von der Ernsthaftigkeit unseres Protestes überzeugt werden können.

Und wir sammeln wichtige Erfahrungen, die in unserem Kampf für die Verhinderung der Aufrüstung, ein atomwaffenfreies Europa und weitergehende Abrüstungsschritte dann von großer Bedeutung sein werden, wenn in allen Regionen der Bundesrepublik und in Europa immer mehr Menschen beginnen, zivilen Ungehorsam und aktiven gewaltfreien Widerstand zu praktizieren. Damit rechnen wir und das macht uns Mut.

Laßt uns den Widerstand gegen Militarisierung, Vorrüstung und neue Mittelstreckenraketen deutlich machen.

„Atomwaffen aus der Welt — bei uns anfangen!"

„Der Kampf, um zu verändern — Frieden um zu leben!"

Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen; Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz; Bundeskonferenz Autonomer Friedensinitiativen; Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen; DIE GRÜNEN der Landesverbände Bayern, Bremen und Hamburg; Grün-Alternative Liste Hamburg; Friedensbereich der Alternativen Liste Westberlin; Bürgeraktion Küste; Koordination direkter gewaltfreier Aktionen zom 12.12.82; DFG-VK Lüneburg und Offenbach; Bochumer Aktion gegen Krieg; Antimilitaristische Initiative Wiesbaden; Gewaltfreie Aktionsgruppe Osnabrück

Plädoyer gegen die

Zunächst möchte ich betonen, daß ich die Initiative der Hamburger Friedenskoordination begrüße, der Friedensbewegung einen Vorschlag für eine »Radikalisierung der Ostermärsche« zur Diskussion vorzulegen.

Ich teile die Auffassung, daß es notwendig ist, die Konfrontation mit dem Staatsapperat einzugehen und ihr nicht, wie es die Friedensbewegung bisher weitgehend getan hat, auszuweichen., bzw. sich ihr nur verbal zu stellen. Die Großdemonstrationen in Bonn und anderswo, die breite Öffentlichkeitsarbeit der vielen Friedensinitiativen sind wichtig und notwendig, reichen aber nicht mehr aus.

Die Konfrontation mit dem Staatsapperat brauchen wir als Kriegsgegner nicht zu suchen, sie existiert! Der Staat, welche Regierung auch an seiner Spitze steht, betreibt die Kriegspoltik der Nato. Und überall da, wo versucht wurde, diese Kriegspläne zu stören oder zu behindern, wie in Großengstingen oder Berlin anläßlich des Reagan-Besuches ist der Staatsapperat in Form seiner Polizei auch mehr oder weniger massiv zur Stelle gewesen.

Protest allein reicht auch in der Friedensbewegung nicht mehr aus. Es ist notwendig, auf zwei Gleisen zu fahren: Öffentlichkeitsarbeit, Massenproteste, Verbreiterung der Friedensbewegung auf der einen Seite, direkte Widerstands- und Behinderungsaktionen auf der anderen Seite. Bei der Großdemonstration in Bonn am 10.6. hatte ich schon verdammt das Gefühl, daß diese Form des Protestes, so eindrucksvoll die unübersehbaren Massen auf den Rheinauen auch waren, nicht die passende Antwort auf das Ereignis Reagan-Besuch und Nato-Gipfel waren. So hart die Worte, die gegen Reagan gerichtet waren, auch gewesen sein mögen, es entstand insgesamt nicht ein Klima der Unversöhnlichkeit und des Hasses, was zumindestens meinen Gefühlen besser Ausdruck verliehen hätte.

Was in der Friedensbewegung nottut, ist eine wirkliche Kampfansage, kein Nebeneinander, sondern Gegeneinander. In welcher Form, das muß stärker als bisher diskutiert werden! Der Aufruf zu den Ostermärschen kann hierzu ein erster Schritt sein.

Soweit also Zustimmung zu dem Papier der Frieko. Nun zur Kritik:

Ursprünglich hieß die Überschrift des Papiers: »Aufruf zu gewaltfreien Aktionen an Atomwaffenstandorten anläßlich des Ostermarsches 83«. Und im weiteren Text war auch nur von gewaltfreien Aktionen die Rede. Als Vorbilder für diese Aktionen werden die Großengstingen-Blockade genannt, sowie die Blockade des Atomkraftwerkes Brokdorf und die Errichtung der Freien Republik Wendland, ..., nicht die anderen Aktionen gegen das AKW Brokdorf, nicht die vielen anderen Blockaden in Gorleben oder an der Startbahn-West.

An diesen »gewaltfreien Aktionen« entzündete sich eine rege Diskussion auf dem BAF-Treffen, über die ich zumindest sehr erstaunt war. Ich war bisher nicht davon ausgegangen, daß es sich bei dem BAF-Spektrum um einen Zusammenschluß von mehr oder weniger gewaltfreien Gruppen handelt, sondern um einen Zusammenschluß von allen autonomen Friedens- und Anti-Kriegsgruppen, die, was die Gewaltfreiheit angeht, sehr unterschiedliche Auffassungen haben und sich deshalb auch, was die Ostermärsche angeht, nicht auf ein gewaltfreies Konzept werden einigen können.

Im Laufe der Diskussion habe ich gegen die »Gewaltfreien Aktionen« argumentiert und bin stattdessen dafür eingetreten, zu beschreiben und nicht zu titulieren, welchen Charakter die Aktionen im Rahmen der Ostermärsche haben sollen. Man einigte sich schließlich auf die folgende Kompromißformulierung, in der zwar das Wort »gewaltfrei« vorkommt, aber gleichzeit eine Aufzählung folgt, was darunter zu verstehen ist:

»Deshalb rufen wir dazu auf, im Rahmen des Ostermarsches 83 zu direkten gewaltfreien Widerstandsaktionen zu kommen, die geeignet sind, den reibungslosen Ablauf der Atomwaffenlager zu stören. Behinderungen des militärischen Verkehrs zum Lager durch mehrtätige Menschen- oder Sachblockaden, Störungen der Infrastruktur seien hier nur als Beispiele aufgeführt ...«

Auch ich habe dieser Formulierung zugestimmt, was ich nachträglich kritisiere. Es geht hierbei nicht um Haarspalterei, was macht es schon aus, wenn die Aktion gewaltfrei genannt wird oder nicht. Hauptsache ist, man tut überhaupt etwas. Ich finde, es macht sehr wohl etwas aus. Es geht nicht an, daß sich eine Bewegung nach der anderen auf das Glaubensbekenntnis der Gewaltfreiheit festlegen läßt. In jeder Diskussion um ein Flugblatt, einen Aufruf, eine Aktion taucht die Gretchenfrage der Gewaltfreiheit auf, selbst in den unsinnigsten Zusammenhängen. Ich bin dagegen, daß dies nun auch im BAF-Spektrum geschieht. (Auf dem Gründungskongreß der BAF im März 82 wurde dieser Versuch noch mit überwältigender Mehrheit abgewehrt).

Vorweg zur Klärung: Ich bin durchaus nicht der Meinung, daß eine Widerstandsaktion erst dann erfolgreich genannt werden kann, wenn eine Polizeisperre aus dem Weg geräumt wurde, ein Mast gefallen ist, ein Zaun zerschnitten oder ein Stein geworfen wurde. Ich bin sehr wohl der Meinung, daß eine Aktion - wenn die vorbereitenden Gruppen dies so für sinnvoll halten - so geplant werden kann, daß Auseinandersetzungen mit der Polizei aus dem Wege gegangen werden soll.

Gründe dafür gibt es viele, z.B. daß man sich nicht stark genug fühlt, daß man zunächst andere Ziele verfolgt, wie z.B. die Verbreiterung der Bewegung, Einbeziehung der örtlichen Bevölkerung in den Widerstand, die vor einer Auseinandersetzung zunächst zurückschreckt, daß man die Kriminalisierung fürchtet, daß man den Zeitpunkt für falsch etc.

Ich bin auch dafür, daß der Charakter jeder Aktion vorher klar sein muß, sodaß jeder einschätzen kann, ob er zu dieser Aktion gehen will oder nicht. Das muß geschehen über eine Beschreibung der Aktion und dessen, was man vor hat. Ich bin aber strikt dagegen, daß diese Beschreibung über Attribute wie »gewaltfrei« erfolgt.

Dies aus verschiedenen Gründen:

1. Es ist vollkommen beliebig, was jeder einzelne unter dem Begriff »gewaltfrei« versteht. Ich unterstelle, daß der Großteil, der diesen Begriff gebraucht, darunter friedlich und legal versteht. Wenn z.B. eine Demonstration von der genehmigten Route abweicht, oder einen nicht genehmigten Lautsprecherwagen mitführen will, geraten viele schon in Panik, weil das nicht mehr gewaltfrei sei. Als einige Gruppen für den 10.6. forderten, daß die Demonstration auf der rechten Rheinseite - also dort, wo der Nato-Gipfel tagt -, stattfinden soll und dies, falls es nicht genehmigt werde, mit den anströmenden Massen eben durchzusetzen, wurde dies abgelehnt, weil es nicht mehr dem gewaltfreien Charakter der Aktion entspräche usw. Insbesondere der Bevölkerung gegenüber - in sogenannten »Bevölkerungsflugblättern« -wird mit Vorliebe der Begriff gewaltfreien Aktion gebraucht, weil er von dem Mann auf der Straße in jedem Fall als legal, ungefährlich, friedlich verstanden wird.

Hiervon distanzieren sich nun zu Recht die Gewaltfreien Aktionsgruppen, die unter gewaltfrei nicht legal verstehen, sondern ... nur Gewalt gegen Sachen, wieder andere nur die Gewalt gegen Menschen ausschließen wollen. Auch das ist nicht unproblematisch:

Ist Drücken mit Körpern gegen eine Polizeikette schon Gewalt gegen Personen? Oder Anketten? Oder sich wehren, wenn man weggetragen oder festgenommen werden soll? Darf man Gasgranaten, die von der Polizei geworfen wurden, zurückschmeißen, ist es Gewalt gegen Personen, wenn eine in Ritterrüstung und vorgehaltenen Schilden geschützte Polizeikette am Vorrücken gehindert werden soll, indem man mit Steinen schmeißt? Unterscheidet man noch, ob die Personen, gegen die Gewalt ausgeschlossen werden soll, selber aggressiv und gewaltsam sind, ob sie selber geschützt oder ungeschützt sind? Ist es überhaupt noch möglich, nicht legale Aktionen oder Gewalt gegen Sachen zu propagieren, wenn man Gewalt gegen Menschen kategorisch ablehnt?

Schließlich wird das Gesetz und das Privateigentum hierzulande von eigens dafür ausgebildeten Menschen = Polizisten geschützt, und zwar nicht zimperlich. ...

2. Das Gegenteil von gewaltfrei ist gewaltsam. Wenn wir also zu einer gewaltfreien Aktion aufrufen, distanzieren wir uns gleichzeitig von den »gewaltsamen«.

Foto: Atom Express

»Gewaltfreiheit«

Was aber ist gewaltsam? Bisher bin ich davon ausgegangen, daß die Gewalt nicht von uns ausgeht, sondern von den Herrschenden, von den Raketen, von den Atomkraftwerken, von den Sparbeschlüssen, daß es unser Recht und unsere Pflicht ist, dagegen vorzugehen. Wenn die Massenvernichtung von Menschen Gewalt ist, ist dann ein Steinwurf gegen ein Bankgebäude auch Gewalt? Oder die versuchte Bauplatzbesetzung? Oder das Vorrücken gegen eine Polizeikette? Die Massenmedien und Regierenden behaupten das. Sie nennen uns gewaltsame und militante Chaoten, um so nur von ihrer eigenen, tatsächlichen Gewalt abzulenken. Der Staat hat im wahrsten Sinne des Wortes das Gewaltmonopol. Wer den Begriff Gewalt oder Gewaltfreiheit im Zusammenhang mit unserem Widerstand gebraucht, stellt die Gewalt der Herrschenden auf eine Stufe mit dem entschlossenen Widerstand von unserer Seite.

3. Wer eine Aktion gewaltfrei nennt, betreibt damit unvermeidlich die Spaltung der Bewegung. Gewaltfreiheit ist keine taktische Frage, wie oft behauptet wird, sondern sie ist ein ideologisches Prinzip. Man kann nicht mal gewaltfrei sein, und dann irgendwann plötzlich nicht mehr. Der Begriff der Gewaltfreiheit wird bei uns von niemandem taktisch verstanden - auch wenn die Verfasser des BAF-Aufrufes das so gemeint haben. Wenn eine Aktion unter dem Banner der Gewaltfreiheit abläuft, so wird damit die Ablehnung von Gewalt in jedem Fall eingeschlossen. Und damit sind all diejenigen ausgeschlossen, die die sogenannte Gewaltfrage anders beurteilen, als die Gewaltfreien.

Dazu muß ich etwas ausscheifen. Ich bin kein »Gewaltfreier«. Trotzdem lehne auch ich es ab, ein rein taktisches Verhältnis zur Gewalt gegen Menschen zu haben. ... Wir müssen ein moralisch ethisches Verhältnis zur Frage der Gewalt gegen Menschen oder besser zum Problem der Verletzung von Menschen haben.

Wir lehnen Gewalt gegen Unschuldige oder Wehrlose ab, der Gedanke der Rache muß uns fremd sein, »Gewalt gegen Menschen« ist nur dann erlaubt, wenn wir angegriffen werden und uns nicht anders wehren können, oder wenn es zur Erreichung eines Ziels notwendig oder sinnvoll ist (natürlich nur mit den dem Ziel angemessenen Mitteln und die sehen in der Dritten Welt bestimmt anders aus, als bei uns jetzt).

Der Staat stützt seine Macht auf Menschen. Wenn wir den Staat angreifen wollen, haben wir es dabei auch mit Menschen zu tun, die wir angreifen. Die Verletzung dieser Menschen ist dabei aber nie unser Ziel. Ich weiß, daß diese Formulierung der Interpretation freien Raum läßt, es liegt an uns, diese Diskussion zu führen an jedem Punkt und immer wieder!

Mit dem Diktat der Gewaltfreiheit läßt sich diese Frage jedenfalls nicht lösen.

4. Ist die Großengstingen-Blockade wirklich ein Vorbild für unsere Oster-Aktionen? Die Großengstingen-Blockade lief unter dem streng gewaltfreien Prinzip: Teilnehmen darf nur, wer vorher in Bezugsgruppen am gewaltfreien Training teilgenommen hat, in dem man übt, wie man sich gewaltfrei von der Polizei wegtragen läßt, wie man »Störer« zur Ruhe bringt usw. Es bestand ein Vetorecht jedes einzelnen Bezugsgruppenmitgliedes, d.h. war einer dagegen, wirds nicht gemacht. Ein Prinzip, was unter anderem dazu führte. daß sich einer nicht einmal anketten durfte. Eine Massenaktion oder eine Vielfalt der Aktionen ist mit diesem gewaltfreien Konzept jedenfalls nicht möglich.

Sicher: Die Aktion hat viel Wirbel gemacht und Zustimmung in der Öffentlichkeit gefunden. Trotzdem bleibt mir die Aktion fragwürdig: Die vorherigen Absprachen mit der Polizei, die den Einsatzleiter dazu hinreißen ließen, in einer Fernsehsendung zu behaupten, »Das Konzept der Räumung hat von beiden Seiten tadellos geklappt«, die Angabe der Personalien und schließlich die Strafverfolgung.

Es muß diskutiert werden, ob solche Aktionen nicht eher schaden als nützen.

Überhaupt müssen wir uns fragen, ob die Sprache, die wir sprechen überhaupt noch den realen Verhältnissen entspricht. Auf der einen Seite haben wir es mit Regierungen zu tun, die die Massenvernichtung planen und auch entschlossen sind, diesen Vernichtungskrieg zu führen, die tagtäglich für den Mord zahlloser unschuldiger Menschen verantwortlich sind. Und was tun wir? Wir veteilen Blumen, weben die Tore von Atomwaffenlagern zu, blockieren für kurze Zeit Zufahrtswege ... Ich will hiermit nicht sagen, daß diese Aktionen lächerlich sind. Ich will aber sagen, daß die völlig absurde Beteuerung unserer »Gewaltlosigkeit« angesichts dieser Gewalt, die uns begegnet, lächerlich ist.

5. Spätestens dann, wenn unser Protest oder Widerstand von den Regierenden in die Schublade: »Spielwiese der Demokratie« gepackt werden kann, von der keine weitere Bedrohung ihrer Pläne ausgeht, ist es notwendig, sich über weitergehendere Aktionsformen des entschlossenen Widerstandes Gedanken zu machen.
Welche Widerstandsform die erfolgversprechendere ist, läßt sich pauschal nicht beantworten. Es kommt vor allem auf den Zeitpunkt an, an dem man sich für eine bestimmte Aktionsform entscheidet. Großdemonstrationen, Massenproteste, Blockadeaktionen, Unterschriftensammlungen haben zu einem bestimmten Zeitpunkt genauso ihre Berechtigung, wie Bauplatzbesetzungen, Sabotage, Angriffe auf die Infrastruktur und Zerstörungen von Einrichtungen der Herrschenden. Falsch ist in jedem Fall die Festlegung auf eine Widerstandsform.

Aus diesen Gründen sind wir dagegen, daß sich die BAF auf ein gewaltfreies Konzept des Widerstandes festlegen läßt. Der Beschluß des letzten Treffens Anfang Januar in Frankfurt für den 26./27.Februar zu einem Kongress »Gewaltfreier Widerstand 83« aufzurufen, wird von uns in diesem Zusammenhang scharf kritisiert. Unserer Meinung nach müssen auf diesem Treffen weitergehendere Aktionen diskutiert werden. Eine ausschließliche Orientierung der Friedensbewegung unter dem Banner der Gewaltfreiheit werden wir nicht mittragen, im Gegenteil, wir werden offensiv dagegen auftreten.

Auf der anderen Seite trifft uns die Kritik natürlich selbst, weil wir auf dem letzten Treffen nicht anwesend waren und so unsere Kritik nicht einbringen konnten. Insgesamt finden wir es bedenklich, daß die Kräfte, die ursprünglich aktiv in der BAF mitgearbeitet haben, wie z.B. Krieg dem Krieg Bremen, ausgestiegen sind und sich die Kräfteverhältnisse innerhalb der BAF - zumindest auf den bundesweiten Treffen - zuungunsten der radikaleren Gruppen verschoben haben. Denn wo anders, als in der BAF sollen die notwendigen Auseinandersetzungen um den weiteren Weg des Widerstandes gegen Nachrüstung und Kriegspolitk geführt werden?

(C., Antikriegsgruppe im Göttinger kreis gegen Atomenergie)

Plädoyer für eine Konfrontation im Herbst

Für die neue Friedensbewegung wird das Jahr 1983 die bislang größte Bewährungsprobe bringen. Alles deutet darauf hin, daß Ende 83 wie geplant mit der Stationierung der ersten Nachrüstungsraketen begonnen wird. Daran zweifelt niemand mehr, obwohl manch einer eher geneigt zu schein scheint, sich irrationalen Hoffnungen hinzugeben, als sich der nackten Wahrheit mit ihren Konsequenzen im Denken und Handeln zu stellen.

Die politischen Weichen in den USA, der Nato insgesamt und der BRD sind unwiderruflich gestellt. Die Reaktion der Nato auf die jüngsten Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion und die Ablösung des US-Chefverhandlers Rostow bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen, weil dieser zu »eilig« verhandle, lassen keinen Zweifel zu.

Das ist die Ausgangslage. Der Friedensbewegung, so breit sie sich auch entwickelt hat, ist es nicht gelungen, den grundsätzlichen Charakter der Nachrüstung als Angriffspolitik der Nato gegen den Warschauer Pakt und die Staaten der dritten Welt in der breiten Öffentlichkeit zu verankern und in ausreichenden Druck umzusetzen. Zu tief sitzt Nato-Logik und Politik im Bewußtsein der Bevölkerung, ja sogar in großen Teilen der Friedensbewegung.

Wir müssen also weiterhin aus einer Minderheiten-Position heraus arbeiten und dennoch soviel Druck wie möglich durch Politik, Aktion und Zeichen des entschlossenen Widerstandes entwickeln. Diese Ausgangssituation ähnelt in vielen Punkten den Anfängen der Anti-AKW-Bewegung. Auch damals war zwar ein großer Teil der Bevölkerung gegen den Ausbau der Atomenergie, genauso wie heute der Großteil gegen die Nachrüstung ist. In den politischen Entscheidungsgremien gab und gibt es jedoch einen Block von Atom- und Nato-Parteien. Die Bewegung antwortete damals mit dem Versuch, auf der Straße und an den Bauplätzen den Stop des Atomprogramms zu erzwingen, das Land ein Stück unregierbar zu machen. Und dieser Versuch hat immerhin zu einigen Teilerfolgen geführt.

Es vermehren sich drastisch die Anzeichen, daß auch die Friedensbewegung bereit sein muß, sich in ihren Aktionsformen zu radikalisieren, wenn sie überhaupt noch etwas ver- oder besser behindern will.

Die Friedensbewegung steht dieser Aufgabe in einem Zustand der Zerrissenheit gegenüber. DKP und ihre Bündnispartner bis weit hinein in der SPD und Gewerkschaften versuchen verbissen, jede Radikalisierung in Wort und Tat zu verhindern, reden gebetsmühlenhaft immer wieder von Verbreitung, Krefelder Appell und den Genfer Verhandlungen. Demgegenüber wird immer klarer, daß Verbreiterung allein, sofern sie über die gängigen Mittel überhaupt noch zu erreichen ist, nichts mehr verhindern kann.

Andere Gruppen verdrängen das Problem, indem sie die Perspektive im langfristigen Kampf gegen Blockkonfrontation zu entdecken suchen und meinen, es sei nun dringend an der Zeit, das Jahr 1983 zum Jahr der großen friedensphilosophischen Kongresse zu machen, auf denen die Friedensbewegung aller Welt vereinigt werden könne. Nur spärlich sind die Gruppen zu entdecken, die sich zur Aufgabe stellen, die Umsetzung des Nachrüstungsbeschlusses zu verhindern, zu behindern, zu erschweren oder wenigstens den politischen Preis dafür so hoch wie möglich zu schrauben.

Ja, über eine möglichst große Großdemonstration im Herbst 83, am besten zum SPD-Sonderparteitag, oder gar als internationales Spektakel in Brüssel, wird seit dem 10.6. fleißig nachgedacht in den Chefetagen der Friedensbewegten. Hauptsache ist dabei nach wie vor, daß Frieden herrscht auf einer solchen Aktion. Der Konfrontation - in welcher Form auch immer - will man nach wie vor aus dem Wege gehen. Zur Zeit wird noch gemauschelt, keiner wagt, im Moment eine Friede-Freude-Eierkuchen Aktion für den Herbst 83 vorzuschlagen (Das KOFAZ-Spektrum spekuliert offen auf eine Super-Massen-Demo im Herbst in Bonn unter dem Motto: „Eine Million nach Bonn"). Man muß nur noch einen günstigen Zeitpunkt abwarten, um die Katze aus dem Sack zu lassen. Und als nächstes stehen ja erst mal die Ostermärsche ins Haus.

Worauf es ankommt in den nächsten Monaten, ist doch etwas anders. In einer Situation, wo Unterschriften, Resolutionen und verbaler Protest nicht ausreichen, um die Nachrüstung auf den gängigen politischen Ebenen zu verhindern, bzw. zu verhindern, müssen wir mehr und mehr Aktionen machen, die sie ein Stück nicht durchsetzbar machen. Eine Orientierung auf Blockadeaktionen zu Ostern 83 geht zwar in die richtige Richtung. Ihr Konfrontationscharakter wird jedoch durch die Gefahr einer völlig unnötigen Ideologisierung auf die allgemeine Gewaltfreiheit stark abgeschwächt. Und ohnehin steht in Frage, ob die Atomwaffenlager im Widerstand gegen die Nachrüstung eine ähnliche Kristallisationsfunktion haben können, wie die AKW-Bauplätze für die Anti-AKW-Bewegung. Es könnte sehr schnell herausstellen, daß die Aktionsmöglichkeiten an den Atomwaffenstandorten sehr eingeschränkt und in ihrer Schärfe über symbolische Blockaden hinaus kaum radikalisierbar sind.

Die geplanten Blockadeaktionen zu Ostern werden sicher schon eine erste Klärung bringen.

Spätestens im Herbst 1983 muß die Friedensbewegung jedoch Aktionsformen umsetzen, die dem System von Nachrüstung, Nato und Kriegstreiberei mehr entgegensetzen, als bloße Massenaufmärsche oder Sitzblockaden einiger Hundert Unverdrossener an Atomwaffenlagern. Unserer Einschätzung nach ist spätestens mit dem Stationierungsherbst der Zeitpunkt gekommen, wo die Friedensbewegung stärker als bislang ihren Widerstandswillen unter Beweis stellen sollte. Darüber sollten wir rechtzeitig anfangen zu diskutieren.

Wir schlagen eine bundesweite Großaktion an der Frankfurter US Air-Base vor und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Frankfurter US Air-Base ist Standort und Symbol zugleich für Nato-Politik, US Truppenpräsenz, Umschlagplatz für Pershing und Chruise missile. Sie ist einer der zentralen strategischen Punkte der US-Militärpolitik in Europa und für die dritte Welt. Über die Air-Base werden im Krisenfall die zusätzlichen US-Divisionen eingeflogen, über die Air-Base wird die Schnelle Eingreiftruppe zu ihrem Einsatzort im Nahen Osten oder in Afrika gebracht werden.

2. Mit einer Großaktion an der US Air-Base können wir an einer der entwickelsten Widerstandsbewegungen in der BRD anknüpfen, an die Bewegung gegen die Startbahn-West, die ja gleichzeitig Starbahn für die Air-Base Bomber und Truppentranporter sein wird.

3. Die Infrastruktur der Air-Base und des ganzen Umfeldes (Autobahnknotenpunkt) ist ungeheuer empfindlich und anfällig. Allein das Zustandekommen einer Großaktion wird den Auto, Güter und vielleicht sogar den Luftverkehr der Region vollständig blockieren.

4. Der Haupteingang der Air-Base liegt direkt an der Autobahn, das Air-Base Gelände grenzt auf einer Länge von mehreren Kilometern unmittelbar an die Nord-Süd-Autobahn, die an diesem zentralen Punkt 8-spurig ausgebaut ist.

5. Vom ganzen Gelände her eignet sich die Air-Base wie kaum ein anderer Ort für die verschiedenstartigen Aktionsvorstellungen.

6. Die Frankfurter US-Air-Base ist zentral in der Mitte der BRD gelegen.

Ein möglicher Zeitpunkt für eine solche Aktion wäre z.B. die Herbsttagung der Nato 1983, auf der die endgültigen Beschlüsse in Hinsicht auf die genaue Durchführung der Nachrüstung beschlossen werden.

Wir wollen mit diesem Vorschlag nicht auf **eine** *Aktionsform oder gar nur auf* **eine** *Aktion für dieses so wichtige Jahr 1983 orientieren. Wir meinen allerdings, daß neben den Ostermärschen/Blockaden und den vielfältigen regionalen Aktionsmöglichkeiten (Verhinderung von Vereidigungen, Militärmessen, Blockaden von Atomwaffenlagern, Karsernen, Munitionstransporten usw., Störung und Sabotage der Nato-Maschinerie) eine solche zentrale Großaktion der Friedensbewegung an der US-Air-Base ein wichtiger Kristallisationspunkt sein wird. Eine solche Aktion würde die Auseinandersetzung um die Nachrüstung und die Nato-Politik insgesamt polarisieren und zuspitzen. Die unvermeidliche und notwendige Konfrontation zwischen Friedensbewegung und Staat bzw. Regierung, sowie den USA, gilt es dann in größtmöglichen politischen Druck gegen die Nachrüstung umzusetzen.*

US - Munitionstransporte

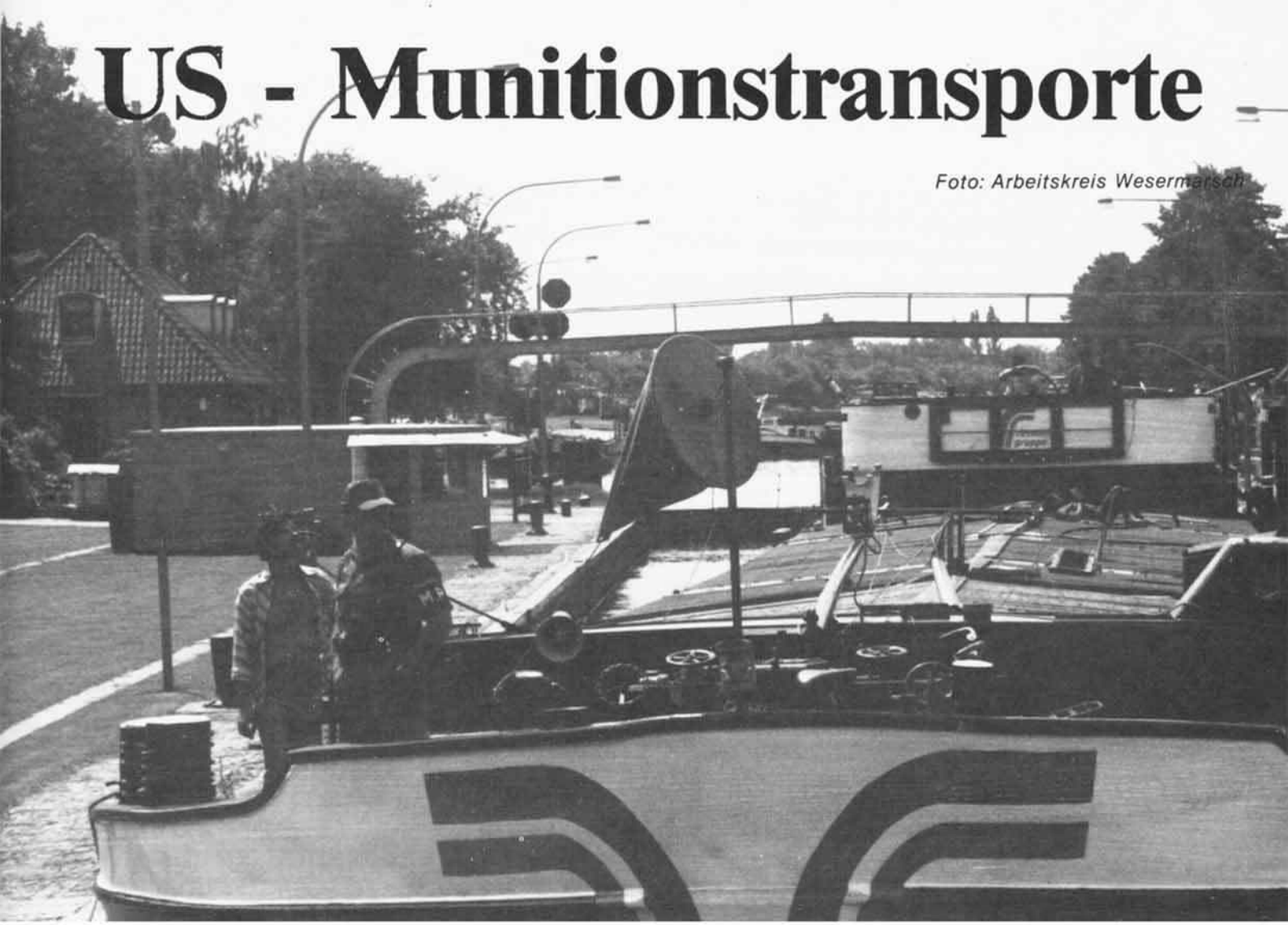


Foto: Arbeitskreis Wesermarsch

30.10.82 Nordenham: Weserstrand-Idylle. Anlegestelle der Vergnügungsdampfer, grauer Himmel, graues Wasser, Bleiluft. Im Hintergrund der US-Munitionstranporter »American Rover« an der Pier der MIDGARD. Ein Fernsehteam von Radio Bremen will gerade seine Geräte wegpacken. »Stopp! Don't touch that car!«. Zwei US-Militärpolizisten kommen den Abhang heruntergepoltert, mit vorgehaltenen Waffen, total hektisch, außer Atem. »We got them!« sagt der Eine in seine Funke. Kurz danach sind es acht US-Militärpolizisten, die mit Gewehren und Pistolen das Team umstellt haben und mit Gewalt die »fucking papers« haben wollen. Die Fernsehleute bestehen darauf, sich nur von deutscher Polizei kontrollieren zu lassen, trotzdem fangen die Amis mit körperlicher Durchsuchung an. Nach 10 Minuten kommt einer der beiden Nordenhamer Streifenwagen an. Der Streifenführer entschuldigt sich fast für die Behinderung der Pressearbeit, aber man muß die Amis doch auch verstehen, da ist so viel passiert rund um die Munitionstranporte und schließlich sind wir doch auch nur »alles Hiwis«. Zwei, drei Minuten später kommt noch ein Zivilwagen dazu, Osnabrücker Kennzeichen. Die drei Typen stellen sich als BKA vor. Die Amis haben sich beruhigt, sie kriegen die Personalien, die Pistolen werden gesichert. Warum denn gleich nervös werden?

Die US-Munitionstransporte von Nordenham über Bremen in den Süden der BRD haben eine Vorgeschichte.

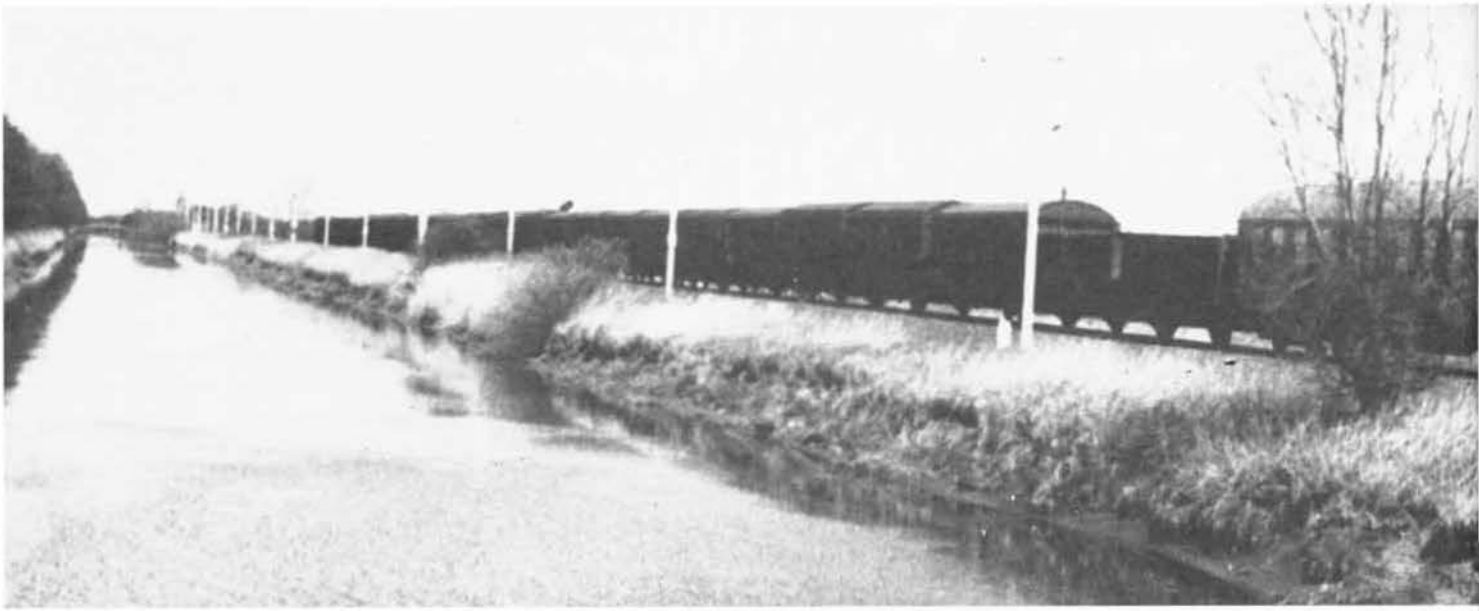
Bereits ein Jahr vor der Beendigung des 2.Weltkrieges vereinbarten die Amis mit der späteren Besatzungsmacht England, daß ihnen der Raum Bremen und Bremerhaven für ihren Nachschub zur Verfügung steht. Der Bremer Flughafen war noch bis 1949 reiein US-Militärflughafen zur Sicherung des Nachschubs. Bremerhaven wird seitdem von ihnen als Nachschubhafen für Militärgüter aller Art benutzt. Während die Nachschuborganisation der US-Armee nach Bremerhaven verlegt wurde, konzentrierte sich in Nordenham der Munitionsumschlag.

Bereits 1946, also direkt nach Beendigung des 2.Weltkrieges, haben die USA in Nordenham mit dem Umschlag ihrer hochexplosiven Vernichtungswaffen begonnen. Seit diesem Zeitpunkt stiegen mit dem ständigen Anwachsen der Transporte auch die Bedeutung Nordenhams als ein wichtiger Bestandteil der amerikanischen Militärstrategie.

Seit 1963 ging die USA von der Strategie der »massiven Vergeltung« zur »flexiblen Antwort« über, von der Drohung mit dem totalen atomaren Inferno zur Aufrüstung auf allen Ebenen. Dadurch bekam der US-Nachschub über die Häfen um Bremen und Nordenham einen wesentlich höheren strategischen Stellenwert. In diesem Zeitraum wurde auch die zentrale Kommandostelle für den US-Nachschub für Atlantik und Mittelmeer (ASTS) nach Bremerhaven verlegt.

Ein weiterer wichtiger Schritt in diese Richtung war im Mai 1978 die Verabschiedung des Langzeitprogramms durch die Nato-Mitgliedsstaaten. Sie verpflichteten sich gegenseitig, auf allen Ebenen verstärkt aufzurüsten und die Transportkapazitäten sowie die Infrastruktur vor allem in der Bundesrepublik entscheidend auszubauen.

Nach dem Sturz des Schah-Regimes wurde die Schnelle Eingreiftruppe in den USA aufgestellt. Mit ihrer Hilfe wollen die USA auf der gesamten Erdkugel, vor allem in der



Ölregion Naher Osten, jeglichen Widerstand so schnell und effektiv wie möglich niederschlagen können.

Die Schnelle Eingreiftruppe ist wegen der großen Entfernung der USA zum Krisengebiet darauf angewiesen, daß ihre Ausrüstung, samt Giftgas, Napalm oder Atomsprengköpfen und sonstiger Munition, so nah wie möglich an den Kriegsschauplätzen lagert. Als Hauptzwischenlager für ihre Kriegspläne haben sich die USA die Bundesrepublik Deutschland ausgesucht. Das geschah unter anderem auch wegen der leistungsfähigen Infraastruktur in unserem Lande. Vertraglich abgesichert wurde dies am 15.4.82 im »Host Nation Support«, und in einem Kommunique der Nato. Ein wichtiger Bestandteil dieser Absprachen ist neben der Bereitstellung aller Verkehrswege, wie z.B. Flughäfen, Häfen, Autobahnen, Schienenverbindungen und der speziell errichteten Startbahn in Frankfurt, die Schaffung neuer Munitionsbunker und die verstärkte Vorauseinlagerung von Munition in der BRD.

Den Amis scheint der Hafen von Nordenham für ihre weltweiten Pläne schon zu klein zu werden. Sie schauen sich verstärkt nach Ausweichhäfen um. 1981 haben sie sich Eemshaven in Holland ausgeschaut. Durch Sitzblockaden, Steine- und Brandanschläge wurde der Transport amerikanischer Munition quer durch Holland gestört und so durch holländische Anti-Militaristen zumindest vorerst verhindert.

Munitionsumschlag in Nordenham

Mit den 4 Munitionsschiffen »American Ranger«, »American Rover«, »American Challenger« und »American Monarch« und US-Handelsschiffen, die hin und wieder benutzt werden, wird die Munition über den großen Teich nach Nordenham gebracht und im Privathafen der »Midgard« (Tochter der VEBA) umgeschlagen. Allein, daß dieser Hafen nur ein paar hundert Meter von der Nordenhamer Innenstadt entfernt ist, läßt einen erschaudern. (Siehe Kasten).

1981 löschten 23 mal Schiffe die gefährliche Last, pro Schiff 2-5000 Tonnen. Die Löscharbeiten laufen unter Bewachung von US-Soldaten und deutschen Rentnern, die sich als Sicherheitspersonal ein Zubrot verdienen. Sogar Schüler werden zusätzlich zum Löschen angeheuert.

Vom Schiff zum Pier aufgespannte Netze sollen verhindern, daß ein Teil der heißen Fracht ins Wasser fällt. Teilweise werden jedoch nicht einmal die Netze gespannt. So mußten schon Taucher eingesetzt werden, um Granaten und Holzkisten aus der Weser zu fischen. Auch fallen hin und wieder Granaten von zerbrochenen Paletten auf den Boden. Je nach geladener Menge dauert das Löschen 2 bis 5 Tage. Dies alles scheint die Nordenhamer Stadtväter in ihrem Schlaf nicht zu stören - die Stadt verdient immerhin 40.000 DM pro Schiff.

Munitionszüge

Der Hauptteil der Bomben und Munition wird mit der Bahn transportiert. Ein Bombenzug besteht aus der Lok, gleich dahinter ein Personenwaggon mit amerikanischen Soldaten als Wachmannschaft, hahinter zwei leere Kohlewaggons als Sicherheitsabstand zu den bis zu 28 Munitionswaggons (siehe Foto). Ob in den Waggons und Containern Giftgas, biologische Kampfstoffe, Pistolenkugeln oder sogar Atomsprengköpfe befördert werden, die Bahn weiß jedenfalls nicht, was sie da so locker durch die deutschen Lande tranportiert. Etwa zwei Züge verlassen Tag für Tag während des Umschlags den Bahnhof von Nordenham, passieren in gefährlicher Nähe das AKW Esensham, rollen durch die Wesermarsch, quer durch Bremen, über Hannover und Göttingen in den Süden Deutschlands zu den Bestimmungsorten, den Munitionslagern, den Giftgaslagern und über die Air-Base Frankfurt in andere Länder.

Munitionskähne

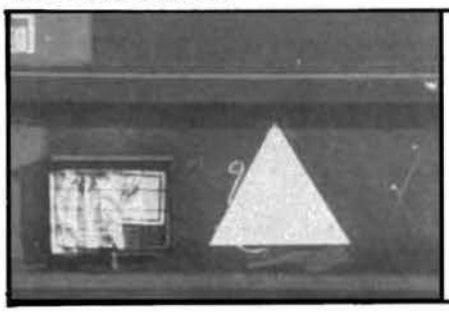
Ein Teil der Fracht wird auf Binnenschiffe geladen, die längs des Munitionsschiffes auf der Weser anlegen und ohne deutsche Arbeiter direkt von der Besatzung gelöscht werden. Dies wohl deshalb, daß niemand erfährt, worum es sich bei der Ladung genau handelt. Höchstwahrscheinlich werden mit den Binnenschiffen auch Atomsprengköpfe transportiert.

Die 1000 Tonnen Kähne der Reederei Rhenania laden nur rund 100 Tonnen, wohl aus Sicherheitsgründen. Die Ladung wird während der ganzen Fahrt von US-Soldaten bewacht (siehe Foto).

Ihre Route führt weseraufwärts bis Elsfleth, dann in die Hunte, durch Oldenburg über den Küstenkanal in die Ems, über den Dortmund-Ems-Kanal quer durch das Ruhrgebiet in den Rhein nach Gernsheim bei Darmstadt. Von dort ist es nicht mehr weit zu den Munitions, Atom- und Giftgasdepots der Amerikaner.

Seit dem Frühjahr 1982 beschäftigte sich der »Arbeitskreis Wesermarsch« verschärft mit den Transporten. Vom September bis November 82 wurden mehr als 40.000 Flugblätter verteilt, der »Oldenburger Stachel« und die »Delmenhorster Rundschau« legten eine Dokumentation zu dem Thema vor, am 18.10. gabs eine große Pressekonferenz mit ziemlich guter Resonanz in den regionalen Medien.

Anläßlich der Anti-Nato-Tage gab's am 11.12.82 eine Demonstration von ca. 800 Menschen in Brake. Ganz kurzfristig wurde dabei sogar ein Bahnübergang besetzt, der nach 10 Minuten allerdings wieder freiwillig geräumt wurde.



Container der Amerikaner tragen noch die Kennzeichen der ‚Internationalen Gefahrengutverordnung See' und die Armee-Klassifizierung nach ‚CFR Titel 49'. An den Eisenbahnwagen hängen noch die Aufkleber gemäß der ‚Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter mit der Eisenbahn'. Das sind orangefarbene Quadrate, gelbe Dreiecke oder rote Ringe auf weißem Grund. Schilder, die nichts über den genauen Inhalt aussagen, zumal von der Bahn nicht kontrolliert wird, welche Art von Munition sie befördert.

Der Bombenzug durch die Wesermarsch, hinter der Lok: ein Wagen mit der Militärpolizei, zwei Leerwaggons - für den Fall etwaiger Explosionen - dann die Munitionsanhänger.

Foto: Arbeitskreis Wesermarsch

Seitdem gibts im »AKW«, in Oldenburg ,Bremen, Göttingen und anderen Städten Diskussionen um die Machbarkeit von Blockaden. Wann ist die Zeit reif dafür, wie kann so was aussehen?

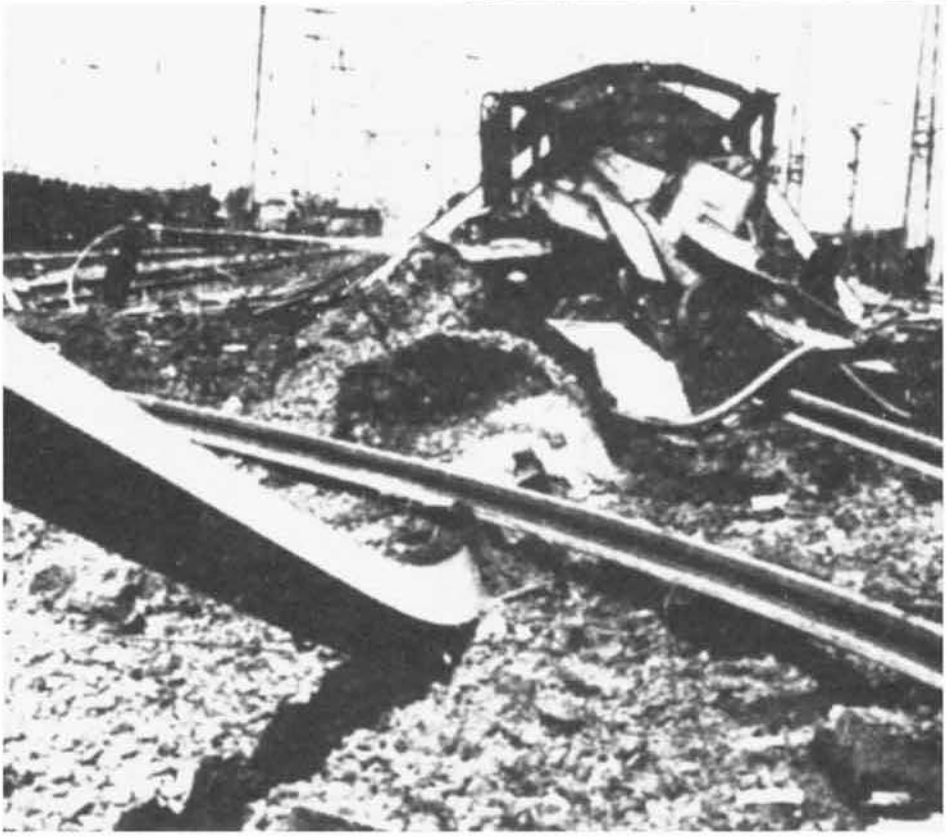
An den ewig langen Schienensträngen können die verschiedensten Aktionen zur Geltung kommen. Menschenteppiche vor den Zügen, an Waggons angekettete Bürger, sabotierte Signalanlagen, Benzinbomben und brennende Autoreifen auf den Schienen, Steine, Farbbeutel (solche Aktionen gab's schon mal), Notbremsaktionen, Demonstrationen. Dazu gibt es in Bremen seit 3 Monaten ein regelmäßiges Koordinationstreffen aus dem ganzen Spektrum der Friedensbewegung. Wir meinen, daß Ende April eine erste große Blockade möglich ist. Diese sollte nicht nur an einem einzigen Ort stattfinden, sondern entlang der ganzen Strecke. Dazu gibt es mittlerweile eine bundesweite Koordination.

Wir sind nicht für ordentliche Munitransporte, sondern für überhaupt keine!

Kontakt: Arbeitskreis Wesermarsch
c/o BBA-Laden
St-Pauli Str.10/11
28 BREMEN
Tel.0421/700144

Kontakte zu den Bürgerinitiativen:
Bremerhaven: 0471/40929 bzw. 04744/1449; Nordenham: 04731/31108 bzw. 04731/2429 Brake: 04401/71839; Elsfleth: 04404/631; Berne: 04406/888; Bremen: 0421/700144; Butjadingen: 04736/338; Wilhelmshaven: 04421/701010; Oldenburg: 0441/882304; Delmenhorst: 04221/13347.

Für uns ist es genauso wichtig, einen möglichen verheerenden Unfall zu verhindern, wie dafür zu sorgen, daß die tödliche Fracht niemals ihrem Zweck entsprechend eingesetzt wird.



Munitransporte: Alles sicher?

17. Juni 1981: Ein junger Lokführer sollte in der Nacht einen Zug mit 28 Waggons voll Munition und Granaten durch das Rheintal fahren. Am Abend vorher hatte er Krach mit seiner Frau gehabt. Seinen Vorgesetzten war nichts aufgefallen, als der Lokführer auf seinen Fahrstand kletterte. Die Fahrt sollte nach Hanau gehen - dort wo die großen Depots der US-Army liegen. Doch schon in Wiesbaden Bieberich, nach knapp 2 Stunden, war die Fahrt zu Ende. Vor einem roten Signal stand die Lok und lag der Führer auf seinen Instrumenten. Er war selig eingeschlafen, die automatische Zugsicherung (INDSI) hatte den Zug gestoppt. Kollegen holten den Eisenbahner aus Kaub von der Lok und alarmierten die Bahnpolizei. Die veranlaßte eine Blutprobe. Der Mann hatte 3,2 Promille Alkohol im Blut. Peinlich. Die Zugbegleiter der Bundesbahn und die amerikanischen Bewacher am Schluß des Zuges hatten die ganzen 45 Minuten an einen Routinestop gedacht.

Am 22. Juni 1969 war es heiß in Hannover. In der Nacht wurde auf dem großen Rangierbahnhof im Stadtteil Linden hart gearbeitet. Ein Munitionszug mußte verschoben werden. Die Holzwaggons standen inmitten anderer Züge mit Gütern aller Art. Dann gab's helle Blitze - der Bahnhof war nicht mehr. Gleise lagen wie eiserne Schlangen durcheinander geschlungen, ein 50 Meter großer Krater klaffte da, wo noch bis vor wenigen Augenblicken 12 Eisenbahner gearbeitet hatten. Ihre Körper lagen zerfetzt zwischen den Trümmern. Damals kam es zum ersten schweren Unglück mit Munitionstransporten nach dem Krieg in Westdeutschland. Die Ursache klingt fast lächerlich, denkt man an die Folgen: In den Bremsen eines Waggons hatte sich feiner Vogelsand verteilt, die Bremse war heißgelaufen und hatte den Waggon in Brand gesetzt - die Bombe ging hoch.

⟸

Endlagern durch die kalte Küche

„Hochradioaktiver Müll in Asse II"

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

„In der zweiten Hälfte der 80er Jahre soll hochradioaktiver Atommüll zu Versuchszwecken vorübergehend im ehemaligen Salzbergwerk Asse II im Kreis Wolfenbüttel abgesenkt werden. Die Experimente haben den Zweck, unter realistischen Bedingungen Erkenntnisse über Einflüsse von Strahlung auf Salz zu gewinnen. Die hochaktiven Rückstände sollen in verglaster Form im tiefsten Bereich der Schachtanlage, auf der 800m-Sohle, eingelagert werden. Die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF), die die Deponie betreibt, bemüht sich gegenwärtig darum, ab 1986/87 geeignetes hochradioaktives Material für ihre Tests zu erhalten, wie der wissenschaftliche Leiter des Braunschweiger Instituts für Tieflagerung, Dr. Klaus Kühn, ... vor Journalisten mitteilte. Kühn geht davon aus, daß für die geplante Versuchseinlagerung lediglich eine Genehmigung des Bergamtes Goslar erforderlich ist. ... In den nächsten Monaten wollen die Wissenschaftler den gleichzeitigen Einfluß von Wärme und Strahlung auf das Salz untersuchen. Dabei soll hochradioaktiver Abfall durch Einsatz elektrischer Erhitzer und Cobalt-60-Strahlenquellen, wie sie in Krankenhäusern für Krebstherapie und Sterilisation von Geräten verwendet werden, simuliert werden. Nach Ablauf der Testreihe in etwa drei Jahren sollen die Cobalt-Quellen aus dem Schacht zurückgeholt werden. ...

Die Bundesregierung behält sich allerdings vor, ein Planfeststellungsverfahren für eine Atomendlagerung in der Asse einzuleiten. ...In den Hohlräumen des Bergwerks könnten noch rund eine Million Fässer mit Atommüll gelagert werden."
(Braunschweiger Zeitung, Lokalteil Wolfenbüttel, 24.11.1982)

Foto: Teile der GSF eigenen Bahnanlage zur Asse. Sie wurde mit einem Kostenaufwand von 15 Millionen DM erstellt und 1978 fertiggestellt. Der bisherige Atommüll wurde vom 7 km entfernten Bahnhof Wendessen bisher überwiegend per LKW transportiert. Teilweise geht die Bahnlinie an dichtbesiedelten Ortschaften vorbei.

Foto linke Seite: Eine Kammer mit sogenannten „schwachaktiven Fässern in verlorenen Betonabschirmungen". Im Hintergrund sogeannte „normale schwachaktive Atommüllfässer", wie sie in großen Mengen in der Asse eingelagert wurden. In der Mitte des Bildes eine „Versuchsabschirmung" aus dem Kernforschungszentrum Karlsruhe.

Trotz wachsenden Widerstandes in der Bevölkerung gegen weitere Einlagerungen in Asse II, sowie eindeutiger Zusagen der niedersächsischen Landesregierung, namentlich durch Ernst Albrecht und Birgit Breul, jegliche Einlagerungen in Asse II - womit auch Versuchseinlagerungen gemeint waren - nur über ein Planfeststellungsverfahren mit Bürgerbeteiligung durchzuführen, soll hochradioaktiver Atommüll in die Asse eingelagert werden und zwar ohne Bürgerbeteiligung.

Der folgende Text wird beschreiben, wie sich Betreiber und Gesetzgeber bewußt Ausnahmeparagraphen im Atomgesetz und in der Strahlenschutzverordnung geschaffen haben, um gezielt in Sachen Atom am Bürger vorbeizuplanen.

1. Es gibt bisher keine wissenschaftlich abgesicherten Erkenntnisse darüber, wie sich hochradioaktiver Abfall in verglaster Form auf Salzgestein auswirkt (dies beweisen auch viele Aussagen kritischer Wissenschaftler zum geplanten Endlager in Gorleben)

2. Es scheint für die GSF offenbar recht schwierig zu sein, geeignetes hochradioaktives Material ab 1986/87 für ihre Tests in verfestigter Form zu erhalten. Denn es ist nämlich noch nirgends in Europa erfolgreich aus wiederaufbereiteten Brennstäben hochaktiver Müll verglast (d.H. verfestigt) worden. Die Asse-Betreiber hoffen allerdings auf die Eurochemic-Anlage in Mol/Belgien. Ist diese erstmal voll einsatzfähig, kann nicht nur die Versuchs-Wiederaufbereitungsanlage in Karlsruhe hochaktiv entsorgt werden. Die Bundesregierung hat sich außerdem (!) vertraglich verpflichtet, den in La Hague beim Verarbeiten deutscher Brennstäbe angefallenen Müll aller Kategorien zurückzunehmen.

3. 1981 hat sich der Kreistag in Wolfenbüttel nochmals gegen eine Einlagerung von hochaktiven Atommüll in Asse II ausgesprochen. Sowohl für die von der GSF anvisierten „Versuche" mit Cobalt-60-Quellen in den nächsten Monaten und die ab 1986/87 geplanten Versuche mit echtem „verglasten" hochaktiven Müll scheint ein Mitspracherecht des Bürgers und anderer politischer Instanzen nicht in Betracht zu kommen.

Dies hat folgende Gründe: Im Paragraphen 9 b des Atomgesetzes (ATG) ist zwar ein Planfeststellungsverfahren mit „Bürgerbeteiligung" vorgesehen, allerdings nur dann, wenn es sich um ein von der Physikalisch-Technischen-Bundesanstalt (PTB) zu betreibendes Bundesendlager handelt. Dies ist bei Asse und beim Schacht Konrad nicht der Fall, da die Betreiber - obwohl teilweise im Bundesbesitz - als Gesellschafter privatwirtschaftlich organisiert sind. Allerdings ist hierfür ein eventuell von der PTB „aus politischen Gründen" gestellter Planfeststellungsantrag zurückzuziehen; das ist zumindest bei der Asse bisher geschehen, beim Schacht Konrad noch nicht.

Paragraph 47 der Strahlenschutzverordnung (SSV) sagt aus, daß radioaktive Abfälle an eine Landesammelstelle oder an eine andere zur Beseitigung radioaktiver Abfälle behördlich zugelassene Einrichtung abzuliefern sind.

Dies trifft auf beide Bergwerke Asse und Konrad zu, sobald für sie entsprechende Genehmigungen des Bergamtes nach dem Berg- und Tiefspeicherrecht vorliegen und ein Antrag nach § 3 der SSV positiv beschieden wurden, sowie ein eventuell aus „politischen Gründen" zur Beruhigung der Bevölkerung vorher gestellter Planfeststellungsantrag durch die PTB im Auftrag der Bundesregierung oder/und der Landesregierung zurückgezogen worden ist.

Kurz gesagt: Der Gesetzgeber unterscheidet zwischen der Endlagerung und der Beseitigung radioaktiver Abfälle. Der Begriff „Endlager" taucht im Atomgesetz nur im Zusammenhang mit vom Bund bzw. dann von der PTB zu betreibenden Anlagen auf, wie sie z.B. in Gorleben entstehen sollen.

Die GSF als der Betreiber der Anlage Asse hat diese selbst nie als Endlager bezeichnet (obwohl es die Asse im allgemeinen Sprachgebrauch natürlich ist), sondern nennt sie eine „behördlich zugelassene Einrichtung zur Beseitigung radioaktiver Abfälle". Somit kann sie weiter radioaktive Abfälle „versuchsweise endlagern", ohne nach § 9 des ATG ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen, weil sie behördlich (Bergamt, nds.Minis.f. Bundesangelegenheiten) zugelassen wurde.

Aus diesem Grunde vermeidet es der Bund, direkte Kooperationsverträge zwischen PTB und GSF zu schließen, was an sich logisch wäre, muß doch die PTB die Kriterien für das Bundesendlager erarbeiten. Stattdessen wurde die Entwicklungsgemeinschaft Tieflagerung (EGT) gegründet, in der außer der GSF die Kernforschungsanlage Karlsruhe (KFK), die ebenfalls keine Bundesbehörde ist, beteiligt ist. Die KFK sorgt für ihre Veröffentlichungen dafür, daß die Bundesbehörden (PTB usw.) die notwendigen „endlagerrelevanten Daten" erhalten, ohne selbst als Verantwortliche in Erscheinung zu treten. Somit vermeidet der Bund, daß Asse und Schacht Konrad unter § 9 b ATG fallen. Denn der Bund beabsichtigt ein Schlupfloch zu benutzen, daß er sich in § 12 Abs.8 und Abs.9 ATG bewußt geschaffen hat.

Foto: Die erweiterte Eingangshalle auf der Schachtanlage Asse. In ihr sollen in Zukunft die Waggons mit Atommüll einrollen. Eine eigene Lok steht zur Verfügung.

Paragraph 12
(Ermächtigungsvorschriften)
(Schutzmaßnahmen)

Durch Rechtsverordnung kann zur Erreichung der in Paragraph I Atomgesetz bezeichneten Zwecke bestimmt werden,

Punkt 8: welche radioaktiven Abfälle an die Landesammelstellen und an die Anlagen des Bundes nach Paragraph 9 a Abs.3 abzuliefern sind **und das im Hinblick auf das Ausmaß der damit verbundenen Gefahr unter bestimmten Voraussetzungen eine anderweitige Zwischenlagerung oder sonstige Ausnahmen von der Ablieferungspflicht zulässig sind oder angeordnet oder genehmigt werden können,**

Punkt 9: wie die Ablieferung durchzuführen ist, welchen Anforderungen radioaktive Abfälle bei der Ablieferung zu genügen haben, wie die radioaktiven Abfälle in den Landessammelstellen und in den Anlagen des Bundes sicherzustellen und zu lagern sind, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Weise radioaktive Abfälle von den Landessammelstellen an Anlagen des Bundes abzuführen sind und wie Anlagen nach Paragraph 9 a Abs.3 zu überwachen sind.

Foto oben: Die bereits fertig installierte Anlage zur Einlagerung von 100.000 Brennelementkugeln aus dem AVR-Reaktor in Jülich. Nur einem gerichtlichen Einspruch eines Kreistagsabgeordneten ist es zu verdanken, daß dieses Projekt bis heute noch nicht durchgeführt wurde.

Und genau damit beschäftigt sich die PTB zur Zeit: Sie erarbeitet Abfallkategorien für Atommüll (radioaktive Abfallstoffe), deren Abnahme durch eine behördlich zugelassene Einrichtung (GSF, oder anderweitig, aber nicht die PTB) per Rechtsverordnung (Ermächtigung) vorgesehen wird. Mit dem Erlaß dieser Rechtsverordnung ist demnächst zu rechnen. Die bisherige Einteilung „hoch - mittel - schwachaktiv" soll völlig entfallen. Stattdessen werden nur die Oberflächendosisleistung und die Aktivitätsgrenzwerte der einzelnen Nuklide pro „Abfallgebinde" festgelegt. Hierunter fallen auch ausdrücklich kernbrennstoffhaltige Abfälle. Es besteht der Verdacht, daß diese Bestimmungen für den Wiederaufbereitungsanlagen-Müll aus La Hague „maßgeschneidert" werden. Wenn eine behördlich zugelassene Einrichtung zur Beseitigung radioaktiver Abfälle zur Annahme der per Rechtsverordnung bestimmten Abfallkategorien genehmigt wird, wird dabei kein geltendes Recht verletzt, wie es die Autoren Breest und Pfaffelhuber schon im Dez.1977 in der Zeitschrift atomwirtschaft, atomtechnik (atw) veröffentlicht haben:

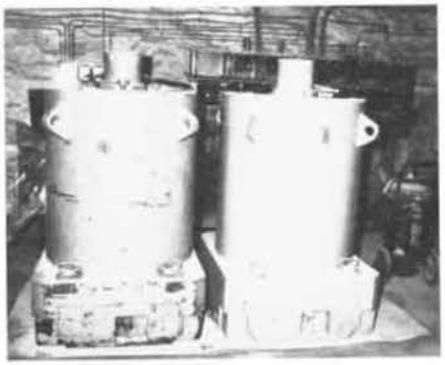


Foto Sogenannte Bleiabschirmtransportbehälter mit mittelaktiven Atommüll

Kontakt: Reinhard Hübner, Großer Zimmerhof 20, Tel.0533/27434
334 Wolfenbüttel
(Fotonachweis auf Anfrage)

...

- Deshalb kann im Einklang mit § 9 a Abs.2 Satz 2 des neuen Atomgesetzes auch eine andere Art der Beseitigung radioaktiver Abfälle z.B. mit einer Genehmigung nach § 3 Abs.1 der neuen Strahlenschutzverordnung zugelassen werden. § 47 der neuen Strahlenschutzverordnung erwähnt in diesem Zusammenhang die Möglichkeit einer Ablieferung an eine behördlich zugelassene Einrichtung zur Beseitigung radioaktiver Abfälle; in der Begründung hierzu wird beispielhaft ausdrücklich auf die GSF-Versuchsanlage ASSE verwiesen!

- In § 3 Abs.1 der neuen SSV wird die Beseitigung kernbrennstoffhaltiger Abfälle gesondert aufgeführt. Damit wird zum Ausdruck begracht, daß § 3 der neuen SSV generell für die genehmigungspflichtige Beseitigung radioaktiver Abfälle Anwendung finden soll.

- Detailregelungen sollen gemäß § 12 Abs.1 Nr.8 und 9 des neuen Atomgesetzes noch durch Rechtsverordnung getroffen werden; dies ist - zumindestens vorläufig - durch § 47 der neuen SSV geschehen.

Für die GSF-Versuchsanlage ASSE (nicht von der PTB zu betreibende Bundesanlage!) bedeutet das folgendes:

- Zur Durchführung des Versuchsprogramms in der ASSE ist kein Planfeststellungsbeschluß nach § 9 b des Atomgesetzes erforderlich.

- Im Einklang mit § 9 a Abs.2 Satz 2 des neuen ATG bedarf die GSF als ASSE-Betreiberin einer Genehmigung nach § 3 Abs.1 der neuen SSV.

- Diese Genehmigung genügt auch für kernbrennstoffhaltige Abfälle. Eine Genehmigung nach § 6 ATG ist seit dem Inkrafttreten der SSV (1.4.1977) nicht mehr notwendig.

- Eine Ablieferungspflicht für diese kernbrennstoffhaltigen Abfälle an die PTB besteht weder nach § 5 ATG noch nach § 9 a ATG, weil die PTB insoweit kein Monopol besitzt und abweichendes genehmigt werden kann (§ 9 a Abs.2 Satz 2 ATG)

- Eine Ausnahmeverpflichtung für radioaktive Abfälle hat die ASSE nicht, da sie nicht als Routine-Endlager dient; sie bestimmt in Abstimmung mit der Bergbehörde unter Zugrundelegung ASSE-spezifischer Bedingungen, welche radioaktive Abfälle im Rahmen des Versuchsprogramms eingelagert werden.

Die Energiebroschüre ist da !

Die Energiebroschüre der Anti-AKW-Bewegung ist fertig! Mehr als zwei Jahre nach ihrer Planung auf der Bremer Bundeskonferenz sind die ersten 408.000 Exemplare gedruckt und »unters Volk« gebracht worden. Konkrete Vorbestellungen für viele hunderttausend weitere Broschüren liegen vor; die 2. Auflage geht sofort dann in Druck, wenn genügend Spenden und Kredite eingegangen sind.

Nachdem der endgültige Entwurf vom Plenum der Kasseler Bundeskonferenz im November verabschiedet worden war, wurde umgehend mit der technischen Umsetzung und Fertigstellung begonnen. Druckkosten, Lithographien, Grafiker-Honorar, Bildrechte, Satz, Lagermiete sowie Porto- und Telefonkosten haben dabei annähernd 90.000 DM verschlungen.

Im Januar verschickte das Koordinationsbüro in Kassel an über 1.000 Adressen von BI's, Umweltgruppen, Grünen usw. jeweils 20 Broschüren; in einem Begleitschreiben wurde noch einmal auf Entstehungsgeschichte und Zielsetzung des Projektes eingegangen, was wir uns an dieserStelle schenken.
Schon wenige Tage danach gingen die ersten Bestellungen ein. Anfang Februar war die Erstauflage restlos vergriffen. Neben vielen Kleinbestellungen, v.a. zum Kennenlernen und für den »internen Gebrauch« oder für Wahlkampfzwecke wurden größere Mengen für eine flächendeckende Verteilung aus folgenden Regionen geordert:

Braunschweig/Salzgitter: 110.000
Schwandorf/Regensburg: 90.000
Wyhl/Freiburg: 50.000
Hanau: 40.000
Kiel/Flensburg: 40.000
Lüchow-Dannenberg: 15.000
Neckarwestheim: 15.000
Geesthacht/Krümmel: 15.000

Bestellungen von BI's über weitere 300.000 Stück liegen vor; noch nicht mitgezählt sind hier die fast 100.000 Nachbestellungen von Orts- und Kreisverbänden der Grünen sowie die benötigten Broschüren für die in den Großstädten Hannover, Frankfurt und München geplante Verteilung.
Auffällig ist das starke Interesse von Schulen, Tagungshäusern, Bildungsstätten, Kirchen, aber auch konservativen Umweltverbänden wie dem Alpenverein oder dem Bund für Umwelt- und Naturschutz. Ein erster Erfahrungsbericht liegt aus Braunschweig vor (siehe nachfolgenden Artikel).
In diesem Zusammenhang möchten wir alle Initiativen und Gruppen, die sich mit der Energiebroschüre beschäftigen, die bei der Verteilung mitmachen, die Veranstaltungen dazu organisieren usw. bitten, ihre Erfahrungen, Erfolge und Schwierigkeiten aufzuschreiben und Berichte ans Koordinationsbüro und an den Atom Express zu schicken.
In den überregionalen Medien hat die Energiebroschüre außer einem inhaltlich zwar begründeten, aber zum jetzigen Zeitpunkt - nach Fertigstellung und vor Verteilungsbeginn! - wohl verfehlten Verriß in der taz noch keine Beachtung gefunden; abgesehen von Report gibt es auch keine Anfragen. Allerdings sind bisher auch noch von niemandem Initiativen in diese Richtung gestartet worden. Stattdessen wollen sich die Gruppen, die mit der Verteilung beginnen, um die Herstellung einer regionalen Öffentlichkeit kümmern (Braunschweig).
Noch ein paar Worte zu den Finanzen: Wie angedeutet, war das Konto nach Überweisung der Druckrechnung erst mal leer. Zwar gehen seit dem Versand täglich Gelder ein, aber 100.000 Mark - soviel wird die 2. Auflage in Höhe von 1 Million Exemplaren kosten - kommen nicht über Nacht und nicht von alleine zusammen, auch wenn noch Spenden über jeweils 5 - 10.000 DM vom Öko-Fond der niedersächsischen Grünen und vom Grünen Landesverband Schleswig-Holstein zugesagt sind. Je eher das Geld zusammengebarcht ist, desto früher kann gedruckt werden und desto deutlicher bleibt auch der zeitliche und politische Zusammenhang der »Kampagne Energiebroschüre« gewährleistet - einer Kampagne, die den Charakter einer gemeinsamen bundesweiten Aktion der Anti-AKW-Bewegung annehmen sollte; einer Kampagne auch, die nicht lautlos über die Bühne gehen sollte, sonderen je nach den Vorstellungen der BI's vor Ort eingebettet werden kann in die ökologischen und atomaren Konflikte der jeweiligen Region, in Ausstellungen, Veranstaltungen, Pressekonferenzen, Aktionstage ...Den Mögliochkeiten und der Phantasie sind hier sicher keine Grenzen gesetzt.
Wenn auch wohl von dem ursprünglichen »Traumziel«, nämlich jeden Haushalt und jeden des Lesens mächtigen Menschen im Land zu erreichen, abgerückt werden muß, so ist es doch erstrebenswert, die Verteilungsaktionen so bunt und vielschichtig zu gestalten, daß die Leute aujf verschiedenen Ebenen mit der Broschüre in Berührung kommen, darübert stolpern, und daß die dort beheimateten Politiker - auch und gerade bei den Grünen (vgl. Interview mit Jutta Ditfurth) - ebenso nachdrücklich mit den Inhalten der Energiebroschüre konfrontiert werden.

Koordinationsbüro Energiebroschüre
c/o Umweltzentrum Kassel
Elfbuchenstraße 18
35 Kassel
Tel. 0561/10 47 36
tgl. von 11 - 16 Uhr

Sonderkonto Energiebroschüre
Nr. 199 919
BLZ 520 501 51
Stadtsparkasse Kassel

Bericht aus Braunschweig

Nach der Herbstoffensive hat es auch im Braunschweiger Arbeitskreis Diskussionen über die Perspektiven des weiteren Widerstandses, insbesondere gegen eine Atommüllregion Südostniedersachsen gegeben. Einig waren wir uns, daß es uns bei keiner der drei Demonstrationen (Gorleben, Kalkar, Konrad) gelungen war, das vorhandene Potential der AKW-Gegner zu mobilisieren, wie es noch in den 70er Jahren möglich war. Als eine Aufgabe unserer zukünftigen Arbeit sehen wir eine 'Bündnispolitik', die zum Ziel hat, den Widerstand gegen die Atommüllpläne in Südostniedersachsen zu verbreitern.

Sie soll die mehr allgemeinen Aussagen der Energiebroschüre für unsere Region konkretisieren. Die Beilage ist ein gefaltetes A 3-Blatt, innen ist eine Landkarte der Region, auf der die verschiedenen Projekte eingetragen sind. Jeweils dazu eine kurze Erläuterung und ein entsprechender Kontakt. Die Beilage beginnt mit einer gemeinsamen Erklärung der verteilenden Gruppen und beinhaltet Hinweise auf Veranstaltungen zu verschiedenen energiepolitischen Themen.

Wir haben unsere Broschüren (ca. 115.000 Expl.) gemeinsam bestellt, die Verteilung lung durch Plakate und Presse, Verteilung durch selbstverantwortliche Gruppen innerhalb von drei bis vier Tagen, an den Tagen darauf Büchertisch mit dem 'Bauwagen', unserem mobilen Infozentrum in den verschiedenen Stadtteilen und auf Wochenmärkten, Ausstellung zu Problemen der Atomenergie in Schulen des Gebietes, 1 - 2 Wochen später Veranstaltung zum Thema »Energieversorgung ohne Atomkraft« in einer Schule oder Kirchengemeinde, Auslegen von Handzetteln, welche auf weitere Veranstaltungen, Filme und Buchläden hinweisen, die wiederum zu der Zeit eine spezielle Auswahl von Literatur zum Thema anbieten.

„Kampagne Energiebroschüre" in der Provinz

Die Kampagne mit der Energiebroschüre kam da gerade recht. Sie bietet einerseits die Möglichkeit, an über die Atomenergie hinausgehenden Fragen mit anderen Gruppen zusammenzuarbeiten; thematisch übergreifend ist die Frage nach der Struktur und Gefährdung der derzeitigen Energiepolitik insgesamt und nicht nur ausschnittsweise bei der Atomenergie. Andererseits bietet die Kampagne vielen AKW-Gegnern die Möglichkeit, wieder oder neu in die praktische Arbeit einzusteigen. Beides hat sich bei uns als außerordentlich erfolgreich erwiesen. Viele Kontakte, um die wir uns im Zusammenhang mit der Kampgane bemüht haben, konnten erst im Laufe der Vorbereitung geknüpft werden. Schon allein deswegen halte ich einen Austausch der verteilenden BI's für wichtig.

Bei uns laufen die Vorbereitungen seit Ende November. Seitdem gab es 5 Treffen die zuerst örtlichen, später auch regionalen Charakter hatten (Peine, Gifhorn, Salzgitter, Wolfenbüttel usw.). Das Spektrum der beteiligten Gruppen ist mittlerweile außerordentlich breit: Arbeitskreise gegen Atomenergie, Grüne KV's, mehr bürgerliche und ländliche BI's, der WSL, Kreisgruppen des BUND, Leute aus dem kirchlichen Bereich, Lehrer ... Diese Gruppen decken thematisch die verschiedenen Energieversorgungsprojekte in unserer Region ab.

Südostniedersachsen ist nämlich von der Energieversorgungspolitik ganz besonders betroffen. Neben den geplanten Atommüllendlagern Schacht Konrad und Asse II (siehe auch Artikel in diesem AE; Red.) und Plänen für eine WAA in Westerbeck/Vorhop oder Salzgitter gibt es Planungen für Ölschieferabbau nahe Braunschweig und reichlich Kohlekraftwerke - u.a. das Kraftwerk Buschhaus bei Helmstedt, das dann größter SO 2-Emittend der BRD sein wird. Dementsprechend haben die Gruppen eine »Regionale Beilage« für die Broschüre erarbeitet. in den jeweiligen Orten läuft aber getrennt, natürlich mit gegenseitiger Unterstützung. Diese flächendeckende Verteilung in einer ganzen Region kommt m.E. dem Sinn der Kampagne am nächsten. Wie aus folgendem deutlich wird, ergeben sich erst so viele Möglichkeiten.

Wir drucken ein vierfarbiges Ankündigungsplakat, das unter der Überschrift »Bundesweite Verteilung der Energie-Broschüre« das Titelbild in Originalgröße und -farbe zeigt. Unten druckt die jeweilige BI ihre Veranstaltungen drauf. Der Braunschweiger AK als weitaus größter Arbeitskreis in der Gegend wird aufgrund seiner dementsprechend größeren Möglichkeiten für andere BI's Referenten für Vorträge usw. stellen und auch die zentralen Veranstaltungen organisieren können.

Die Kampagne

Für unsere Kampagne vor Ort haben wir uns zum Ziel gesetzt, eine öffentliche Diskussion über eine sinnvolle Energieversorgung zu entfachen. Neben der reinen Verteilung ist dazu m. E. nötig:
1. Möglichst viele Menschen müssen an möglichst vielen Punkten mit der Broschüre konfrontiert werden (Verteilung, Plakat, Presse, Ausstellung, Aktionen im Stadtteil, Buchläden ...)
2. Möglichst vielen Menschen müssen möglichst viele Gelegenheiten angeboten werden, bei denen sie über die durch die Broschüre aufgeworfenen Fragen diskutieren können (zentrale Veranstaltungen, Stadtteilveranstaltungen, Referenten anbieten ...)

Zu Punkt 1:
Die ca. 40.000 Exemplare für Braunschweig sollen gebietsweise verteilt werden, nacheinander in drei großen Schüben. Der Ablauf: Ankündigung der Verteilung durch Plakate und Presse, Verteilung durch selbstverantwortliche Gruppen innerhalb von drei bis vier Tagen, an den Tagen darauf Büchertisch mit dem 'Bauwagen', unserem mobilen Infozentrum in den verschiedenen Stadtteilen und auf Wochenmärkten, Ausstellung zu Problemen der Atomenergie in Schulen des Gebietes, 1 - 2 Wochen später Veranstaltung zum Thema »Energieversorgung ohne Atomkraft« in einer Schule oder Kirchengemeinde, Auslegen von Handzetteln, welche auf weitere Veranstaltungen, Filme und Buchläden hinweisen, die wiederum zu der Zeit eine spezielle Auswahl von Literatur zum Thema anbieten.

Zu Punkt 2:
In Braunschweig wird es 4 zentrale Veranstaltungen geben: Zu Kohlekraftwerken, zum Ölschieferabbau, zur Atommüllregion Südostniedersachsen und zur Energieversorgung ohne Atomenergie. Bei der letzten Veranstaltung sollen u.a. die Hintergründe der derzeitigen Energiepolitik und die Hemmnisse, die einer sinnvollen Energieversorgungspolitik entgegenstehen, Themen sein. Wichtig ist, bestehendeGruppen für derartige Veranstaltungen anzusprechen, denn wir haben einen Trend beobachtet, daß viele Menschen es scheuen, zu 'offenen' Veranstaltungen zu gehen und festere Gesprächs- und Diskussionsgruppen bevorzugen.

Austausch ist wichtig

Für völlig unterentwickelt halte ich dezeit den gegenseitigen Erfahrungsaustausch. Ich schlage vor, daß die Kasseler regelmäßig einen Rundbrief an die verteilenden BI's rausgeben, in dem die gesammelten Erfahrungsberichte, Referenten-, Film- und Buchlisten, der aktuelle Kontostand, inhaltliche Diskussionen über die Kampagne usw. drinstehen. Die Auflage braucht nicht hoch, die Aufmachung kann einfach sein. Weiter schlage ich vor, regelmäßig, d.h. ca. alle 6 - 8 Wochen, je nach Dauer der Kampagne, ein bundesweites Treffen durchzuführen. Dort können die Erfahrungen direkt ausgetauscht und über die folgenden Auflagen entschieden werden.
Auch auf regionaler Ebene streben wir ein Auswertungstreffen an. Hier ist u.a. die Frage zu klären, ob die 'Aktionseinheit' nur ein organisatorischer Zusammenschluß war oder ob es gemeinsame Perspektiven und Arbeitsschwerpunkte gibt.

→

Wir bieten an ...

Neben unseren Erfahrungen können wir auch materielle Unterstützung anbieten. Sinnvoller wäre m. E. ein in Kassel gedrucktes Ankündigungsplakat gewesen. So haben wir nur ein regionales Plakat gedruckt, was wegen der geringen Auflage relativ teuer war. Wir können davon aber davon für einen entsprechend günstigeren Preis noch mehr Abzüge machen. Die Veranstaltungshinweise können leicht überklebt werden. Für Veranstaltungen können wir Konzepte und entsprechendes Material (Folien, Bilder) anbieten. Den rein organisatorischen Plan gibt's schriftlich, denn um so eine umfangreiche Kampagne effektiv werden zu lassen, ist eine vorher durchdachte, sorgfältige Planung nötig.

Kontakt: **Claus Schröder, Spitzwegstraße 22, 33 Braunschweig, Tel. 0531/33 58 74**

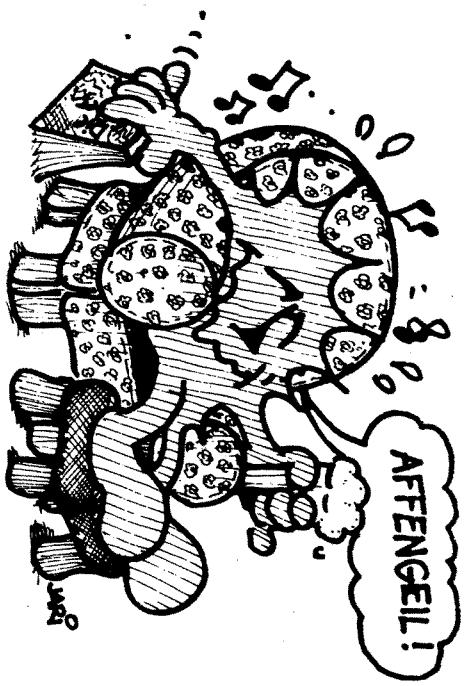
Die Kampagne als öffentliches Ereignis

Die Kampagne muß zu einem öffentlichen Ereignis werden. Man muß realisieren, daß dazu die Ankündigung über die bürgerliche Presse und über großflächig geklebte und aufgehängte Plakate Voraussetzung ist. Ein überall sichtbares Plakat kann vielen Leuten ständig die Existenz der Broschüre in Erinnerung rufen!

Bericht aus Braunschweig

Neben der Ankündigung der einzelnen Veranstaltungen und Verteilungen starten wir unsere Kampagne mit 2 Pressenkonferenzen. Die erste findet am 17.2. in Hannover statt (hat inzwischen stattgefunden, Red.) und wird von den Kasseleranern und den BI's, die die erste Auflage verteilt haben, getragen. Durch die überregionale Presse unter Zugzwang gesetzt hoffen wir auch die örtliche Presse zu der am darauffolgenden Tag stattfindenden Pressekonferenz in Braunschweig zu bekommen.
Die Broschüre ist darüberhinaus für uns eine gute und einmalige Gelegenheit, eine sonst vielbeschworene, aber selten erreichte Gegenöffentlichkeit herzustellen. Im gemeinsamen Vorwort der Beilage heißt es dazu: »Wir möchten mit der Broschüre, der Beilage und unserer Kampagne auch die Mauer des Schweigens und der Desinformation durchbrechen, die die hießigen Medien (insb. Braunschweiger Zeitung und Nebenausgaben) aufbauen, denn: Unwissenheit der Betroffenheit ist ein wesentlicher Grundpfeiler zur Durchsetzung solcher Projekte über unsere Köpfe hinweg!«

Claus Schröder, Braunschweiger AK



Veranstaltungen zur Verteilung der Energiebroschüre in Braunschweig:

Di., 1.3.83
"Die Dreckschleuder der BKB – Kohlekraftwerke im Raum Helmstedt",
20.00 Uhr im Atelier des Freizeit- und Bildungszentrums (FBZ), Nimesstraße 1, Braunschweig

Di., 8.3.83
"Ölschieferabbau – das schwarze Loch zwischen Braunschweig und Wolfsburg",
20.00 Uhr im Atelier des FBZ, Braunschweig

Di., 15.3.83
"Energieversorgung ohne Atomkraft",
20.00 Uhr im Gemeindesaale der ev. luth. Kirchengemeinde BS-Heidberg, Bautzenstraße 27

Do., 17.3.83
"Energieversorgung ohne Atomkraft", mit G. Knerr (Gruppe Ökologie Hannover – GÖK)
20.00 Uhr im FBZ, Großer Saale.

Mi., 23.3.83
"Asse II, Konrad, WAA – wird unsere Region zum Atomklo der BRD?" – mit Referenten der GÖK,
20.00 Uhr im FBZ, Großer Saal.

Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv!

ATOMKRAFT ? NEIN DANKE

Eine Änderung der bisher verfolgten Energiepolitik ist nicht nur möglich, sondern auch dringend notwendig. Die zukünftige Energiepolitik muß Gesundheit, Leben und Umwelt schützen. Deshalb muß auf die Nutzung der Atomenergie sofort verzichtet werden, denn sie ist gefährlich, verschwenderisch und obendrein überflüssig. Wir dürfen die Entscheidung über eine lebenswerte Zukunft nicht Parteien oder der Industrie überlassen, sondern müssen uns selbst darum kümmern. Und aus diesem Grund haben wir uns in Bürgerinitiativen organisiert. Bei uns kann jeder mitmachen, dem die Atomenergie nicht geheuer ist. Nach Parteibüchern oder Weltanschauung wird nicht gefragt.

Bisher haben wir schon viel erreicht. Einige Atomanlagen sind gestoppt, verzögert in Betrieb gegangen oder gar verhindert worden.

Unsere Kampagne

Diese Broschüre soll möglichst an alle Haushalte in der Bundesrepublik verteilt werden. Sie wurde zunächst in einer Startauflage von 500 000 Exemplaren in ausgewählten Städten und Regionen verteilt.

Die Kampagne ist teuer

Die vorliegende Broschüre hat uns viel Arbeit, Freizeit und Geld gekostet. Und da wir im Gegensatz zu den Energiekonzernen über keine millionenschweren Werbe-Etats verfügen, sind wir auf jede Spende angewiesen. Die Erstauflage mit all den nötigen Vorbereitungen hat uns bereits 100 000 Mark gekostet.

Mit Ihrer Unterstützung kann diese Broschüre möglichst vielen Bürgern kostenlos zugestellt werden.

Helfen Sie mit!

Dies ist die Rückseite der bundesweiten Energiebroschüre! Das Titelblatt oder andere Seiten können wir hier nicht abdrucken, weil die Vorlagen vierfarbig sind und auf schwarz-weiß übertragen nicht »wirken«. Noch einmal die Bitte: Schreibt Eure Erfahrungen auf, schickt Berichte ans Kasseler Koordinationsbüro (und an den Atom Express), tauscht euch mit anderen BI's aus und - sprecht mögliche Geldgeber an:
Konto Energiebroschüre
Nr. 199 919
Stadtsparkasse Kassel
BLZ: 520 501 51

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016